

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/77

77. Sitzung

Mittwoch, den 08. September 2004

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

**"Auswirkungen der beabsichtigten weltweiten Umstrukturierungen der
 US-Streitkräfte auf Standorte in Rheinland-Pfalz"**
auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 14/3389 –5118

**"Ursachen und Auswirkungen der Pilzkrankheit 'Schwarzfäule' auf den
 rheinland-pfälzischen Weinbau sowie mögliche Gegenmaßnahmen"**
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/3392 –5128

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung
 des Landtags statt.*

Regierungserklärung

" EU-Agrarreform – Chancen für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft"5136

**Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft
 und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz (Agrarbericht 2004)**

– Drucksache 14/3267 –

– Behandlung gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099 –

*Staatsminister Bauckhage gibt eine Regierungserklärung ab, an die sich eine
 Aussprache anschließt.*

Der Bericht der Landesregierung – Agrarbericht 2004 – wird in die Aussprache mit einbezogen.

Der Bericht der Landesregierung – Agrarbericht 2004 – ist mit seiner Besprechung erledigt.5158

**Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes über die Bindung der
Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/3270 –

Erste Beratung5158

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3270 – wird an den
Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechts-
ausschuss überwiesen.*

5158

Landesseilbahngesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/3381 –

Erste Beratung5158

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3381 – wird an den
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Rechts-
ausschuss überwiesen.*

5158

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Günther Ramsauer (teilweise), Dr. Gerhard Schmidt, Anne Spurzem.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:	5150, 5152, 5154, 5157
Abg. Dr. Enders, CDU:	5119
Abg. Dr. Geisen, FDP:	5131, 5135, 5147
Abg. Frau Baumann, SPD:	5151, 5153
Abg. Frau Ebli, SPD:	5143
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5120, 5125
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5130, 5134, 5145, 5147, 5156
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	5124
Abg. Frau Raab, SPD:	5129, 5134
Abg. Frau Schneider, CDU:	5142
Abg. Hohn, FDP:	5121, 5127
Abg. Mertes, SPD:	5126
Abg. Noss, SPD:	5118
Abg. Schmitt, CDU:	5128, 5133
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	5132, 5136, 5154, 5155
Beck, Ministerpräsident:	5121
Präsident Grimm:	5118, 5119, 5120, 5121, 5124, 5125, 5126, 5127, 5128, 5129 5130, 5131, 5132, 5133, 5134, 5135, 5136
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:	5142, 5143, 5145, 5147, 5150, 5151, 5152, 5153, 5154, 5155 5156, 5157

77. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 8. September 2004

Die Sitzung wird um 14:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Beate Reich und Gerd Schreiner. Die Rednerliste führt Frau Reich.

Ich freue mich, wenn auch etwas später, aber dafür jetzt persönlich, unserem Kollegen Carsten Pörksen zu seinem vollendeten 60. Lebensjahr zu gratulieren.

(Beifall im Hause)

Zur Tagesordnung: Zu **Punkt 15** liegt ein Antrag mit dem Betreff „Betreuungsgarantie für die Kleinsten auf den Weg bringen – Tagesbetreuungsausbaugesetz umsetzen“ vor. Dieser Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist am 6. September 2004 eingegangen und wurde am gleichen Tag unter der Drucksache Nr. 14/3395 verteilt.

Gemäß § 52 Abs. 2 in Verbindung mit § 60 Abs. 5 der Geschäftsordnung beginnen die Beratungen frühestens am vierten Werktag nach der Verteilung der Drucksache. Da der Antrag somit nicht fristgerecht verteilt worden ist, kann mit der Feststellung der Tagesordnung gleichzeitig die Frist vor der einmaligen Beratung gemäß § 68 Abs. 1 abgekürzt werden.

Indes haben die Fraktionen der SPD und der FDP mit Schreiben von heute mitgeteilt, dass sie mit der Abkürzung nicht einverstanden sind. Damit ist über die Abkürzung der Frist abzustimmen. Das tun wir hiermit.

Wer für die Abkürzung der Frist ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist abgelehnt. Der Antrag wird somit nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

(Unruhe im Hause)

Mit dieser Maßgabe stelle ich die ausgedruckte Tagesordnung fest.

Ich rufe nun **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Auswirkungen der beabsichtigten weltweiten Umstrukturierungen der US-Streitkräfte auf Standorte in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 14/3389 –

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Kollege Noss.

Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist schon seit vielen Jahren von einer hohen militärischen Präsenz gekennzeichnet. Ganze Regionen, darunter unter anderem auch der Landkreis Birkenfeld, sind in erheblichem Maße wirtschaftlich von dem Militär abhängig.

Die geänderte weltpolitische Lage hat zu einem erheblichen Abbau militärischer Potenziale, natürlich auch in Rheinland-Pfalz, geführt. Statt 126.000 Soldaten, die noch im Jahr 1990 im Land stationiert waren, sind heute lediglich 45.000 Soldaten, darunter 21.000 Angehörige der US-Armee, im Land stationiert.

Die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, in den nächsten Jahren bis zu 70.000 US-Soldaten aus Europa abzuziehen, kam nicht überraschend. Dennoch fühlen sich die eventuell hiervon betroffenen Menschen und Regionen verunsichert und verspüren selbstverständlich auch Ängste.

Dies trifft auch in besonderem Umfang auf Baumholder zu, von dem oft gesagt wird, es wäre die amerikanischste Stadt außerhalb Amerikas. Ihr drohen schlimmstenfalls Verluste von etwa 5.500 amerikanischen Soldaten, ihren 7.500 Familienangehörigen und etwa 650 zivilen Arbeitsplätzen, die in Gefahr sind.

Dieser worst case muss auf alle Fälle verhindert werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es wird sicherlich Veränderungen geben, Veränderungen geben müssen. Ziel muss es dabei aber sein, dass es auch weiterhin die Bundeswehr und US-Soldaten in Baumholder geben wird.

Die Nähe von Ramstein, dem Drehkreuz der amerikanischen Streitkräfte in Europa, die weitere Optimierung des Truppenübungsplatzes könnten helfen, um ihn für eine weitere Nutzung der Bundeswehr und auch der US-Streitkräfte zu attraktivieren, ihn aber auch für andere Nutzer zu qualifizieren.

Die vorhandene Infrastruktur am Standort muss verbessert werden. Ich nenne nur beispielhaft das so genannte Housing-Konzept. Ebenso sollte der gute und enge Kontakt der Landesregierung zu der US-Administration und der Bundeswehrführung von Vorteil sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Daneben sind natürlich weitere Schritte erforderlich, um den Standort Baumholder längerfristig zu festigen. Unser Dank gilt in diesem Zusammenhang ganz besonders Herrn Staatssekretär Karl Peter Bruch, der sehr engagiert und vor allen Dingen innovativ in dieser Angelegenheit gewirkt hat.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eines sollte dabei nicht vergessen werden, nämlich dass jede Veränderung auch Chancen bietet, auch der Abbau der Truppen. Man muss diese Chancen suchen und

nutzen, ähnlich wie es auf dem Flugplatz Hahn und der Fachhochschule Birkenfeld mit der Hilfe des Landes gelungen ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nicht politisch motiviertes Schlechtreden, sondern gemeinsames Handeln von Bund, Land und Kommunen sind in dieser Stunde gefordert. Die neuen Herausforderungen müssen angegangen werden, und die sich bietenden Chancen müssen genutzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Enders.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute ein sehr wichtiges Thema auf der Tagesordnung, das in seiner Konsequenz strukturelle Folgen hat. Da geht es um Arbeitsplätze, da geht es um Kaufkraft, um Wohnungsmarkt, aber auch um Menschen.

Wir haben uns gefragt, warum die SPD das heute zum Thema macht.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist eine gute Frage, gut!)

Sicherlich war angedacht, die Landesregierung zu loben. Das ist auch richtig. Wenn man sich engagiert und Erfolge erzielt, dann darf man jemanden auch loben.

Der Hauptfokus liegt nicht mehr auf Ramstein, auch nicht auf Spangdahlem, der Hauptfokus des Interesses der Reduktionen der Streitkräfte der Amerikaner liegt auf Baumholder.

Der US-Präsident hat vor einigen Wochen klar gemacht, dass man bis Ende des Jahrzehnts auf 30.000 US-Streitkräfte in Europa herunter will. Zurzeit sind es 100.000, 70.000 davon allein in Deutschland, sehr viele in Rheinland-Pfalz und benachbarten Regionen.

Diese Umstrukturierungen muss man auch in einem gewissen Zusammenhang mit Umstrukturierungen der Bundeswehr, die die Bundesregierung jetzt plant, sehen. Beides hängt miteinander zusammen, und zwar ganz grundsätzlich; denn nach Ende des Ost-West-Konflikts sind weniger Streitkräfte notwendig, auch weniger Amerikaner notwendig. Das muss man klaren Auges sehen.

Man kann darüber streiten, wie stark diese Reduzierung sein muss. Das hängt alles damit zusammen, wie man die sicherheitspolitische Lage letztendlich bewertet. Man muss auch, wenn man das jetzt sieht, was sich entwickelt, die historische Entstehungsgeschichte sehen.

Die Amerikaner kamen hierher, um Deutschland von den Nazis zu befreien und haben 40 Jahre lang danach

sichergestellt, dass wir in Europa Frieden haben, und damit einen Beitrag dazu geleistet, dass die deutsche Wiedervereinigung friedlich, ohne einen Schuss, erfolgt ist. Ich denke, das muss gesagt werden.

(Beifall der CDU und vereinzelt
Beifall bei SPD und FDP)

Heute – darüber bin ich sehr froh – interessieren sich auch Politiker für die Bundeswehr, für die US-Streitkräfte, die früher zu friedlichen Demonstrationen gehört haben. Das ist aner kennenswert, und das muss man loben.

In einem Auszug eines Kongressprotokolls vom Mai dieses Jahres wird ein Senator zitiert, der durchaus kritisch mit der Bundesrepublik – in dem Fall mit der Bundesregierung – ins Gericht geht. Wenn man verhandelt, sollte man die Befindlichkeiten der Amerikaner bedenken. Die Amerikaner haben ein hervorragendes Verhältnis zu den Menschen in Deutschland. Aber die Wunden, die durch die Diskussion im Vorfeld des Irakkrieges gerissen wurden, sind noch nicht verheilt. Der Bundeskanzler hat ohne Not Deutschland aus wahltaktischen Gründen abgemeldet, wissend, dass die Amerikaner uns gar nicht brauchen, auch gar nicht brauchen konnten. Da bin ich ziemlich sicher.

(Ministerpräsident Beck: Oioioi! –
Zurufe von der SPD –
Kuhn, FDP: Das ist aber sehr einfach!)

Die Bundeswehr ist gar nicht darauf ausgerüstet und dafür strukturiert, einen solchen Einsatz, wie er im Irak gelaufen ist, durchzuführen. Das muss einmal gesagt werden.

Ich bin sehr dankbar, dass es zu Baumholder Gespräche gibt und der Verteidigungsminister der Landesregierung zugesagt hat zu prüfen, inwiefern man dort Bundeswehreinrichtungen – gegebenenfalls kompensatorisch – installieren kann. Ich bin diesbezüglich skeptisch – die Bundeswehr reduziert selber –, woanders etwas aufzubauen. Ich bin gespannt, was wir am 2. November dazu erfahren. Es wird spannend bleiben und sicherlich auch noch einmal zum Thema werden.

Irritiert waren wir über eine Pressemitteilung in der „Rheinpfalz“, wo etwas unterschiedliche Begriffe gebraucht wurden. Vielleicht kann man dies noch einmal erklärt bekommen. Es ging zum einen um den Begriff „Verhandlung“ und zum anderen um den Begriff „Gespräch“. Staatssekretär Wagner aus dem Verteidigungsministerium hatte einem Bundestagskollegen geantwortet, dass es keine Verhandlungen zwischen Land und Bund zu dieser Thematik gäbe. Vonseiten der Landesregierung wurde es anders bewertet und der Begriff „Verhandlung“ in Richtung „Gespräch“ gedeutet. Vielleicht können wir dazu mehr Hintergrundinformationen bekommen.

Ansonsten denke ich, dass wir alle daran arbeiten müssen, dass wir möglichst viele Streitkräfte in Rheinland-Pfalz halten. Das ist gemeinsam unsere Aufgabe.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Mainz-Mombach sowie Mitglieder der IG Bergbau, Chemie, Energie der Ortsgruppe Lamberchter Tal. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Frau Abgeordnete Grützmacher.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich sehr wichtig, dass wir uns bei der heutigen Debatte um die Abzugspläne der Amerikaner vor allem auf Baumholder konzentrieren, weil dort momentan – das ist deutlich – die größte Problematik besteht. Herr Noss hat in seinen Zahlen schon deutlich gemacht, wie abhängig die Region momentan auch noch von den Amerikanern ist.

Meine Damen und Herren, aber ich möchte vorweg deutlich machen: Wir halten die Tatsache, dass die Landesregierung auch weiterhin für Baumholder und die gesamte Region auf die militärische Option setzt, für die falsche Option, weil sie ein falsches Ziel hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Kuhn, FDP –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, warten Sie ab, ich werde es erklären, warum ich es für falsch halte.

Die Landesregierung unternimmt große Anstrengungen – das wurde bereits gesagt –, um das Militär auch in Baumholder als wichtigsten Wirtschaftsfaktor zu erhalten. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, das ist aber auch realpolitisch falsch; denn man steckt den Kopf vor der Realität in den Sand, nämlich vor der Tatsache, dass die Umstrukturierungspläne der US-Streitkräfte ganz klar im Zusammenhang mit der Neuorientierung der Weltpolitik seit 1989 stehen. Sie sind militärisch logisch, und sie sind auch von uns nicht zu stoppen; denn sie werden von ganz anderen Gesichtspunkten, beispielsweise von der Haushaltslage im Kongress, beeinflusst und nur sehr wenig von uns.

Auch wenn die Landesregierung ihre Hoffnung auf die Bundeswehr setzt, bekommen wir aus Berlin sehr unterschiedliche Signale. Staatssekretär Kolbow im Bundesministerium der Verteidigung hat in seiner Antwort auf eine Anfrage eines Mitglieds des Bundestags ausgeführt: Den Truppenübungsplatz Baumholder als Trainings- und Ausbildungsplatz für Luft- und Bodenschießübungen-Einsätze zu nutzen, ist nicht realisierbar. – Aber wenn ich Herrn Bruch richtig verstanden habe und nach dem, was er uns im Innenausschuss gesagt hat, ist gerade das etwas, worauf die Landesregierung setzt, um noch einmal das Militär zu verstärken.

Meine Damen und Herren, auch bei der Bundeswehr ist alles im Fluss. Darum denke ich, es ist klar, dass man

nicht darauf setzen kann, dass die militärischen Optionen eine Zukunftsperspektive für diese Region bieten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Abbau militärischer Strukturen in Rheinland-Pfalz von Beginn an begrüßt. Im Grunde genommen haben wir schon bevor der Kalte Krieg zu Ende war gefordert, dass sich die Landesregierung – damals eine CDU-geführte Regierung – damit beschäftigt, wie der Strukturwandel nach dem Abzug der Amerikaner gestaltet werden kann. Wir wissen natürlich, dass es für das Land und für die Menschen in der Region ein enormer Kraftakt ist. Aber wir müssen doch auch sehen, welche positiven Ergebnisse diese Umstrukturierung gehabt hat.

(Ministerpräsident Beck: Sehr richtig!
Sie waren auch immer dafür! –
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Ja, wir waren immer dafür. Wir hatten aber bei einigen Dingen andere Vorstellungen. Aber wir waren immer für eine Konversion. Das ist ganz klar. Dass wir manchmal andere Vorstellungen haben, ist in einem demokratischen System vielleicht ganz in Ordnung.

(Mertes, SPD: Ja!)

– Vielen Dank! Vielen Dank, Herr Mertes!

(Zurufe der Abg. Mertes, SPD,
und Dr. Altherr, CDU)

Ich möchte die guten Beispiele in Germersheim und Landau nennen. Im Grunde genommen haben diese beiden Städte, die wirklich voll waren mit Militär, erst jetzt erkannt, wie einschnürend und wie lähmend es war, dass das Militär jahrhundertlang ihre Arbeit bestimmt hat.

Meine Damen und Herren, natürlich ist die Konversion in strukturschwachen Gegenden sehr viel schwieriger zu bewältigen, gerade in Baumholder und in Idar-Oberstein. Das verkennen wir nicht. Aber wir glauben, wenn die Landesregierung ihre ganze Energie, ihre Ideen und besonders ihr Geld allein auf die Verlängerung, Verbreiterung und Verstärkung der militärischen Strukturen setzt, ist dies für diese Region keine Zukunftsoption. Meine Damen und Herren, die zivile und die militärische Entwicklung können in einer Region nicht nebeneinander betrieben werden. Ich glaube, diese Illusion sollte man sich abschminken. Überall dort, wo die militärische und die zivile Entwicklung nebeneinander existieren, ist dies sehr teuer und wenig erfolgreich.

Meine Damen und Herren, daher ist es wichtig, dass sich die Landesregierung für das Ziel der zivilen Entwicklung entscheidet, das heißt, Konversion auch für Baumholder und für die ganze Region, und alle Anstrengungen auf dieses Ziel hin konzentriert.

(Glocke des Präsidenten)

– Ein letzter Satz!

Wir müssen die Leute vor Ort mitnehmen. Die Zukunft von Baumholder und Idar-Oberstein kann nur in der zivilen Entwicklung liegen. Vor Ort müssen die Menschen mit ihren Ideen und mit ihrer Energie angestoßen und einbezogen werden.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über Monate hinweg wurde über die künftige Truppenpräsenz der USA in Europa und damit natürlich einhergehend auch darüber, welche Standorte in Deutschland möglicherweise aufgegeben werden sollen, spekuliert. Letzten Monat sind nun die Würfel gefallen: US-Präsident Bush hat die Zahl bekanntgegeben. Das heißt also, zwischen 60.000 und 70.000 US-Soldaten sollen demnach in den nächsten Jahren von ihren Stützpunkten in Europa abgezogen werden. Zusätzlich – so heißt es – werden 100.000 Familienangehörige in die USA zurückkehren.

Was bedeutet dies nun für die US-Standorte bei uns in Rheinland-Pfalz?

In den vergangenen zehn Jahren musste Rheinland-Pfalz bereits die Schließung von vier US-Luftwaffenstützpunkten bewältigen, alle in den strukturschwachen Gegenden der Eifel und der Westpfalz. Meine Damen und Herren, diese Herausforderung hat die Landesregierung in hervorragender Weise gemeistert. Man muss auch wissen, dass das Thema „Konversion“ ein neues Thema war. Frau Grützmaker, mit Sicherheit hat die Landesregierung dieses Thema besser bewältigt, als Sie das Thema „Konversion“ bewältigen wollten.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, das werden wir noch einmal sehen! –
Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich erinnere nur an die sichtbaren Erfolge auf dem Hahn, auf dem Flugplatz Zweibrücken, Husterhöhe, Münchweiler oder in der Kreuzberg-Kaserne in Zweibrücken.

Hier gilt es, einfach nur Dank dafür zu sagen, diesen mutigen Weg zu gehen, wie ihn die Landesregierung eingeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, geblieben sind die US-Stützpunkte Spangdahlem, Ramstein sowie der Truppenübungsplatz Baumholder. Während Ramstein als zentraler Knotenpunkt in der amerikanischen Lufttransportorganisation sicherlich bestehen bleiben dürfte, ist gerade die in Baumholder stationierte Panzerbrigade

stark gefährdet. Spangdahlem dürfte nicht zuletzt wegen des mehrere hundert Millionen Euro verschlingenden Ausbaus wohl kaum vor der Schließung stehen.

Meine Damen und Herren, in Baumholder ist die Situation etwas anders. Seit über 50 Jahren leben in Baumholder Deutsche und Amerikaner eng zusammen. In dieser Zeit haben sich vielfältige gegenseitige Beziehungen und Abhängigkeiten entwickelt, ohne die heute ein Leben in der Stadt nur schwer vorstellbar wäre. Bei einem Abzug der US-Truppen würde das über Jahrzehnte gewachsene Miteinander auf einen Schlag zusammenbrechen.

Meine Damen und Herren, der Verlust des Militärs wäre strukturpolitisch für die Region kaum zu verkraften. Zurzeit befinden sich ca. 5.000 amerikanische Soldaten an dem US-Standort in Baumholder. Zusammen mit ihren Familienangehörigen bilden die Amerikaner die Mehrheit der Bevölkerung in der Gemeinde. Zahlreiche Deutsche haben in Baumholder bei den Amerikanern ihre Arbeit gefunden.

Ich möchte im zweiten Teil meines Beitrags gerade noch einmal auf die Bemühungen der Landesregierung und auf das spezielle Thema „Baumholder“ eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute Gelegenheit haben, über das Thema zu reden, durch welches in der Tat in den letzten Wochen und Monaten und nach der Rede von Herrn Präsident Bush – Herr Dr. Enders, im Übrigen einer Wahlkampfredner –, in der er die Zahl 70.000 zur Reduktion von Truppen in Europa genannt hat, die Sorgen der Menschen an vielen Stellen, insbesondere in Baumholder, gestiegen sind. Das ist wahr. Deshalb ist es gut, wenn wir im Parlament darüber reden und uns im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unserer Verantwortung zur Lösung dieser anstehenden Herausforderungen bekennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Land Rheinland-Pfalz unsere Erfahrungen mit der Reduzierung von Truppen. Ohne die Größe dieser Aufgabe zu verkennen, stehe ich nicht an zu sagen, wir sollten alle in Deutschland, in Europa und in der Welt froh darüber sein, dass die Aufgabenstellung in diese Richtung geht; denn diese Truppenreduzierung ist Ausdruck einer veränderten weltpolitischen Lage und Ausdruck einer Veränderung in Deutschland, nämlich der Aufhebung der Teilung unseres Vaterlandes und der Aufhebung der Teilung Europas, eine Situation, die über vier Jahrzehnte immer wieder damit einherging, dass die Menschheit – so muss

man es formulieren – Angst vor einem dritten Weltkrieg haben musste, dessen Zentrum in Europa bzw. in Deutschland gelegen hätte.

(Beifall bei SPD und FDP)

Insoweit ist es eine Aufgabenstellung, die mit einer positiven Grundentwicklung einhergeht. Dennoch, für die Menschen in der Eifel, auf dem Hunsrück und in der Westpfalz, um Schwerpunkte der Stationierung zu nennen, war das eine ganz große Veränderung; denn viele Leute haben bei den US-Amerikanern, bei den Kanadiern, die früher einmal hier stationiert waren, bei den Franzosen, die hier stationiert waren, und bei der Bundeswehr ihr Auskommen als zivile Beschäftigte gefunden. Wir alle wissen um die Auswirkungen der Stationierung gerade auch der amerikanischen Streitkräfte auf die jeweils regionale Wirtschaft. Vor einigen Jahren haben wir einmal eine Kalkulation durchgeführt und kamen allein im Bereich der Westpfalz durch die Reduktion der amerikanischen Truppen zu einer Reduktion des Bruttoinlandsprodukts in einer Größenordnung von damals vier Milliarden Euro. Es ist also eine tiefgreifende Veränderung. Es ist klar, dass uns diese Veränderung umtreibt.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, wir hatten bei einem Höchststand in Rheinland-Pfalz rund 130.000 Soldaten stationiert. Rund 46.000 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einmal bei den Streitkräften ihre Arbeit gefunden.

Wir haben seitdem eine Reduzierung erfahren –dies nicht auf den heutigen Tag bezogen, sondern in dieser Zeit, in der wir neuere Zahlen haben, die ich korrekt nennen möchte – in einer Größenordnung der Stationierung bei der Bundeswehr von rund 11.800 Soldatinnen und Soldaten und rund 5.200 Zivilbeschäftigten, bei den US-Streitkräften von rund 25.700 Soldatinnen und Soldaten und 14.700 Zivilbeschäftigten. Bei den französischen Streitkräften sind wir natürlich auf einer sehr viel niedrigeren Zahl. Dort gibt es eine Reduzierung von rund 14.000 und auf einem einzigen Standort, den wir jetzt noch haben. Ich hoffe, dass dieser Standort auch als Verbindung in Saarburg erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat also ganz ohne Frage sehr tiefgreifende Veränderungen gegeben. Ich denke, dass sich sowohl die lokale Verantwortung als auch die Landespolitik in dieser Situation richtig verhalten haben. Wir haben Bundesprogramme reklamiert und nur wenig Unterstützung bekommen. Ich bin illusionsfrei und denke, dass das auch in Zukunft nicht anders sein wird. Insoweit wollen und werden wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützen.

Wir können heute feststellen, dass wir mit unseren Konversionsprogrammen, die vom Prinzip her in der Organisationsform heftig in diesem Hause umstritten waren, an vielen Stellen neue zivile Strukturen schaffen konnten, heute mit mehr zivilen Arbeitsplätzen, als sie zum Zeitpunkt des Höchststandes der militärischen Präsenz in unserem Land vorhanden waren.

Dass hinsichtlich der Wertschöpfung noch vieles im Schwange ist und sich noch vieles entwickelt, ist auch in

der Anstrengung abzulesen, die sich in unseren Haushalten Jahr für Jahr auch in Zahlen niederschlägt und um die wir auch immer wieder ringen.

Verehrte Frau Kollegin Grützmacher, ich möchte gern einräumen, dass Sie Konversion eingefordert haben, aber ich bitte Sie auch wahrzunehmen, dass eine solche Unterstützung in jedem konkreten Fall am Ende dann immer zu einem Nein geführt hat, ob wir auf dem Hahn versucht haben, eine neue fliegerische Nutzung zu entwickeln, oder ob wir in Zweibrücken eine Mixsituation mit fliegerischer Nutzung, mit gewerblicher Nutzung und mit Einkaufssituation und mit einer Freizeitnutzung entwickelt haben.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Umweltcampus Birkenfeld!)

– Ja, der Umweltcampus Birkenfeld ist eine Ausnahme, wo Sie nicht kritisiert haben. Da gebe ich Ihnen gern Recht.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Remagen! Kaiserslautern!)

In Bad Sobernheim beispielsweise, wo wir gerade dabei sind, ein Konzept zu entwickeln, ist gegen jeden Denkansatz, der nur veröffentlicht worden ist, Ihr Protest gekommen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht!
Das ist gelogen!)

– Ich sage es gar nicht vorwurfsvoll, aber dann zu sagen, wir haben die Konversionspolitik unterstützt, ist doch ein mutiges Wort.

(Beifall bei SPD und FDP)

– Liebe Frau Kiltz, wenn Sie es damit verbinden, dass Sie nachher an das Rednerpult kommen und sagen, wir machen unseren Frieden mit der Entwicklung auf dem Flughafen Hahn, dann sage ich: Respekt, jetzt sind wir wirklich auf einer Linie. –

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Leute auf dem Hunsrück und in der Westpfalz können sich von einem so allgemeinen Bekenntnis, das dann in einem Nein mündet, wenn es ums Konkrete geht, überhaupt nichts kaufen. Davon entstehen kein Arbeitsplatz und kein Euro Wertschöpfung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich wird es weitere Veränderungen geben. Wir wussten das alle und wissen es. Insoweit ist die Rede des amerikanischen Präsidenten nichts Neues. Er hat eine Zahl genannt, das ist in Ordnung. Aber sonst ist damit nichts Neues verbunden, weil wir die Notwendigkeiten sehen, sich bei der Bundeswehr und bei den Nato-Streitkräften insgesamt, natürlich damit auch bei den amerikanischen Streitkräften auf eine weltweit veränderte Lage einzustellen.

Das bedeutet, dass schwer gepanzerte und inflexible Einheiten durch neu aufzustellende leichtere Einheiten ersetzt werden. Das ist wahr. Das bringt beispielsweise Veränderungen für die Waffengattung der Artillerie mit sich. Das bringt Veränderungen für die Waffengattung der Panzerstreitkräfte mit sich. Das ist klar. Eine logische Konsequenz ist, dass ein Truppenübungsplatz, der dafür Grundlagen zur Übung anbietet, zunächst mit einem Fragezeichen versehen wird.

Herr Noss, Sie haben völlig Recht. Das gilt auch, wenn wir uns mit der Konsequenz nicht einfach abfinden, sondern Überlegungen bezüglich dessen anstellen, was aller Voraussicht nach in Rheinland-Pfalz bleibt. Für diese Aussage haben wir einige Stütze aus dem, was Herr Kollege Zuber und Herr Bruch verhandelt und besprochen haben. Einige Begründungen ziehe ich aus eigenen Gesprächen, die ich mit amerikanischen Verantwortlichen und in Deutschland geführt habe. Wir haben unsere Chancen, weil wir aller Voraussicht nach in Ramstein eine zentrale Drehscheibe der amerikanischen und der NATO-Militärstreitkräfte behalten werden.

Spangdahlem gehört als Ausweichstation mit einer besonderen Ergänzungsfunktion zu Ramstein. Das macht mich zuversichtlich, dass diese Zusage für eine Zukunft dieses Flugplatzes Gültigkeit hat und behält.

Wir haben eine dritte Schiene, von der ich glaube, dass sie von Bedeutung ist. Das sind die Supportcommands, die Versorgungseinheiten. Diese arbeiten mit einer hohen Effizienz und teilweise in einer zivil-militärischen Rechtskonstruktion. Diese haben wir entwickelt. Dies ist vom Land Rheinland-Pfalz unterstützt worden, um zu beweisen, dass es geht. Heute hat das in der amerikanischen Militärwelt höchste Anerkennung. Das, was in und um Kaiserslautern von den Instandsetzungseinrichtungen geleistet wird, ist weltweit hervorragend und wird in höchster Weise geachtet. Das haben mir höchste amerikanische Generäle gesagt. Die Qualität und die Nähe zu dem Drehpunkt Ramstein gibt mir einige Hoffnung, dass dort der Kern dessen, was in Rheinland-Pfalz stationiert ist und Menschen Arbeit und Brot gibt, erhalten bleiben wird.

Diese Grundlage wollen wir verbreitern und die Interessenslage hierzubleiben, verbessern, indem wir zum Beispiel Verbesserungen für die Housing-Situation und Ähnliches mehr entworfen haben, die in privater, militärischer und vom Land Rheinland-Pfalz mit getragener Verantwortung zur Verbesserung der Situation der amerikanischen Soldaten und ihrer Familien beitragen können. Herr Kollege Bruch hat das im Ausschuss vorgestellt.

Herr Kollege Zuber, wir konnten unter Beweis stellen, dass wir in einer schwierigen Phase in diesem Land Rheinland-Pfalz durch das Zusammenwirken der amerikanischen Streitkräfte bei der Innensicherung ihrer Liegenschaften mit der Bundeswehr und in einem engen partnerschaftlichen Vorgehen mit dem Wehrbereichs-kommando II in Mainz sowie mit unseren Polizei- und Sicherheitskräften eine exzellente Sicherheitslage hinkommen haben. Das ist mir von höchster amerikanischer Stelle anerkennend für die dort Tätigen mitgeteilt worden. Das ist ein nicht unbeachtlicher Punkt, wenn es

um die Frage von Standortentscheidungen in dieser Zeit geht, in der wir alle unter dem drohenden Terrorsdiktat leben.

Um auf Baumholder und die dort zu beachtende besondere Situation einzugehen, wollen wir in einer ähnlichen Weise die Vorzüge dieses Standortes herausstellen. Das sind Vorzüge, die für schnell bewegliche Truppen darin bestehen, dass sie in der Nähe von Ramstein sind. Baumholder hat über Jahre und Jahrzehnte bewiesen, dass die amerikanischen Soldaten und ihre Familien dort eine Heimat gefunden haben. Es gibt Überlegungen, diese Truppen zeitweise in Krisenräume zu verlegen. Danach können sie an ihre Heimatstandorte zurück. Das ist politisch noch nicht entschieden. Das heißt für die Familien usw., dass sie eine gewisse Zeit in einer Region ohne ihre Frauen bzw. Männer leben müssen, die diese militärische Aufgabe wahrnehmen. Da spielt das Verständnis und das Eingebettetsein eine Rolle. Wir werden das in den weiteren Gesprächen betonen.

Von amerikanischer Seite wissen wir, dass es Erfahrungen aus der Arbeitsgruppe aus Bundeswehr, Amerikanern und unserem Innenministerium gibt, dass man auf Synergieeffekte mit der Bundeswehr und Bundeswehrstationierungen setzt. Das ist an der Stelle vernünftig. Genauso ist es vernünftig, in der NATO in stärkerem Maße zu spezialisieren, die Truppen sich gegenseitig ergänzend zu organisieren. Dazu gehören Ausstattungen und Aufgabenschwerpunkte.

Ich kann nicht sagen, es wird so kommen. Unsere Hoffnung ist, dass wir diesen vorhandenen Truppenübungsplatz zur Vorbereitung und für entsprechende Übungszwecke von amerikanischen Kräften, von der Bundeswehr und anderen Sicherheitskräften, die für Auslandseinsätze zur Befriedung und zum Aufbau eingesetzt werden, so vorbereiten können, dass es von den Bedürfnissen und von der wirtschaftlichen Seite her attraktiv ist. Dann könnte man sagen, wir halten diesen Truppenübungsplatz aufrecht.

Ich möchte noch etwas dazu sagen. Einen Truppenübungsplatz in der heutigen Zeit zu errichten, ist so gut wie unmöglich. Wir erleben im Osten unseres Vaterlandes, wie schwer es ist, einen vorhandenen Truppenübungsplatz aufrechtzuerhalten. In Baumholder ist dieser Truppenübungsplatz akzeptiert. Das ist ein hohes Gut. Man wird so etwas nicht einfach aufgeben, weil man Vergleichbares nicht einfach irgendwo anders aus dem Boden stampfen kann.

Das sind die Karten, die wir in der Hand haben. Ich will an dieser Stelle überhaupt nicht in Abrede stellen, dass diese Karten nicht die großen Trümpfe sind. Die großen Trümpfe werden für die amerikanische Regierung genauso wie für die Bundeswehr sein, nach ihrer Verantwortung und ihren Prioritäten zur Schaffung von Sicherheit und Ausrichtung der Streitkräfte die Entscheidungen über die Struktur der Streitkräfte zu treffen. Daran wird keine Landesregierung in Rheinland-Pfalz und auch keine Bundesregierung etwas ändern können. Es wäre auch unvernünftig, so etwas zu versuchen. Natürlich muss die Priorität lauten: Wie kann eine Aufgabe optimal erfüllt und so viel Sicherheit für die eingesetzten Soldaten wie möglich erreicht werden?

Es kommt ein zweiter Punkt hinzu. Dieser zielt auf Effizienz und Kosteneinsparung. Dazu können wir begrenzt etwas tun, und wir haben Vorschläge gemacht. Wir werden sie weiter machen.

Bei der dritten Priorität ist das zu nennen, was ich gerade beschrieben habe. Das sind Bedingungen, die dann eine Rolle spielen können, wenn die ersten Prioritäten stimmen. Darauf sind wir vorbereitet. Im Sinne dessen, dass man Schritt für Schritt neue Informationen dazubekommt, bereiten wir uns weiter darauf vor. Das gilt auch für die Umstrukturierung der Bundeswehr. Wir stecken noch in einem Teil der Umstrukturierung, die vor Jahren beschlossen worden ist. Diese wird Schritt für Schritt vollzogen. Das gilt beispielsweise für die Depotorganisation der Bundeswehr.

Es ist aber schon angekündigt, dass zum Ende dieses Jahres das, was derzeit auf militärischer Ebene untersucht wird und von den Fachleuten im Ministerium und den nachgeordneten Behörden der Bundeswehrverwaltung untersucht wird, einer politischen Lösung zugeführt wird.

Ich kann auch an dieser Stelle nur sagen, dass es einen engen Kontakt gibt zwischen dem Bundesverteidigungsminister und mir und der Landesregierung. Wir haben gerade in der letzten Woche erneut einen Kontakt gehabt, in dem mir der Bundesverteidigungsminister zugesagt hat, dass wir dann, wenn er entscheidungsreife Vorlagen auf dem Tisch hat, ein Gespräch führen, auch mit den anderen Ministerpräsidenten. Das ist ganz selbstverständlich. Aber er weiß aus unseren bisherigen Gesprächen, dass wir die von mir geschilderte Vorleistung erbracht haben und dies natürlich in die Gedanken einbezogen werden muss ebenso wie diese Betrachtung dessen, was auf amerikanischer Seite passiert und wo sich diese Synergien und gegenseitigen positiven Unterstützungen auch bei der Aufgabenerfüllung ergeben könnten.

Insoweit ist das, was der parlamentarische Staatssekretär auf eine Anfrage eines Abgeordneten gesagt hat – Herr Dr. Enders, ich glaube, Sie hatten danach gefragt –, für mich allenfalls in der Tat mit dem Begriff der Verhandlungen erklären. Natürlich führen wir nicht Verhandlungen um Bundeswehrstrukturen. Das ist nicht unsere Sache. Aber es ist in der Tat so – da kann ich mich gar nicht beklagen –, wir führen intensive Gespräche miteinander. Das ist richtig, und das ist auch gut so und wird so bleiben.

Das ist aus meiner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Lage, was diese Fragen angeht. Wir werden also zum gegenwärtigen Zeitpunkt alles tun, was wir können, um vor dem Hintergrund dessen, was es an Veränderungen in der militärischen Stationierung in Rheinland-Pfalz schon gegeben hat, so wenig wie möglich Stationierung zu verlieren. Ich sage dies aus wirtschaftlichen Gründen, aber nicht nur. Ich sage dies auch, weil, solange es noch notwendig ist – der Idealzustand wäre es, wir bräuchten nie mehr irgendwo auf der Welt Truppen zu stationieren, um andere zu schützen, weil sich niemand bedroht fühlt –, eine solche Bedrohungslage auf dieser Welt noch vorhanden ist, wollen wir unseren Beitrag leisten. Wir sind auch froh darüber, wenn ameri-

kanische Stationierung hier stattfindet, was auch ein Stück deutsch-amerikanischer Kultur hervorgebracht hat, die wir nicht missen möchten.

Ich sage darüber hinaus, dass ich fest davon überzeugt bin und darum auch, soweit man das kann, als Ministerpräsident ringe, dass wir nicht denen folgen sollten, die die Stationierung der Bundeswehr nur unter militärischen und unter wirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten überlegen. Ich glaube, dass die Dislozierungen von Bundeswehrstandorten, die notwendig sind – nicht notwendige kann keiner verantworten –, aber dass die Dislozierungen von Bundeswehrstandorten, die Verteilung über die Fläche der Bundesrepublik Deutschland auch eine Menge zu tun hat mit der Einbindung der Bundeswehr in unsere Gesellschaft, mit der Akzeptanz für diese Aufgaben, die dort zu erfüllen sind, und es im Übrigen auch etwas damit zu tun hat, ob man eine reale Chance sieht, mit mancher Ergänzung doch am Ende die Wehrpflicht zu erhalten, wofür ich sehr bin.

Ich glaube also, dass es auch viele Gründe über die wirtschaftliche Betrachtung hinaus gibt, um für eine solche Stationierung in vernünftigem Maß einzutreten. Die Landesregierung hat sich dazu immer verstanden. Sie wird es auch weiter tun. Aber ich sage auch, wenn Entscheidungen anders gefällt werden im amerikanischen Kongress oder im Weißen Haus – wir wissen, dass das in Amerika ein Stück anders als bei uns abläuft, dass die Entscheidungen letztendlich aufgrund einer Liste, die dem Weißen Haus zugeleitet wird, dort gefällt werden –, wenn eine solche Entscheidung gegen den einen oder anderen Standort gefällt wird, was man nicht ausschließen kann, was ich mir nicht wünsche, aber was man nicht ausschließen kann, dann wird selbstverständlich das bewährte Instrumentarium unserer Konversionsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Dann werden wir auch dort alles in unseren Kräften stehende tun, um den Menschen eine neue Perspektive zu geben, wie es in Bitburg, in Zweibrücken, auf dem Hahn und an vielen anderen Standorten in diesem Land Rheinland-Pfalz möglich geworden ist.

Wir sind also, soweit man dies kann, vorbereitet, und wir sind bereit und willens, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den Menschen in Baumholder, aber auch an anderer Stelle, wenn so etwas notwendig ist, zu helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.

(Starker Beifall der SPD
und der FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Ihnen stehen fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, vielen Dank für das Wort, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Beck, jetzt ist uns aufseiten der CDU-Fraktion klar geworden, warum die SPD diese Aktuelle Stunde heute beantragt hat. Es gab

Ihnen Gelegenheit, hier eine Regierungserklärung zur Situation der US-Streitkräfte oder der Stationierungskräfte in Rheinland-Pfalz abzuhalten.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, das ist doch so. Wir haben bei der Wortmeldung vom Kollegen Noss ein bisschen verzweifelt darauf gewartet, dass irgendetwas kommt, womit wir etwas Neues verbinden können. Das ist ausgeblieben.

(Mertes, SPD: Wir haben doch so viel Neues im Moment!)

Es war eine ganz kurze Schilderung der aktuellen Situation, die man seit vielen Wochen als Zeitungsleserin oder Zeitungsleser nachvollziehen kann. Wir sind jetzt als CDU auch vor allem auf diese Informationen aus der Presse angewiesen.

(Hartloff, SPD: Wohl wahr! –
Mertes, SPD: Wir auch!)

– Sie auch? Ja, das ist gut. Wir kommen jetzt aber darauf, worum es hier eigentlich wirklich geht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eine Regierungserklärung zu dem Thema hier gehalten. Sie haben das Verhalten der Landesregierung in der Vergangenheit zu dieser Problematik „Konversion“ noch einmal dargestellt. Sie haben übrigens vergessen, die Bundesregierung in diesen Fragen mit einzubeziehen, so wie Sie das früher getan haben, als CDU/CSU und FDP in Berlin registriert haben.

(Ministerpräsident Beck: Da habe ich ja gesagt!)

Da haben Sie jetzt keine Forderungen erhoben, aber ich denke, das ist auch irgendwo verständlich.

Sie haben auch noch einmal aus Ihrer Sicht eine intensive Schilderung gegeben, wie sich die Situation darstellt und wie Sie das hier auch aus Ihrer Sicht sehen. Sie haben ganz viel vom Prinzip Hoffnung gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass man zwar Karten in der Hand hat, aber keine Trümpfe. Sie haben uns leider nicht darüber informiert – das interessiert uns jetzt auch als rheinland-pfälzisches Landesparlament –, welche tatsächlichen und konkreten Erfolge die Landesregierung bei ihren Gesprächen in Amerika –in welchen Gremien auch immer; das haben Sie nicht gesagt –, aber mit welchen Gesprächspartnern erreicht hat. Das ist eigentlich die Botschaft für uns heute hier. Sie haben nichts in der Hand, mit dem sie hier tatsächlich auch den Menschen Hoffnung geben können.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ganz viel genannt, aber Sie haben nicht gesagt, wie die Agentur bzw. die Anwaltskanzlei in Washington arbeitet, zu welchen Bedingungen, was sie bis jetzt an wirklich wichtigen Kontakten für die Besuche des Herrn Staatssekretärs in Washington auch geleistet hat

und was da wirklich jetzt Handfestes dabei herausgekommen ist.

(Pörksen, SPD: Ach, das kleine
Karo ist schon wieder da!)

Wenn man jetzt einmal mit Menschen spricht, die auch etwas von dem Geschäft verstehen – da gibt es auch den einen oder anderen gerade bei uns in der Westpfalz oder im Hunsrück oder auch weiter nördlich –, dann muss man sagen, es war offensichtlich nicht so besonders viel, was da ist.

Sie haben jetzt für Baumholder, wenn Sie die Perspektive betrachtet haben, unter anderem die Striker-Brigades genannt. Herr Ministerpräsident, Sie wissen ganz genau, dass Grafenwöhr uns bei dieser Problematik weit voraus ist. Die Amerikaner haben über viele Jahre sehr viel Geld in Grafenwöhr investiert. Das hat die Bundeswehr in Baumholder nicht getan. Sie hat nicht die technische Entwicklung mitgemacht, wie es für die Ausstattung dieses Übungsplatzes auch für Schießübungen notwendig gewesen wäre. Deswegen wird auch die räumliche Entfernung zur Airbase Ramstein meines Erachtens für die Amerikaner nicht die entscheidende Rolle spielen.

Sie haben Private-Public-Partnership beim Housing-Bau angesprochen. Sie haben nicht gesagt, wie konkret diese Sache geworden ist. Wir haben auch gehört, dass es da Gespräche gab, aber ob die wirklich jetzt zu einem Erfolg führen werden, das haben Sie uns nicht wissen lassen. Ob sich die Amerikaner dann durch dieses Geschenk, durch diese Morgengabe, wirklich überreden lassen, in Rheinland-Pfalz an den genannten Standorten weiterhin zu bleiben, ist immer noch nicht klar. Das wäre auch schon ein Anliegen gewesen, heute in einer Aktuellen Stunde – wie sagt man so schön – Butter zu dem Fisch zu geben und tatsächlich konkret zu werden und uns etwas zu sagen.

Zum Schluss will ich es noch ein bisschen abrunden, auch in Bezug darauf, wie Sie es dargestellt haben. Sie wissen genau, dass das, was Sie als SPD-Ministerpräsident als politische Intention gesagt haben, im Grund genommen auch die Linie der CDU ist und wir sie unterstützen. Aber dann bitte ich ganz herzlich, die Fakten tatsächlich auf den Tisch zu legen und uns als Parlament über die Details zu informieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grützmaker das Wort.

Auch Ihnen stehen fünf Minuten Redezeit zu.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Ministerpräsident, es ist klar, dass wir andere Vorstellungen darüber haben, was zum Beispiel in Baumholder zu passieren hat. Das geschieht nicht nur aus

friedenspolitischen Gründen. Ich mache gar keinen Hehl daraus, dass wir es sehr begrüßen, wenn militärische Strukturen abgebaut sind. Das machen wir auch aus dem Grund, den Sie zum Schluss genannt haben.

Sie haben richtigerweise und ehrlicher Weise gesagt, dass wir keinen Einfluss darauf haben, wenn diese Entscheidungen im Weißen Haus fallen, dass die Amerikaner von Baumholder abziehen. Sie haben gesagt, dann wollen wir handeln und das bewährte Instrument der Konversion in Gang setzen, um für diese Region eine zivile Perspektive zu entwickeln. Das halten wir für zu spät; denn Sie sagen selbst, wir haben keine Trümpfe oder nur kleine Spielkarten, also keine Trümpfe, in der Hand, was die militärische Entwicklung dieser Region angeht. Sie haben aber alle Trümpfe für die zivile Entwicklung in der Hand. Wir halten es für eine Überforderung, beides nebeneinander zu machen. Es ist eine Überforderung und auch nicht möglich. Stellen Sie sich vor, Sie wollen den Tourismus in dieser Region entwickeln, aber gleichzeitig wird der Flugplatz oder der Truppenübungsplatz zu einem Bombenabwurfplatz ausgebaut.

(Ministerpräsident Beck:
Wer sagt denn das?)

– Es war zum Beispiel in den Zeitungen zur Aufwertung von Baumholder zu lesen – ich kann es Ihnen vorlesen –: Der Truppenübungsplatz soll bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dazu gehören verbesserte Trainingsbedingungen für US-Streitkräfte – das ist klar; das können Bodestreitkräfte sein –, aber auch bessere Voraussetzungen für unterstützende Trainingsmöglichkeiten der Air Force aus Spangdahlem.

Eine Air Force in Spangdahlem und Truppenübungsplatz: Ich glaube, da liegt man nicht ganz falsch, wenn man sich vorstellt, dass auch Bomben abgeworfen werden. Ich denke, das ist militärpolitisch nicht ganz falsch.

Meine Damen und Herren, deswegen kam das Wort „Bombodrom“ in den Medien vor. Ich bin damit sehr vorsichtig. Ich hoffe nicht, dass das Ihre Pläne sind, weil das alles, was man dort in der Region machen würde, kaputt machen würde.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, wir haben alle Konversionsanstrengungen der Landesregierung kritisch, konstruktiv begleitet.

(Pörksen, SPD: Konstruktiv!)

– Konstruktiv. Ich sage nur: Bad Sobernheim. Das kennen Sie doch auch? Nicht wahr.

In Bad Sobernheim war ein überdimensioniertes Freizeitgelände „Pro Welt“ geplant. Es waren nicht nur die Grünen diejenigen, die dagegen waren. Es gab auch Leute aus der SPD, die dagegen waren. Wir haben unsere Kritik an dieser „Pro Welt“ mit konstruktiven, anderen, weiteren Vorschlägen begleitet, weil wir glauben und man erkannt hat, dass es einfach nicht geht. Es ist auch nichts daraus geworden, aber nicht wegen uns. So hoch schätze ich unsere Einflüsse da nicht ein.

Wir haben andere Vorstellungen von Konversion, weil wir glauben, dass es nicht richtig ist, eine Monostruktur, wie sich die Militärstruktur in diesen Gegenden darstellt, durch eine andere Monostruktur zu ersetzen. Wir glauben, dass man kleinräumig arbeiten, kleine Dinge von vor Ort anstoßen muss.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unsere Vorstellung. Dafür kämpfen wir. Das heißt nicht, dass wir gegen Konversion sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wenn Sie sagen, dass Ihnen klar ist, dass es für eine rheinland-pfälzische Landesregierung, auch für einen Staatssekretär Bruch, der sich in diesem Bereich sehr engagiert, so gut wie keine Möglichkeiten gibt, die zukünftigen Entscheidungen der Amerikaner zu beeinflussen, auch wie sie das mit ihrer Stationierungszeit machen – – Wir wissen doch, dass die Soldaten in Zukunft nur noch möglichst kurz stationiert werden und keine Familien mehr mitkommen sollen. Warum soll man dann noch Housings bauen, wo in anderen Bereichen jetzt schon Häuser leer stehen.

Ich glaube, wenn Sie diese Energie, die Sie jetzt auf die Verwirklichung, Verstärkung oder – sagen wir einmal – auf diese Realisierung der militärischen Option für Baumholder setzen, auf die zivile Entwicklung setzen, dann hätten wir für die Zukunft von Baumholder und die ganze Region Idar Oberstein ein besseres Konzept.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros hat in einer polemischen Qualifizierung zu einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gesagt, sie setzt auf das Prinzip Hoffnung.

Meine Damen und Herren, auf was sollen die Menschen eigentlich nach Ihrer Rede setzen?

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist natürlich Ihr Recht, und es wird Ihnen nicht genommen, dass Sie kritisieren, auch die Schritte im Einzelnen. Aber was Sie hier gemacht haben, war nichts anderes als die Gemütsbeschreibung Ihrer Fraktion in diesen Tagen und Stunden.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich es gut sein lassen; denn Sie haben keinen Beitrag dazu geleistet. Sie haben nur wieder einmal gezeigt, dass für Sie Kritik vollkommen allein ausreicht,

Landespolitik vorzutragen. Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus.

Wir haben, wenn wir das Prinzip Hoffnung anwenden, noch ein anderes Prinzip, nämlich das Prinzip, Tatsachen vorzulegen, nämlich wie wir in Rheinland-Pfalz Konversion betrieben haben, und zwar erfolgreich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist alles zur außenpolitischen Lage gesagt. Herr Kollege Enders hat es in einem Satz eigentlich nur so ein bisschen gestreift: Die Amerikaner machen nichts anderes, als wir Deutsche auch machen müssen, nämlich unsere Armeen mit anderen Standorten und anderen Konzepten auf eine andere Bedrohung ausrichten. Das ist keine Katastrophe, sondern eine Chance.

Wir haben in Rheinland-Pfalz belegt, dass wir die Konversion zu einem Erfolg gebracht haben, der mehr und zukunftssträchtigere Arbeit gebracht hat, als wir sie vorher hatten. Darauf kann man mit Recht stolz sein. Es sind fast zwei Milliarden – – –

(Beifall der SPD)

Es wurde die wichtige Frage gestellt, ob das Verhandlungen oder Gespräche waren. Ich habe trotz Ihres Beitrags meinen Humor nicht verloren. Herr Wagner ist ein Saarländer. Es gibt sicherlich noch viel an Übereinstimmung zu leisten, was Fragen, Verhandlungen und Gespräche anbelangt. Natürlich wird das Bundesverteidigungsministerium nicht zugeben, dass eine Landesregierung nach Washington fährt und dort Gespräche führt. So einfach ist das. Das war auch immer so. Daraus würde ich mir keinen Knüppel schnitzen. Ich würde mich fragen, ob es nicht vorausschauend und gut war, dass Zuber und Bruch sich darum gekümmert haben, mit den Amerikanern zu sprechen. Das würde ich fragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn Sie das kritisieren, was als Ergebnis herausgekommen ist, was das Innenministerium insgesamt geleistet hat, dann kann ich nur sagen, schauen Sie sich die Wohnungen in Baumholder an. Das ist eben 60er-Jahre/70er-Jahre-Standard. Auch die Stationierungskräfte wollen dort eine höhere Qualität haben. Es war ein Ansatz, der in Amerika mit großer Freundlichkeit aufgenommen worden ist. Ich glaube, es war ein vernünftiger Ansatz zu sagen: Was ist mit Baumholder, wenn wir ihn anders qualifizieren? – Natürlich haben Sie nicht Unrecht, dass Grafenwöhr auch eine wichtige Rolle spielt. Aber insgesamt sind wir noch nicht am Ende dieser Debatte.

Ich will noch etwas zu Frau Kollegin Grützmaker sagen. Es wird dann so getan, als wäre die Verbindung militärischer und ziviler Strukturen nicht vernünftig und man sollte dem aus dem Weg gehen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, sehr richtig.

Wir wollen das einmal an Beispielen durchdeklinieren. Wenn die Stadt Hermeskeil – das ist ein Bundeswehrstandort –, die 5 % Arbeitslosigkeit hat – ich wiederhole: momentan 5 % Arbeitslosigkeit –, deren zivile und militärische Struktur sich so wunderbar ergänzen, dass wir diese Zahl haben, dann lässt das doch miteinander leben und nebeneinander stehen, weil es diese Erfolge bringt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist das Problem bei Ihnen, Sie sind für die Konversion, weil darunter durchschimmert, dass Sie die Soldaten nicht wollen. Das ist die ganze Wahrheit. Machen Sie sich doch nichts vor. Das ist das Problem bei Ihnen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Sie wollen nicht akzeptieren, dass wir in einer Welt leben, die so ist, wie sie ist. Sie malen sich Ihre Welt wieder einmal neu, und wir fallen nicht darauf herein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich kann Ihnen nur sagen, ich werde alles tun, was ich kann, damit in Kastellaun, in der Nähe meines Heimatdorts, die Bundeswehr bleiben wird, und zwar erstens einmal der Soldaten und ihrer Familien willen, die wir kennen, die wir mögen, und zweitens, weil das für die kleine Stadt mit 5.000 Einwohnern ein wichtiger stabilisierender Faktor ist.

Wir wissen aber auch, dass wir Gewerbegebiete entwickeln müssen. Genau das haben wir getan. Beides nebeneinander kann wunderbar im ländlichen Raum funktionieren.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir haben die Debatte geführt, weil wir der Meinung sind, dass es der richtige Weg der Landesregierung war, nach Amerika zu gehen und Angebote zu machen. Das ist das erste Mal, dass so etwas in der Bundesrepublik überhaupt gemacht worden ist.

(Staatsminister Zuber: Nicht
nur in der Bundesrepublik!)

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir genau diesen Weg weiter gehen sollten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, ich kann Ihre negativen Bemerkungen nicht nachvollziehen, nicht nur im Hinblick auf die Konversion insgesamt, sondern auch im Hinblick auf den Truppen-

übungsplatz Baumholder. Die FDP-Fraktion war dort und hat sich das vor Ort angeschaut. Wir kennen die Sorgen sowohl der dortigen deutschen Bevölkerung als auch derer, die dort stationiert sind. Der Herr Ministerpräsident hat bereits versucht, deutlich zu machen, wie viele Arbeitsplätze durch die Konversion geschaffen wurden, nämlich viel mehr, als damals durch die Militärs vorhanden waren. In der strukturschwachen Region um Baumholder herum gibt es zu den militärischen Arbeitsplätzen jedoch keine Alternative.

Ich komme aus einer Region, die das hautnah miterlebt hat. In Zweibrücken waren damals zwischen 350 und 360 Personen bei den Amerikanern beschäftigt. Heute wurden dadurch 1.600 Arbeitsplätze geschaffen. Ich kann mir doch nicht nur die negativen Seiten herauszusuchen und das ganze Konzept miesreden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Frau Grützmaker, Ihre Parteifreunde haben damals gemeinsam mit den Naturschutzverbänden demonstriert, als es darum ging, das Baurecht für die Erweiterung in Ramstein zu schaffen. Was meinen Sie, was in der Region in und um Kaiserslautern los wäre, wenn dieser Standort verlegt würde? Dann gingen in der ganzen Region die Lichter aus. Das muss man doch einmal ganz klar sagen dürfen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke, was die Menschen brauchen, ist ein Stück Hoffnung. Sie brauchen ein Stück Hoffnung auf Arbeitsplätze. Ich bin der Meinung, die Landesregierung sollte auf diesem eingeschlagenen Weg weiter gehen.

Ich möchte noch einmal auf das Housing-Konzept in Baumholder zu sprechen kommen. Herr Staatssekretär Bruch, die Gespräche, die Sie geführt haben, sind doch Ansatzpunkte, die den Menschen Hoffnungen machen. Deshalb kann ich die Landesregierung nur dazu ermuntern, auf diesem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, und zwar im Interesse der Menschen in unserem Land, insbesondere derjenigen, die durch diese militärischen Liegenschaften und die Konversion geschädigt wurden. Wir brauchen die Hoffnung, dass dort alternative Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Landesregierung hat gezeigt, wie es geht.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir schließen damit die Aussprache zu diesem Antrag.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

„Ursachen und Auswirkungen der Pilzkrankheit „Schwarzfäule“ auf den rheinland-pfälzischen Weinbau sowie mögliche Gegenmaßnahmen“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/3392 –

Es spricht Herr Abgeordneter Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre sicherlich angenehmer, wenn wir jetzt kurz vor dem Herbst über die Qualität und die positiven Seiten des Weines reden könnten. Es gibt aber das drängende Problem der Pilzkrankheit „Schwarzfäule“, das jedermann bekannt ist. Deshalb ist es notwendig, dass wir dieses Thema heute behandeln. Diese Pilzkrankheit hat verheerende Folgen für einzelne Betriebe. Im Bereich des Ökoweinbaus kommt es manchmal bis zum Totalausfall. Das betrifft die Winzer an Mosel, Saar, Ruwer, usw.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man tut jetzt so, als wäre die Pilzkrankheit „Schwarzfäule“ vom Himmel gefallen und man hätte es nicht ahnen können. Fachleute haben aber bereits frühzeitig darauf hingewiesen, dass eine Gefahr droht. Sie ist aber nicht erkannt worden. Das müssen auch die Landesregierung und die zuständigen Stellen zur Kenntnis nehmen. Man hätte frühzeitig handeln können, wenn man das Problem frühzeitig erkannt und ernst genommen hätte. Das war aber nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Ab und zu gibt es aber noch weitsichtige Abgeordnete – als wenn man es ahnen würde. Ich habe im Januar dieses Jahres eine kleine Anfrage genau zu diesem Thema gestellt. Ich habe die Landesregierung gefragt, ob es Probleme im Hinblick auf die Drieschen-Verordnung gibt.

(Mertes, SPD: Und schon
kam die Schwarzfäule!)

– Herr Mertes, reden Sie mit den betroffenen Winzern. Wenn Sie das dann noch genauso lustig sehen, dann ist das in Ordnung. Kümmern Sie sich doch um die Probleme. Dann würde es etwas anders aussehen.

Ich habe nach den Weinbergs-Drieschen insbesondere an Mosel, Saar und Ruwer gefragt. Der Herr Minister hat damals lapidar geantwortet, die Landesregierung habe alles im Griff, und von den Weinbergs-Drieschen könnten keinerlei Gefährdungen ausgehen. Allein an der Mosel – das hat er fairerweise zugegeben – gebe es das Problem bei 223 Hektar von in Rheinland-Pfalz insge-

samt etwa 470 Hektar. Die Fachleute könnten aus der Weinbergs-Driesche heraus keine Probleme erkennen.

(Mertes, SPD: Sagen Sie
das Ihrer Kammer!)

Meine Damen und Herren, das war eine falsche Einschätzung. Hätte man das Problem damals aufgegriffen, so wären wir heute nicht in der Bredouille, in der wir sind. Dann müssten wir nicht überlegen, wie wir dagegen vorgehen könnten.

Meine Damen und Herren, ich erkenne durchaus an, dass die Fachleute derzeit krampfhaft versuchen, die notwendigen Spritzmittel zu verwenden. Es gibt aber im Moment kein zugelassenes spezielles Spritzmittel abgesehen von den Möglichkeiten der Begleitspritzung. Das reicht aber bei weitem nicht aus. In Frankreich und in der Schweiz sieht das im Übrigen etwas anders aus.

Herr Minister, ich hätte erwartet, dass Sie die Befürchtungen der Weinbauverbände und der Kammern, die für die Umsetzung zuständig sind, ernst genommen hätten. Für den Winzer zählt nicht, wer dafür verantwortlich ist, sondern er stellt fest, dass die geltende Weinbergs-Drieschen-Verordnung nur bedingt angewendet worden ist. Das ist der Quell vieler Ursachen. Da müssen wir erkennen. Präventive Maßnahmen wären hingegen notwendig gewesen. Die Umsetzung funktioniert nicht. Wenn es richtig ist, wie es die Fachleute sagen, dass die Weinbergs-Drieschen-Verordnung nur bedingt anwendbar ist, dann müssen wir sie politisch nachbessern. Dann ist es notwendig, dass wir die vier Punkte umsetzen, die der Weinbauverband gefordert hat. Ich nenne sie noch einmal, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Ich meine, sie sind recht hilfreich:

1. strikte Umsetzung der Drieschen-Verordnung,
2. eine Abgrenzung, so wie wir sie gefordert haben, nicht in fünf Kategorien, sondern eine klare Abgrenzung,
3. die Indikationszulassung wirksamer Rebschutzmittel, die wir dringend brauchen, und
4. die Möglichkeiten des Förderprogramms Umweltschonende Landbewirtschaftung und des Biotopsicherungsprogramms, das wir nutzen können, um sie zu bewirtschaften.

Wenn Sie sich mit dem FUL-Programm Teil 14 ein bisschen auseinander setzen, dann werden Sie feststellen, dass es sogar eine Fördermöglichkeit gibt. Ich erkenne durchaus an, dass alte Winzer, die ihren Betrieb aufgegeben haben und die weder die Kraft noch das Geld haben, es umzusetzen, ohnmächtig dastehen. Dann können wir sie als Staat nicht dazu zwingen, es trotzdem zu tun, sondern dann müssen wir das organisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Das lässt sich zum Beispiel über Lohnunternehmer unter Nutzung dieses Programms machen. Das ist die Pflicht und Schuldigkeit derer, die Verantwortung dafür tragen.

In diesem Sinne werbe ich für eine Lösung, nicht aber für eine Anklage; denn das wäre zu billig in einer Situation, in der die Winzer existenzgefährdet sind.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Raab.

Abg. Frau Raab, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir gemäß der Geschäftsordnung heute über ein sehr aktuelles Thema – die Schwarzfäule in Rheinland-Pfalz – sprechen. Ich beziehe mich heute ausdrücklich nur auf die als Schwarzfäule bezeichnete Pilzkrankung – lateinisch: *Guignardia bidwellii* –, nicht aber auf andere Formen, die gegenwärtig in Rheinland-Pfalz zu grassieren scheinen.

Weshalb reden wir über die Schwarzfäule? Das ist ein Pilz aus dem 19. Jahrhundert, der aus Amerika nach Europa eingeschleppt wurde und bisher nur in Italien und Frankreich vorkam. Mosel und Mittelrhein sind gegenwärtig stark davon betroffen. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich? Genau danach hat die CDU-Fraktion in ihrem Antrag gefragt. Ein Vermerk, den wir im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau erhalten haben, gibt darüber Auskunft. Die feuchtwarme Witterung in diesem Sommer förderte die Ausbreitung. Eine Auswahl von Pflanzenschutzmitteln konnte noch nicht darauf abgestimmt werden, weil er plötzlich auftrat. Die Infektionsquelle Drieschen wurde eindeutig identifiziert. Herr Kollege Schmitt hat das bereits erwähnt.

Die Schwarzfäule ist also eine Krankheit, die in diesem Jahr witterungsbedingt von ungepflügten, verwilderten und ehemaligen Weinbauflächen ausging.

Was kann man kurz- und mittelfristig tun? Man kann etwas tun. Man kann nämlich Pflanzenschutzmittel anwenden. Es gibt zwar kein zugelassenes Pflanzenschutzmittel, das ausdrücklich die Schwarzfäule bekämpft, aber es gibt bereits jetzt zugelassene Pflanzenschutzmittel, die eine positive Nebenwirkung gegen die Schwarzfäule entfalten, nämlich die Oidium-Mittel Dithane oder Flint oder auch das Peronospora-Mittel Systhane beispielsweise.

In einigen Gemeinden, in denen die Spritzfolge eingehalten worden ist und wo auch diese Mittel zum Einsatz kamen, ist die Schwarzfäule nicht aufgetreten. Insofern müssen im nächsten Jahr Änderungen erfolgen.

Problematisch ist aber die Situation im Ökoweinbau, wo außer Kupfer- und Schwefelpräparaten keine Pflanzenschutzmittel gestattet sind. Problematisch ist insbesondere auch der Befall in den Steillagen.

Wir fordern daher, dass im kommenden Jahr die Auswahl der Pflanzenschutzmittel auch auf die Schwarzfäule abgestimmt wird.

Was können wir mittel- und langfristig tun? Da hilft nur eines – das fordern wir immer wieder –, nämlich die konsequente Pflege unserer Weinkulturlandschaft. Das ist das erklärte politische Ziel in Rheinland-Pfalz – auch der Landesregierung. Zahlreiche Projekte dienen diesem Ziel. Ich erwähne nur das Programm „Der rote Weinbergspfirsich“, die Flurbereinigung, das Riesling-S-Programm des Weinbauverbands Mosel-Saar-Ruwer oder auch unseren Antrag zur Neuregelung und Erhöhung der Rückbehaltungsfläche, damit wieder mehr Flächen bewirtschaftet werden.

Sollte aber die Bewirtschaftung aus verschiedenen Gründen nicht mehr erfolgen, ist auf die konsequente Umsetzung der Drieschenverordnung von 1997 zu achten. In ihr ist ausdrücklich geregelt, dass durch die Landwirtschaftskammer, wenn innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren die Bewirtschaftung unterblieben ist, die Besitzer verpflichtet werden können, die dort vorhandenen Rebstöcke vollständig einschließlich aller oberirdisch sichtbaren grünen und verholzten Teile und der Wurzeln zu entfernen.

Meine Damen und Herren, das Problem liegt darin, dass es sich um eine Kann-Vorschrift handelt. Deshalb fordern wir als SPD-Fraktion, dass sich die Kammer dieser Aufgabe verstärkt annimmt. Ich darf Herrn Ökonomierat Adolf Schmitt, Präsident des Weinbauverbandes Mosel, mit Ihrer Erlaubnis zitieren: „Offensichtlich fehlt der feste Wille, die Drieschenverordnung konsequent umzusetzen. So wurde die Landwirtschaftskammer bisher nur tätig, wenn ein betroffener Winzer seinen Nachbarn mit der vorhandenen Drieschenfläche anzeigte.“

Man kann roden. Ich gebe zu, die Rodung in den Steillagen ist aufwändig. Mit dem Seilzug und mit Mannes- oder Frauenkraft muss in diesem Fall sehr stark gearbeitet werden. Dann müssen die in Teer getauchten Stöcke entsorgt werden, obwohl sie 30 oder 40 Jahre in dem Boden waren. In Flachlagen kann aber ein Mulcher eingesetzt werden. Man könnte auch darüber nachdenken, in Einzelfällen, wie am Mittelrhein in den Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben, wo der kontrollierte und kleinflächige Einsatz von Feuer zur Offenhaltung erprobt worden ist, dieses Verfahren zum Einsatz zu bringen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schwarzfäule, was ist das eigentlich? Das haben sich wohl einige gefragt, als sie die Überschrift gelesen haben. Wer nicht wusste, dass es sich dabei um eine Pilzerkrankung von Reben handelt, hätte in den vergangenen Tagen den

Eindruck gewinnen können, es handele sich um das Phänomen, das schon 1988 von einem führenden CDU-Politiker mit den Worten „Gott schütze Rheinland-Pfalz“ kommentiert wurde, bevor er fluchtartig das Land verließ.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Lelle, CDU: Witzig! –

Schmitt, CDU: Da müssen Sie sich
Originelleres einfallen lassen!)

Das Phänomen heißt, wie demontiere ich meinen Kandidaten. Herr Kollege Schmitt, ich vermute, dass die CDU die heutige Aktuelle Stunde nicht beantragt hätte, wenn die Ereignisse der vergangenen Tage für die Antragsteller vorhersehbar gewesen wären.

(Schmitt, CDU: Bitte?)

– Ich vermute, Sie hätten sie nicht beantragt, wenn Sie gewusst hätten, was in den vergangenen Tagen gelaufen ist.

(Schmitt, CDU: Wieso das?)

Ich will aber nun zum Schwarzfäule-Pilz kommen, zu dem, der in den Weinbergen vor allem in Ihrem Gebiet an der Mosel grassiert.

(Schmitt, CDU: Jetzt kommen Sie
einmal ernsthaft zur Sache!)

Der Schwarzfäule-Pilz liebt feuchte Wärme und die Ungestörtheit.

(Schmitt, CDU: Mein Gott, das
kann jeder nachlesen!)

Das Erste hat dem Pilz die Witterung der vergangenen Wochen beschert. Das Zweite, die Ungestörtheit, findet er in den Weinbergsbrachen.

Bisher war die Schwarzfäule – das eine oder andere muss man noch einmal wiederholen, damit es sich einprägt – in den Weinbergen in Rheinland-Pfalz kein ernstes Problem. In diesem Jahr wird aber sehr deutlich, dass sie zu einem großen Problem werden könnte. Wir haben Klimaveränderungen zu verzeichnen, und wir haben zunehmend brach fallende Weinberge, die sich selbst überlassen bleiben und die die Ausbreitung des Pilzes begünstigen.

Am härtesten – Herr Kollege Schmitt, Sie haben das schon angesprochen – trifft das die Ökowinzer, weil es nichts gibt, was sie dagegen einsetzen können.

Gegen die Witterung kann die Landesregierung nichts unternehmen, auch wenn die CDU noch mehr Aktuelle Stunden zu diesem Thema beantragen würde. Über den Umgang mit brach gefallen Weinbergen und deren Ursachen sowie die Drieschenverordnung können wir schon reden. Sie haben damit auch angefangen. Herr Schmitt, allerdings hätte ich gedacht, dass dann die erste Adresse für Sie die Landwirtschaftskammer sein müsste, weil es der obliegt

(Schmitt, CDU: Fünf Punkte!)

– die Frau Kollegin hat es gerade schon einmal gesagt –, die Besitzer von Drieschen zur Rodung zu bewegen

(Schmitt, CDU: Sie können!)

und dabei notfalls die Hilfe der ADD in Anspruch zu nehmen,

(Schmitt, CDU: Sie können!)

wenn das so nicht geht.

Wenn wir aber das Thema in diesem Haus schon diskutieren – zuerst hätte es meines Erachtens auf einer anderen Ebene diskutiert werden sollen –, sollten wir die Landesregierung – ich bin gespannt, ob Sie mir in allen Punkten folgen können – zu folgenden Punkten auffordern:

1. Über eine mögliche Verbesserung der Drieschenverordnung und ihre Umsetzung – daran hapert es doch offensichtlich – nachzudenken, um eine bessere Freihaltung der Brachen zu erreichen. Im Moment versucht man das mit Ziegenbesatz und anderem.

2. Ihren Beitrag zur Klimaschutzpolitik zu leisten, zum Beispiel in der Energie- und Verkehrspolitik.

3. Die Forschung zur Schädlingsbekämpfung im ökologischen Weinbau zu forcieren. Wir haben das schon öfter an dieser Stelle gefordert. Vielleicht hat das Auftreten der Schwarzfäule unsere Forderung jetzt etwas untermauert. Ich wäre dankbar, wenn man das jetzt angehe.

Ich will auch darauf hinweisen, dass die Biologische Bundesanstalt in Bernkastel zu einem runden Tisch einlädt, im Rahmen dessen über den Umgang mit der Schwarzfäule diskutiert werden soll. Herr Minister Bauckhage, es wäre schön, wenn die Landesregierung diese Initiative unterstützen und begleiten würde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! In den vergangenen Tagen und Wochen wurde eine Krankheit des Weinbaus besonders populär, nämlich die so genannte Schwarzfäule, die durch den Pilz *Guignardia bidwellii* hervorgerufen wird.

Die „Rheinische Bauernzeitung“ schrieb: „Drieschen bedrohen den Moselweinbau.“ Im „Trierischen Volksfreund“ hieß es: „Ernte nicht in Gefahr.“ Ich selbst habe mir vorgestern und gestern die aktuelle Lage in den Weinbergen vor Augen führen lassen. Gleichzeitig habe ich objektive Informationen von Fachleuten der Biologischen Bundesanstalt in Bernkastel erhalten. Ich danke

Herrn Dr. Holz an dieser Stelle besonders für seine Informationen und seine Hilfestellungen. Ich habe die Einschätzung des Problems „Schwarzfäule“ durch die staatliche Weinbauberatung ebenfalls abgefragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann auf den mir vorliegenden Erkenntnissen basierend Folgendes feststellen:

1. Die Schwarzfäule führt nicht zur nationalen Katastrophe.
2. Die Weinernte 2004 ist nicht in Gefahr, weder in der Quantität noch in der Qualität.
3. Das Problem „Schwarzfäule“ ist in den Griff zu bekommen.

Was ich besonders hoffe und wünsche ist, dass das Wetter noch vier Wochen so bleibt wie heute. Dann werden wir wieder einen exzellenten Jahrgang 2004 bekommen.

(Beifall der FDP und der SPD –
Ministerpräsident Beck: Das ist
ein guter Wunsch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre sehr oberflächlich und nicht angemessen, wenn ich die lokalen und einzelbetrieblichen Beeinträchtigungen der Weinernte 2004 durch die Krankheit der Schwarzfäule übersehen oder unterschätzen würde.

Es sind nicht wenige Betriebe, besonders an der Mittelmosel, aber auch an der Nahe und dem Mittelrhein, von der Krankheit betroffen und zum Teil von einer Missernte bedroht. Dies ist sehr schlimm für die Betroffenen. Ich wünsche mir, dass die staatliche Beratung auch hier mit Rat und Tat zur Seite steht. Es müssen jetzt unbedingt intensive Überlegungen in die Zukunft hinein angestellt werden, um Prävention zu betreiben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines erwähnen.

Verehrte Frau Kiltz, ich sehe Sie im Moment nicht. Die Schwarzfäule ist nicht neu und wahrscheinlich nicht von den Klimaveränderungen allein abhängig; denn nach Literaturangaben wurde sie bereits 1885 vom amerikanischen Kontinent in Europa eingeschleppt. In Deutschland trat sie bereits 1933 nachgewiesen in Baden und 1935 im Rheingau auf. Es heißt allerdings auch in der Literatur, der Pilz kann 5 % bis 80 % der Ernte zerstören.

Meine Damen und Herren, auf der Basis dieser gemachten Situationsanalyse möchte ich erst in der zweiten Debattenrunde meine Vorschläge machen, wie die Schäden durch Schwarzfäule abzuwenden sind.

(Mertes, SPD: Oh, lassen Sie uns
doch nicht so lange warten!)

Schönen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Der Herr Staatsminister für Weinbau hat das Wort.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre natürlich verlockend, jetzt noch eine ganze Menge zu interpretieren. Man könnte von Spaltpilzen reden usw. Das will ich aber jetzt nicht tun.

Herr Schmitt, ich will nur eingangs sagen, dass der Präsident des Weinbauverbandes Mosel-Saar-Ruwer, Adolf Schmitt, mit Blick auf die Debatte über die an der Mosel grassierende Schwarzfäule vor Hysterie und politischem Übereifer gewarnt hat. Der Mann hat Recht, weil es bei Kaufentscheidungen oder dem Konsumverhalten eine Rolle spielt, wenn man das zugegebenerweise ernsthafte Problem so hochstilisiert, dass man Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert.

Es ist nicht so, als ob der deutsche Wein vom Image her am besten dastehen würde. Insofern muss man entscheiden, ob es ein richtiger Schritt ist, dieses Problem so hochzustilisieren, wie Sie es heute tun.

Meine Damen und Herren, die Schwarzfäule an Reben ist eine Krankheit, die seit vielen Jahren in den europäischen Weinbauregionen außerhalb Deutschlands bekannt ist. In Rheinland-Pfalz ist sie in diesem Jahr an der Unter- und Mittelmosel sowie am Mittelrhein erstmals in einem besonders starken Maß aufgetreten.

Örtliche starke Niederschläge verbunden mit relativ hohen Temperaturen haben den Pilz, der Wärme und vor allem Nässe bevorzugt, in seiner Entwicklung stark begünstigt.

Der Befall in manchen Weinbergen ist durchaus Besorgnis erregend und kann in Einzelfällen zu massiven wirtschaftlichen Einbußen führen.

Die Aussage, es würde keine zugelassenen Pflanzenschutzmittel geben, ist aus rechtlicher Sicht durchaus korrekt. Faktisch ist es aber so, dass der Schwarzfäulepilz an Reben unter normalen Bedingungen von mehreren der verfügbaren Mehлтаubekämpfungsmitteln mit erfasst wird. Die Frau Kollegin wies darauf hin.

Für den Erfolg von Maßnahmen gegen den Schwarzfäulepilz spielen eine Reihe von Umständen eine wichtige Rolle. Hierzu gehören zum Beispiel der Einsatzzeitpunkt der Bekämpfungsmittel, die Spritzabstände, die Anwendungstechnik, die Gestaltung und Pflege der Laubwand, die Beseitigung oder das Zerkleinern des Schnittholzes im Frühjahr, die Bodenbearbeitung und Bedeckung des befallenen Holzes oder das Beseitigen der abgestorbenen Traubenmumien.

Das 2001 verschärfte Pflanzenschutzgesetz des Bundes verlangt die Zulassung des Pflanzenschutzmittels für jede einzelne Indikation. Eine solche Indikation ist von den Pflanzenschutzmittelherstellern bisher nicht betrie-

ben worden, weil der Pilz bis heute nur eine geringe Gefahr dargestellt hat.

Erfreulicherweise haben die phytomedizinischen Abteilungen der Weinbaudienststellen des Landes bereits 2003 mit den Untersuchungen über die Wirksamkeit von bekannten Mehлтаumitteln begonnen, sodass Anträge zur Genehmigung im Arbeitskreis „Lückenindikation“ behandelt und aller Voraussicht nach bis spätestens Frühjahr 2005 positiv beschieden werden können.

Herr Schmitt, man sieht sehr deutlich, dass mehr getan worden ist, als Sie wissen.

Selbstverständlich wird Rheinland-Pfalz diese Anträge direkt einbringen. Damit stehen im nächsten Jahr wahrscheinlich drei Mittel mit unterschiedlichen Wirkstoffen als Bekämpfungsmittel rechtlich abgesichert zur Verfügung.

Außerdem liegt zwischenzeitlich eine Rückmeldung des zuständigen Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf eine Anfrage unseres Pflanzenschutzdienstes vor.

Danach darf die Rebschutzberatung auf die Zusatzwirkungen von Mehлтаupräparaten gegen die Schwarzfäulekrankheit hinweisen, wenn für das betreffende Mittel eine Zulassung gegen einen anderen Erreger vorhanden ist, der zur gleichen Zeit auftritt und mit den gleichen Angaben zur sachgerechten Anwendung ohnehin bekämpft wird. Damit haben die Winzer Rechtssicherheit bei der Bekämpfung dieser neuen Krankheit.

Bei den Veranstaltungen der Rebschutzberatung im letzten Winterhalbjahr wurde bereits über das Auftreten der Schwarzfäulekrankheit berichtet. In den Rebschutzhinweisen ist auf die Gefährdung durch den Schadpilz, der in unserem Gebiet neu ist, mit entsprechenden Handlungsempfehlungen hingewiesen worden.

Die neue Entwicklung stellte sich mehr oder weniger schlagartig aufgrund der starken Regenfälle im Frühsommer ein. Ein Indiz für die überaus günstigen Entwicklungsbedingungen ist das starke Auftreten der Peronospora in diesem Jahr, die auch sehr feuchtheitsliebend ist. Die Entwicklung der Schwarzfäulekrankheit wird zudem durch das Festsetzen des Erregers in den aufgelassenen Rebflächen, den so genannten Drieschen, gefördert. Ich will die Drieschenverordnung nicht strapazieren.

Herr Kollege Schmitt, ich will Ihnen nur sagen, es gibt eine Drieschenverordnung von 1997. Das wissen Sie. Danach hat die Wirtschaft gemeinsam mit dem Land die Verantwortung übernommen. Das ist auch gut so. Die Landwirtschaftskammer kann im Notfall Lohnunternehmer für das Roden bestellen.

Gleichzeitig wissen Sie – das ist die Schwierigkeit – aus höchstrichterlichen Urteilen, dass es gar nicht so leicht ist, einfach auf anderer Leute Grundstück zu handeln. Das ist in dem Urteil schlicht untersagt worden. So einfach, wie es dargestellt wird, ist es nicht; denn es ist nicht so leicht, über anderer Leute Eigentum zu verfügen.

Herr Schmitt, das ist auch in diesem Fall so. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die Europäische Union unterstützen die Weinwirtschaft durch eine Reihe von Förderprogrammen in ihrem Bemühen, auch in den Steillagen einen zukunftsorientierten Weinbau am Leben zu halten. Ich darf an die Zuschüsse zur Umstrukturierung, die Förderung des umweltschonenden Weinbaus, die Etablierung von Monorack-Bahnen und vieles andere mehr erinnern.

Gleichzeitig wird Betrieben, die bestimmte Flächen aufgeben wollen, ein finanzieller Anreiz geboten, wenn sie ihre Flächen ordnungsgemäß roden. Über diese Maßnahme wurden im Zeitraum 1990 bis 2003 insgesamt über 2.700 Hektar mit Prämie gerodet und der Erfolg kontrolliert. Dennoch werden ehemalige Weinbergsflächen einfach aufgelassen und entwickeln sich zum Infektionsherd für Nachbargrundstücke.

Oft wird die Gefahr für den Pflanzenschutz, die von den Drieschen ausgehen kann, von den Verfügungsberechtigten und Besitzern nicht richtig eingeschätzt. Das Interesse an der Fläche besteht nicht mehr, sobald sie aufgegeben wurde. Das kann man gut verstehen.

Hinzu kommt, dass die nicht unerheblichen Kosten für die Rodung der Drieschen in den Steillagen vom Eigentümer oder den Verfügungsberechtigten aus eigener Tasche aufzubringen sind. Drieschen selbst können nicht mehr mit Prämie gerodet werden. Das ist auch in Ordnung.

Daher wurde die so genannte Drieschenverordnung erlassen, um vor allem die Gefahr der Reblausvermehrung, aber auch die Vermehrung anderer Krankheitserreger zu bannen.

Nun kommt die Schwarzfäulekrankheit hinzu. Dies verlangt eine noch konsequentere und noch schnellere Beseitigung der aufgelassenen Rebflächen, um die noch im Ertrag stehenden Nachbaranlagen zu schützen. Die Beseitigung der Drieschen ist jedoch ein Verwaltungsvorgehen, das nicht einfach zu vollziehen ist.

Häufig ist die praktische Umsetzung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Jeder Einzelfall ist, wie die Erfahrung der für die Umsetzung zuständigen Landwirtschaftskammer zeigt, individuell gelagert. Das kann man nicht alles pauschal sehen.

In manchen Fällen sind die Verfügungsberechtigten verzogen. Meine Damen und Herren, die Durchsetzung der Zwangsrodung als letzten Schritt im Vollzug der Verordnung ist wegen des Schutzes der Eigentumsrechte sehr problematisch.

Der plötzliche Ausbruch und die extrem hohe Befallsstärke der gefährlichen Schwarzfäulekrankheit an Reben, deren Auftreten in diesem Ausmaß bislang nur in den südlichen Weinbauregionen in Frankreich, in Italien oder im US-Staat New York bekannt war, stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Bekämpfung mit Pflanzenschutzmitteln haben wir dank der Arbeiten der Rebschutzberatung des Landes fest im Griff.

Die praktische Ausführung der Spritzarbeiten liegt jedoch in den Händen der Winzer. Dazu gehört auch die Hygienemaßnahme der frühzeitigen Beseitigung offener gelassener Rebflächen, die als Infektionsherde der Schwarzfäulekrankheit anzusehen sind.

Einzelmaßnahmen allein werden zur Abwehr der Schwarzfäulekrankheit an Reben und auch zur Abwehr anderer Rebkrankheiten aber oft nicht ausreichen. Wichtig sind vielmehr konzentrierte Aktionen im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes. Deshalb müssen in den nächsten Wochen und Monaten, also rechtzeitig vor den Wintertagen, alle Beteiligten ein einheitliches Konzept zur Bekämpfung der Schwarzfäulekrankheit und zur Gesunderhaltung der Reben entwickeln.

Hierzu gehören Winzer, Verbandsvertreter, Wissenschaftler der Biologischen Bundesanstalt und des Landes, die Rebschutzberater des Landes und die Pflanzenschutzmittelhersteller, die Weinbauberater und die Landwirtschaftskammer.

Die Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Bekämpfung der Schwarzfäulekrankheit in den Ertragsanlagen gemeinsam mit der Oidium- und Peronosporabekämpfung in eine Managementstrategie eingebunden wird und parallel dazu Wege und Anreize zur konsequenten, wirksamen Räumung der Drieschen gefunden werden.

Das Unternehmen ist nun einmal etwas komplizierter, als sie es darstellen. Von daher gesehen bin ich sicher, dass wir im nächsten Jahr gut gerüstet sind, zumal wir dann davon ausgehen können, dass aufgrund der Indikationen zusätzliche Pflanzenschutzmittel zur Verfügung stehen werden und rechtlich zugelassen sind. In diesen Verfahren sind wir jetzt. Dies werden wir betreiben. Von daher gesehen sollten Sie sich an Herrn Schmitt mit zwei „t“ halten und sollten es nicht übertreiben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar neu gewählte Ratsmitglieder der SPD aus dem Kreis Trier-Saarburg sowie Schülerinnen und Schüler der Krankenpflegeschule des Lukaskrankenhauses Altenkirchen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Dieter Schmitt.

(Ministerpräsident Beck:
Auch mit zwei „t“!)

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn über die Schwarzfäule gesprochen wird: Sie kennen den Rotbrand und vieles andere. – Er ist noch

ein bisschen gefährlicher, je nachdem, wo er ausbricht und wo er auftritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Beantwortung der Frage, die ich im Januar/Februar gestellt habe, – – – Ich bitte nur um Folgendes: Wenn ein Abgeordneter vom Weinbauverband und von Fachleuten auf ein Problem hingewiesen wird, und die Landesregierung antwortet mir, es gibt kein Problem in diesem Bereich, dann sollten Sie heute die Größe haben und sagen: Wir haben uns damals geirrt, es tut uns Leid. Hätten wir damals auf den Verband – ich war der verlängerte Arm, wenn Sie so wollen – gehört, dann wären wir einen Schritt weiter, dann bräuchten wir uns heute nicht zusammenzusetzen. – Das wäre doch der einfache und normale Umgang.

(Beifall bei der CDU)

Heute stehen wir da, und es trifft den Einzelnen. Für den großen Verband ist das nicht das große Chaos, aber für den Einzelnen kann es 100 % sein; dann ist es schwierig genug. Dann ist es auch notwendig, dass wir es heute debattieren. Ich wäre froh, wenn man auf die vier Punkte endlich eine klare Aussage hätten. Ich kann leben damit, dass man sagt: Man schafft noch einmal den runden, ovalen oder wie auch immer gearteten Tisch. Es ist in Ordnung, wenn Fachleute zusammenkommen. Wenn man dann erkennt und sagt: Die Indikationslösung, die im Prinzip notwendig war, was ich auch damals schon angeführt habe, setzten wir jetzt um, dann sage ich: Respekt. – Ein bisschen spät, aber wir setzen das einmal um. Dann haben wir ein adäquates Mittel.

Wenn wir weiter sagen, die Drieschen-Verordnung handhaben wir so, dass sie praxisgerecht ist – ich möchte weder der Kammer noch der Landesregierung einseitig die Schuld zuweisen; das interessiert einen Winzer überhaupt nicht –, dann ist die Kammer und die Regierung gefragt: Ist es praktikabel, ist es umsetzbar? – Wenn es nicht umsetzbar und handhabbar ist, dann muss man es regeln – nicht mehr und nicht weniger.

Herr Minister, auch der dritte Punkt ist relativ einfach. Ich bringe heute konkrete Vorschläge, die umsetzbar sind. Ich war schon einmal Maschinenringmann. Wenn das der Einzelne nicht kann – er kann es sehr oft nicht –, dann kann ich ihn nicht verdonnern, dann lässt er die Fläche liegen. Dann gehen sie irgendwann in das Eigentum des Bundes, wenn er gar nichts mehr macht. Ich bin mir noch nicht sicher, ob der Bund alle Flächen, die zwangsweise in sein Eigentum gingen, oder das Land wirklich nachher bewirtschaftet.

(Glocke des Präsidenten)

Dann lasst uns doch die intelligente Lösung nutzen, dass wir im Rahmen der großräumigen Lösung sagen: Wir nutzen das Biotopsicherungsprogramm, Ziel 14, dann können wir es kostengünstig organisieren, ohne den Einzelnen zu stark zu belasten. Das sind konkrete Vorschläge. Wenn wir das machen, dann sagt der Winzer: Respekt, sie haben gehandelt, erst spät erkannt, aber immerhin, sie tun etwas. – Das trägt auch zur Glaubwürdigkeit der Politik bei.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Raab das Wort.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nutze gern die Gelegenheit, um noch zwei Sätze zu sagen. Natürlich kann man die Schwarzfäule herausgreifen und wieder nach einem Programm oder einer weiteren Subvention fragen. Wir haben ein konkretes Problem, das darin besteht, dass unsere Weinkulturlandschaft einer Veränderung unterworfen ist. Wir müssen alle Einzelmaßnahmen zu einem großen Ganzen zusammenführen, damit wir eine nachhaltige Entwicklung an Mittelrhein und Mosel weiter in Gang setzen und fortführen, damit wir auch die Problematik der Drieschen, der Weinbergsbrachen, die für viele Schädlinge einen Infektionsherd darstellen können, in den Griff bekommen.

Wir sollten parteiübergreifend alle Möglichkeiten zur Beseitigung miteinander forcieren und auch von politischer Seite zahlreiche Gespräche führen und das mit einer Öffentlichkeitsarbeit begleiten, dass die Pflege und der Erhalt unserer Kulturlandschaft fortgesetzt wird.

Wir müssen alle Rodungsformen in Erwägung ziehen. Wir müssen aber auch alle Formen in Erwägung ziehen, die dazu beitragen, dass unsere Weinberge als Kulturanlagen mit Kulturreibflächen erhalten bleiben. Das ist die Hauptaufgabe, der wir uns stellen müssen.

Ich glaube, dazu führt eine Biotopverordnung nicht weiter, weil ich denke, wir wollen nicht in einem reinen Biotop leben,

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

sondern in einer lebendigen Kulturlandschaft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmitt, Sie merken schon, ich unterhalte mich sehr gern mit Ihnen über das Thema „Weinbau“. Warum tritt denn die Schwarzfäule vor allem an der Mosel auf? Weil es dort so viele Brachflächen gibt. Warum gibt es die denn, Herr Schmitt? Vielleicht als Folge verfehlter Weinbaupolitik, auch und gerade von Ihnen. An der Ahr ist sie bislang gar nicht aufgetreten.

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie mir doch einmal zu. Sie können mir dann später entgegnen.

Dort gibt es ganz wenige brachgefallene Weinberge, wie ich in diesem Sommer bei einem Kurzurlaub sehen konnte. Dort werden auch anständige Preise für den Wein erzielt. Das hat etwas damit zu tun, dass die Ahr noch nie auf Massenproduktion gesetzt hat.

Es ist gut, dass die Weinbaupolitik des Landes und auch des einen oder anderen Weinbauverbands versucht, das Rad in Richtung „weniger ist mehr“ zu drehen. Es wird aber eine Zeit lang dauern, bis dies im letzten Fassweinbetrieb und beim letzten Weinbaufunktionär und Politiker angekommen ist und bis wieder mehr Rebsorten zum Einsatz kommen, die nicht auf Massenerzeugung hin gezüchtet sind, sondern mehr auf Qualität setzen. Es ist fatal, wenn jetzt die, die noch nie auf Masse gesetzt haben und damit Preisverfall vorangetrieben haben, nämlich die Ökowinzer, in den betroffenen Gebieten am meisten unter den Folgen der verfehlten Weinbaupolitik leiden müssen.

Deswegen will ich noch einmal bekräftigen – ich fühle mich recht einig mit der vorherigen Rednerin –: Wir brauchen nicht nur kurz- und mittelfristige Antworten auf die Schwarzfäule. Wir brauchen langfristiges Arbeiten an den Ursachen, das heißt, eine nachhaltige Weinbaupolitik, die uns die bewirtschafteten Flächen erhält. Das sollten Sie sich auch ins Stammbuch schreiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Geisen.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion schlage ich folgende Präventionsmaßnahmen vor:

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

1. Die Drieschenverordnung muss dringend eingehalten werden. Dies bedeutet auch konsequente Räumung von Drieschen.

(Schmitt, CDU: Ja! –
Jullien, CDU: Kein Widerspruch!)

2. Von allen Weinbergsbewirtschaftern muss eine gute Weinbergshygiene erwartet werden können.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

3. Die Pflanzenschutzempfehlungen der staatlichen Beratungsstellen müssen noch gezielter veröffentlicht und auch beachtet werden. Das war auch in diesem Jahr nicht immer der Fall.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4. Aktionen des integrierten Pflanzenschutzes sind sehr dienlich.

5. Es lohnt sich in jedem Fall auch, über eine Mindestbewirtschaftungspflicht und unkonventionelle Rodungsmethoden, wie sie der Weinbauverband Mosel-Saar-Ruwer fordert, nachzudenken.

(Schmitt, CDU: Richtig! –
Jullien, CDU: Und zu handeln!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu einem anderen Aspekt kommen. Wie ist die Krankheit therapierbar?

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

1. Es gibt heute schon Fungizide mit Nebenwirkungen gegen Schwarzfäule. Dies wurde trotz Beratungsempfehlungen in diesem Jahr wenig beachtet.

2. Es können relativ schnell Indikationslücken nach § 18 des Pflanzenschutzgesetzes geschlossen werden. Geprüfte Präparate sind vorhanden.

3. Die Resistenzzüchtung stellt ebenfalls eine Lösung dar. Auch mithilfe der grünen Gentechnik könnte den Winzern ein Ernteausfall erspart bleiben, Frau Kiltz.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wie bitte? –

Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Dass der Staat schon jetzt viele Programme bietet, wie Rodungsprogramme, Umstrukturierungsprämien, Förderung von Bodenordnungen und Flächenmanagement, gut funktionierende Beratungen und vieles andere, ist Ihnen bekannt.

Es stellt sich nun die Frage: Wollen die Winzer tatsächlich noch mehr Staat und mehr staatliche Kontrollen?

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Lassen wir die Winzer antworten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: In der freien Natur ist jedes Jahr ein völlig anderes mit immer wechselnden Problemen. Nicht jedes Problem sollte man zum Staatsakt hochstilisieren. Wohl aber sind wir Politiker und Bürger und natürlich auch und gerade den Winzern verpflichtet.

Das weiß die Landesregierung. So hat sie in der Vergangenheit alles Mögliche für den Berufsstand getan.

(Jullien, CDU: Was tut sie?)

Herr Minister, ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern dafür.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zurufe von der CDU: Das
durfte nicht sein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Engagement der Landesregierung für Winzer und Landwirtschaft wird auch weiterhin so bleiben, wenn es nicht durch die oppositionellen Kräfte bei den Haushaltsbera-

tungen dadurch behindert wird, dass sie die Einsparung von Mitteln für den Weinbau fordern.

Schönen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Minister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist müßig, jetzt noch einmal darauf hinzuweisen, wie eine Marktwirtschaft funktioniert, Herr Schmitt.

Aber ein Problem ist: Reagiert die Industrie entsprechend? – Die Industrie muss die Pflanzenschutzmittel entwickeln. Die müssen dann zugelassen werden. Wir haben sehr frühzeitig darauf hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ja, natürlich.

Wir haben sehr frühzeitig darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten oder Notwendigkeiten der Indikation gibt. Sie werden erleben, dass wir frühzeitig dann, und zwar 2005, entsprechende Pflanzenschutzmittel zur Verfügung stehen haben.

Mehr kann man nicht tun. Wir haben darauf hingewiesen: Das muss die Industrie tun. Die Zulassung muss auch betrieben werden, was auch Sinn macht.

Hinzu kommt noch, dass bei richtiger Anwendung die jetzt schon geltenden Mittel, die jetzt schon zugelassenen Mittel auch dafür, für die Bekämpfung, einsetzbar sind. So viel zum Thema „Gute fachliche Praxis“.

Aber mir kommt es einmal darauf an zu sagen, es gab am 16. Februar 2001, also noch nicht lange her, ein Bundesgerichtshof-Urteil.

(Schmitt, CDU: Kenne ich!)

Dieses Bundesgerichtshof-Urteil sagt –da muss man sehr gut zuhören –, dass Nachbarn nicht angewiesen werden können, die Bewirtschaftung ihrer Rebflächen zu machen und keine Verpflichtung zum regelmäßigen Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln zutrifft.

Das heißt also, man kann nicht ohne weiteres über anderer Leute Eigentum verfügen. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Schmitt, CDU: Wenn von da eine
Gefahr ausgeht, kann man!)

– Nein, auch dann nicht.

Davon ist nicht nur eine Gefahr ausgegangen. In dem Fall war es sogar eine Schadenersatzklage. Davon ist eine Gefahr ausgegangen.

Hören Sie einmal zu. Wenn einer eine Schadenersatzklage macht – – – Ich stelle Ihnen das Urteil gern zur Verfügung, damit wir wenigstens auf einer Geschäftsgrundlage reden.

Herr Schmitt, ich sage noch einmal, die Landesregierung hat alles gemacht, was zu tun ist. Tun Sie den Winzern einen Gefallen. Reden Sie dieses Problem nicht so hoch; denn Sie werden das Image des Weines damit schädigen.

(Beifall der Abg. Frau Raab, SPD)

Uns ist doch klar, dass derjenige Betrieb, der betroffen ist, natürlich darunter zu leiden hat. Aber Ihnen muss auch klar sein, dass die Kammern alles das im Hinblick auf die Drieschenverordnung unternommen haben, was zu unternehmen ist. Mehr ist nicht zu unternehmen, weil man nicht ohne weiteres über ihr Eigentum verfügen kann. Das soll auch um Gottes Willen so bleiben, dass sie über ihr Eigentum selbst verfügen können. Deshalb kann ich nur empfehlen: Urteil vom 16. Februar 2001 sorgfältig lesen, dann kommen Sie zu anderen Schlussfolgerungen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir schließen die Aussprache zu diesem Punkt.

Ich rufe die **Punkte 2 und 3** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

„EU-Agrarreform – Chancen für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft“

Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz (Agrarbericht 2004)

– Drucksache 14/3267 –

– Behandlung gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099 –

Die Regierungserklärung wird von dem Minister für Landwirtschaft und Weinbau abgegeben. In die Aussprache wird die Besprechung des Berichts der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz einbezogen.

Das Wort hat Herr Staatsminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der größten Reform der gemeinsamen Agrarpoli-

tik seit Bestehen der Europäischen Union ist nunmehr auch die nationale Umsetzung auf den Weg gebracht worden.

Meine Hauptziele waren eindeutig:

1. Abbau der Benachteiligungen und mehr Gerechtigkeit für die rheinland-pfälzischen Landwirte im Vergleich zur Agrarreform 1992.
2. Stärkung der aktiven Erzeuger.
3. Keine weiteren Wettbewerbsbenachteiligungen für unsere Landwirtschaft durch nationale Alleingänge im Tier- und Umweltschutz.

Heute kann ich sagen: Diese Ziele haben wir weitestgehend erreicht.

Mit dem nationalen Gesetz zur Umsetzung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sind in Deutschland die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Jetzt sind unsere Landwirte gefordert.

Die Reform bietet marktorientierte Chancen, die die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mit ihren Stärken nach meiner Überzeugung nutzen wird.

Meine Damen und Herren, mit den Luxemburger Beschlüssen vom 26. Juni 2003 und 22. April 2004 hat die Europäische Union einen tief greifenden Paradigmenwechsel in der gemeinsamen Agrarpolitik vollzogen.

Herzstück der Reform ist die Entkopplung der EU-Direktzahlungen von der Produktion und ihrer Bindung an die Fläche. Damit wird eine von Rheinland-Pfalz lang gehegte Forderung erfüllt.

Nach mehreren Anläufen erhalten wir endlich die Rahmenbedingungen, die wir seit Mitte der 90er-Jahre fordern. Die EU zieht sich aus der Steuerung der Märkte weitgehend zurück.

In Zukunft wird der Markt, und damit Angebot und Nachfrage, zunehmend die Preise für die Agrarprodukte bestimmen.

Meine Damen und Herren, unsere Landwirte waren in der Vergangenheit in unternehmerischen Aktivitäten behindert. Mit weit reichenden Vorgaben und insbesondere den produktbezogenen Beihilfen hat Brüssel den Entscheidungsspielraum stark beschnitten.

Für die bekannten Fehlentwicklungen auf den Agrarmärkten, insbesondere der 80er- und 90er-Jahre, wurde aber die Landwirtschaft in der Öffentlichkeit fälschlicherweise verantwortlich gemacht.

Mit dieser neuen Agrarreform erhalten unsere Landwirte ihre volle unternehmerische Freiheit. Sie müssen nicht mehr nach der Pfeife Brüsseler Bürokraten tanzen.

Der viel beklagte Prämienwirrwarr findet endlich ein Ende. Jetzt haben die Unternehmer die Freiheit, am Markt zu agieren. Sie müssen in ihren Produktionsent-

scheidungen nicht mehr auf produktabhängige Prämien setzen.

Damit können die rheinland-pfälzischen Unternehmen ihre Stärken, wie beispielsweise Innovationsfreudigkeit und Vielseitigkeit, voll ausspielen.

Die Entkopplung der Prämien von den Produkten eröffnet völlig neue und andere Perspektiven.

Für die Vielfalt und Abwechslung der Kulturlandschaft ist die rheinland-pfälzische Landwirtschaft die entscheidende Voraussetzung. Die EU-Agrarreform macht den Weg frei, um dieses Ziel zu erreichen. Anstatt eines europäischen Einheitspreises können wir nun regional angepasste Angebote machen.

Die Entkopplung bedeutet aber auch eine weit reichende Umstellung. Marktorientierung und Nachhaltigkeit sind die Bausteine der neuen Agrarpolitik. Hier ist tatsächlich im letzten Jahrzehnt kaum ein Stein auf dem anderen geblieben. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, unsere Landwirte werden mit den Rahmenbedingungen erfolgreich umgehen können.

Die neuen Förderbedingungen im Agrarsektor werden vor allem die Wege für mehr Marktwirtschaft und mehr Wettbewerb ebnen. Eine unternehmerisch orientierte Landwirtschaft, wie wir sie in Rheinland-Pfalz haben, kann davon profitieren.

Meine Damen und Herren, ich halte nichts davon, Betriebe an ertragsschwachen Standorten mit gekoppelten Prämien zur Produktion quasi zu zwingen. Dann zahlen die Landwirte letztlich drauf. Ungünstige Agrarstrukturen werden konserviert. Das ist zum Vorteil einer nicht wettbewerbsfähigen Verarbeitungsindustrie, nicht aber zum Vorteil der Landwirtschaft. Ich trete deshalb für die Entscheidungsfreiheit unserer landwirtschaftlichen Unternehmen ein. Mittelfristig führt an der Entkopplung kein Weg vorbei.

Einige Mitgliedstaaten wie Frankreich, die Niederlande und Spanien, die erst 2006 mit der Entkopplung beginnen und weite Teilbereiche gekoppelt lassen, werden daher nach meiner Überzeugung noch Schwierigkeiten am Markt und in der Strukturentwicklung bekommen. Diese Staaten werden dann kurzfristig nachjustieren müssen.

Wir erhalten damit einen Vorsprung in der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gegenüber diesen Ländern. Mit einer konsequenten Politik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gerade auch unserer Vermarktungs- und Verarbeitungsbetriebe als leistungsfähigen Partnern sichern wir damit Marktanteile.

Meine Damen und Herren, wir haben seit der EU-Agrarreform vom 26. Juni 2003 im Plenum und im zuständigen Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau die Modelle zur Umsetzung in Deutschland eingehend diskutieren können. Wir haben uns frühzeitig mit der berufsständischen Vertretung auf eine Mischung aus Regional- und Betriebsmodell – auf das so genannte Kombimodell – verständigt. Dieser enge Schulterschluss

war ein unschätzbarer Vorteil bei den Verhandlungen auf Bundesebene.

Ich darf mich in diesem Zusammenhang auch bei den Verbänden für ihre konstruktive Mitarbeit bedanken. Wir haben dies im Schulterschluss mit den Verbänden gemacht und waren damit Wortführer auf den nationalen Agrarministerkonferenzen.

Rheinland-Pfalz war Antragsteller und Mitverfasser richtungsweisender Beschlüsse des Bundesrates. Rheinland-Pfalz hat mit seinen Vorschlägen wesentlich zum rechtzeitigen Gelingen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundestag und Bundesrat beigetragen.

Meine Damen und Herren, allen voran haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses in dieser schwierigen Umsetzungsphase bundesweit große Anerkennung erworben. Sie haben zahlreiche Vorschläge für eine möglichst reibungslose Umsetzung dieser komplexen Materie in Deutschland erarbeitet und wesentlich an einer fristgerechten Umsetzung des Kombimodells mitgewirkt.

Meine Damen und Herren, deshalb spreche ich auch heute gern meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre konstruktiven Beiträge meinen ausdrücklichen Dank aus.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das nationale Gesetz zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist am 1. August 2004 in Kraft getreten. Damit sind die Würfel in der größten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik seit Bestehen der Europäischen Union gefallen. Ich bin mir sicher, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte diese Chance erkennen und erfolgreich nutzen werden. Die Landesregierung wird die landwirtschaftlichen Unternehmen auf diesem Weg weiterhin unterstützen.

Sie alle kennen die wesentlichen Inhalte der nationalen Gesetzgebung. Wichtig ist mir dabei, wir haben unsere Ziele vor dem Hintergrund einer schwierigen Ausgangslage weitestgehend erreicht. Vergessen wir nicht, bei den bisherigen Ausgleichszahlungen für Ackerkulturen waren wir mit dem Saarland Schlusslicht. Jetzt wird der Grundplafond um 16,5 Millionen Euro aufgestockt. Ich denke, das ist ein Datum, das sich sehen lassen kann.

Im Einzelnen kann ich zur jetzt gefundenen Lösung festhalten:

1. Die Prämienrechte im deutschen Kombimodell kommen dem von mir seit Jahren geforderten produktunabhängigen Bewirtschaftungsentgelt sehr nahe. Ab 2013 haben wir auf regionaler Ebene einheitliche Prämien für alle prämienberechtigten Flächen. Dies ist – wenn man so will – die von mir geforderte Kulturlandschaftsprämie in der Region.

2. Wir haben eine Umverteilung der Mittel zu unseren Gunsten erreicht. Die seit 1992 ungerechtfertigte Benachteiligung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft bei den Flächenzahlungen wird in einem ersten Schritt

abgebaut. Ich sagte es bereits, um rund 16,5 Millionen Euro jährlich, damit wir Klarheit haben, also fast um 33 Millionen DM.

3. Für unsere Milcherzeuger werden gleitende Anpassungen erreicht, die dann Einkommensbrüche werden verhindern können.

4. Wir haben uns im Rahmen des EU-rechtlich Möglichen mit unseren Vorstellungen bei der Umsetzung im Tabakbereich durchgesetzt. Die Teilkopplung der Prämien bis 2009 verschafft den Erzeugern den notwendigen Anpassungszeitraum.

5. Wir haben zudem eine Verschiebung des vorgesehenen Anpassungszeitraums zur regionalen Vereinheitlichung der Direktzahlungen, dem so genannten Gleitflug, bis 2010 erreicht. Abrupte Einkommens- und Strukturbrüche werden damit verhindert. Die Betriebe erhalten eine angemessene Übergangsfrist, um sich an dieses neue System anpassen zu können, meine Damen und Herren.

Alles in Allem ist es nicht übertrieben, wenn ich deshalb heute sage: Rheinland-Pfalz geht als Gewinner aus dem Tausziehen um die nationale Umsetzung hervor.

Meine Damen und Herren, ich verkenne aber nicht, dass durchaus einige Wünsche auch unerfüllt bleiben. Ein bundeseinheitliches Prämienrecht war nicht durchsetzbar. Erreicht wurde aber, den Abstand zwischen den regionalen Prämienrechten gegenüber den bisherigen Getreideausgleichszahlungen zu verringern. Damit wurden alte Ungerechtigkeiten zumindest teilweise beseitigt.

Einzelne Betriebe – beispielsweise Tabak- oder Milcherzeuger – werden insbesondere nach dem Gleitflug im Jahr 2013 ohne Frage Prämienkürzungen erfahren. Aber es ist eben ein Gleitflug geworden.

Die Beibehaltung der obligatorischen Flächenstilllegungen ist aus meiner Sicht bei einer Entkopplung systemfremd. Für die betroffenen Landwirte ist dies ein Eingriff in ihre Betriebsorganisation. Ich werde mich bei den anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene deshalb für einen Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegungen einsetzen.

Meine Damen und Herren, die im Rahmen der EU-Agrarreformen beschlossenen Garantiepreissenkungen werden zunächst trotz der Ausgleichszahlungen und der Umschichtungen zu Einkommensverlusten führen. Das muss man in aller Klarheit sagen. Davon sind trotz Milchprämien auch die rheinland-pfälzischen Milchviehbetriebe betroffen.

Über 13 Einzelbeihilfen werden zu einem Prämienrecht zusammengefasst. Dies ist durchaus eine Verwaltungsvereinfachung. Im Gegenzug zwingt die Europäische Union uns aber, die Einhaltung der Cross-Compliance-Regeln und den Handel mit Prämienrechten bis ins Detail zu überwachen.

Auf Bundesebene wird im Moment mit Hochdruck daran gearbeitet, drei Durchführungsverordnungen zwischen Bund und Ländern abzustimmen. Es geht um die kon-

kreten Vorgaben zur Antragstellung und Kontrolle sowie die Auflagen zur Erhaltung der Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand.

Meine Damen und Herren, die Landwirte brauchen schnell Klarheit für ihre betrieblichen Planungen und Entscheidungen. Ich setze mich daher für möglichst einfache und praxisgerechte Lösungen ein.

Meine Damen und Herren, die eben genannten Probleme sind aber keine ausschließlichen Probleme des Kombimodells. Es sind genauso Probleme des Betriebsmodells, quasi des Standardmodells von Herrn Agrarkommissar Dr. Fischler. Das Kombimodell hat hingegen einen ganz entscheidenden Vorteil: es gibt uns Gestaltungsspielraum. Im Gegensatz zum „Fischler-Modell“ können wir Mittel zwischen den Regionen umschichten, und im Gegensatz zum reinen Regionalmodell können wir Übergangsregelungen vorsehen.

(Vizepräsidentin Frau Grützmaier
übernimmt den Vorsitz)

Deshalb bietet uns das Kombimodell den besten Rahmen, um die Landwirte in ihrer gegenwärtigen Situation sozusagen abzuholen und sie in eine marktorientierte Zukunft zu begleiten. Im Vergleich zum EU-Standardmodell erhalten zudem alle rheinland-pfälzischen Milcherzeuger durch das Kombimodell zu Beginn höhere Prämienzahlungen.

Ich will die wesentlichen Inhalte des deutschen Kombimodells noch einmal kurz darstellen:

Die Entkopplung der betroffenen Direktzahlungen wird im Jahr 2005 – im Rahmen des EU-rechtlich Möglichen – vollständig vorgenommen. Einzige Ausnahme ist der Tabakbereich. Hier bleiben auf rheinland-pfälzische Initiative hin bis 2009 60 % der Mittel gekoppelt.

Das neue System sieht vor, dass im Jahr 2005 erstmals Prämienrechte für alle landwirtschaftlich genutzten Flächen vergeben werden können. Dies gilt zwar nicht für Dauerkulturen wie beispielsweise Rebflächen, jedoch – das ist neu – für Gemüse-, Kartoffel- und Zuckerrübenflächen sowie für bestimmte Obstanlagen. Dabei wird das rheinland-pfälzische Prämienvolumen von rund 140 Millionen Euro in 2003 schrittweise auf rund 177 Millionen Euro ab dem Jahr 2010 ansteigen. Hier sind die zusätzlichen Mittel für die Milchprämien und die Mittel aus der Umschichtung zwischen den Ländern eingerechnet.

Die Prämienrechte werden den aktiven Bewirtschaftern und nicht den Eigentümern zugeteilt. Ich denke, das ist ein besonders wichtiger Punkt. Sie können ab dem Jahr 2006 mit oder ohne Land gehandelt werden. Die Prämien werden auch dann gewährt, wenn die Flächen lediglich nach noch festzulegenden Kriterien gepflegt werden.

Nach unseren Berechnungen werden die Ackerprämie 2005 bei rund 288 Euro pro Hektar und die Grünlandprämie bei rund 50 Euro pro Hektar liegen. Hinzu kommen bei Tier haltenden und Tabak erzeugenden Unternehmen Prämienansprüche aus den bislang gekoppelten Prämien, wie zum Beispiel der Mutterkuhprämie oder

der Tabakprämie. Erst 2013, am Ende des so genannten Gleitflugs, werden die Prämien in Rheinland-Pfalz einheitlich auf einer Höhe von voraussichtlich rund 280 Euro pro Hektar liegen.

Meine Damen und Herren, aufgrund der EU-rechtlichen Vorgaben konnte auch das Kombimodell nicht ohne Schattenseiten ausgestaltet werden. Das muss man auch erwähnen. Leider müssen im Jahr 2005 alle Betriebe wieder Flächen zur Marktentlastung stilllegen. Der Stilllegungssatz beträgt in Rheinland-Pfalz rund 8 % des Ackerlandes, das heißt, die Stilllegungsverpflichtung betrifft erstmals auch die Gemüse-, Kartoffel- und Zuckerrübenanbauflächen sowie bestimmte Obstanlagen.

Meine Damen und Herren, die EU zwingt uns dazu, die Einhaltung der Cross-Compliance-Regelung systematisch zu kontrollieren. Die Cross-Compliance-Regelung besteht bekanntlich aus zwei Teilen, und zwar bestehenden Standards aus 19 EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Tier-, Natur- und Umweltschutz sowie Hygiene in den Betrieben sowie zusätzlichen Auflagen für die Flächenbewirtschaftung auf nationaler Ebene.

Dies betrifft unter anderem die Bereiche „Erosionsvermeidung“ und „Mindestpflege von Flächen“. Diese Regelungen werden aktuell im Bundesrat diskutiert, sodass deren konkrete Ausgestaltung noch nicht feststeht. Auch hier wird die Landesregierung darauf Wert legen, dass den Landwirten eine praxisgerechte Bewirtschaftung möglich bleibt.

Meine Damen und Herren, um das Risiko für Sanktionen zu minimieren, setze ich mich deshalb gegenüber dem Bund insbesondere für folgende Ausgestaltung der EU-Vorgaben ein:

1. Es müssen in ihrer Anzahl begrenzte und für den Antragsteller eindeutige, nachvollziehbare und transparente Prüfkriterien festgelegt werden.
2. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen dürfen die nationalen Festlegungen nicht über die EU-Regelungen hinausgehen.
3. Die Länder müssen auf bereits bestehende Kontrollsysteme zurückgreifen, zum Beispiel in den Bereichen Futter- und Lebensmittelüberwachung, um den Umfang an zusätzlichen Kontrollen möglichst in Grenzen zu halten.
4. Insgesamt ist sowohl für die Landwirte als auch für die Verwaltungen der Aufwand für diese Kontrollen so gering wie möglich zu halten.

Meine Damen und Herren, in diesen Vorschlägen sehe ich einen vernünftigen Brückenschlag zwischen einerseits EU-Recht und andererseits landwirtschaftlicher Praxis.

Die Landesregierung wird alles daran setzen, dass es nicht zu Mehrfachkontrollen ein und derselben Prüfkriterien durch den technischen Prüfdienst „Agrarförderung“ und die Fachrechtskontrollen kommt. Wir werden die Kontrollen so weit wie möglich koordinieren, um einen so

genannten Kontrolltourismus in den Betrieben zu vermeiden. Die EU-Vorgaben verpflichten uns jedoch, zum einen in 5 % aller Fälle die Fördervoraussetzungen vor Ort zu prüfen. Zum anderen müssen die in 19 EU-Rechtsvorschriften der Cross-Compliance-Regelung gemachten Auflagen für jede Vorschrift in mindestens 1 % der Fälle geprüft werden, es ist also eine absolute EU-Vorschrift, eine 5%ige und eine 1%ige Prüfung durchzuführen.

Meine Damen und Herren, welche Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft und die Agrarmärkte können wir von dieser EU-Agrarreform erwarten? In ihren neuesten Trendprognosen für die Agrarmärkte erwarten sowohl die Europäische Kommission als auch die OECD gute Marktchancen. Die Entkopplung der Agrarstützung von der Produktion wird die Wettbewerbsverzerrungen auf den Agrarmärkten verringern und damit auch die Einkommen verbessern.

1. Meine Damen und Herren, im Getreidesektor werden – außer bei Gerste – günstige Aussichten auf den Weltmärkten erwartet. Die Exporte sollen von 27 Millionen Tonnen auf 34 Millionen Tonnen im Jahr 2011 ansteigen.

2. Im Rindfleischbereich wird von einer Reduzierung der Erzeugung um etwa bis zu 4 % und einem Preisanstieg um 3 % bis 9 % ausgegangen.

3. Im Milchbereich wird weiterhin eine Ausschöpfung der Milchquoten prognostiziert. Erwartet wird – wie in der Vergangenheit – eine weitere jährliche Milchleistungssteigerung pro Kuh von 1,6 %. Meine Damen und Herren, die Chancen stehen also nicht schlecht. Wir brauchen dazu wettbewerbsfähige und marktorientierte Betriebe, die nachhaltig und Ressourcen schonend wirtschaften.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das machen unsere Betriebe übrigens heute schon und sind damit erfolgreich.

Ein effektives Kostenmanagement in der Innen- und Außenwirtschaft verbunden mit einem kontinuierlichen betrieblichen Wachstum bleiben daher die Eckpfeiler für erfolgreiche Betriebe. Für mich besteht kein Zweifel, wir in Rheinland-Pfalz haben Landwirte mit gut organisierten Betrieben, die schon immer ihre Kosten im Blick hatten. Gerade diesen Unternehmen bietet sich durch diese Reform eine zusätzliche Chance. Ich bin sicher, unsere Landwirte werden diese Chance zu nutzen wissen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, mit der Entkopplung erhalten die Landwirte die Freiheit, selbst über ihre Produktpalette zu entscheiden. Deshalb wird die Existenz der Betriebe stärker als in der Vergangenheit von den Fähigkeiten der Betriebsfamilien abhängen. Die Anforderungen an das Fachwissen und an unternehmerisches Management werden auch in der Landwirtschaft deutlich zunehmen. Angesichts unserer sehr gut ausgebildeten Landwirte, der hohen Qualität unserer Agrarprodukte und der Nähe zu den Ballungsräumen bin ich mir aber

sicher, die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist in der Lage, sich am Markt zu behaupten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, die neuen Förderbedingungen werden zugleich zu einer stärkeren Differenzierung der Flächennutzung führen. Das ist völlig klar. Gute Böden werden zur marktorientierten Produktion mit wechselnden Produktionsschwerpunkten genutzt werden können. In den benachteiligten Gebieten werden die Flächen nur bei guter Struktur vergleichsweise extensiv bewirtschaftet werden. Schlecht strukturierte, insbesondere kleinparzellierte und schlecht erschlossene Regionen sowie Grenzertragsflächen werden lediglich am Schluss gepflegt werden.

Deshalb müssen wir die Umstrukturierung der Betriebe und die strukturelle Entwicklung ländlicher Regionen mit wettbewerbsverbessernden Maßnahmen aktiv begleiten und weitergehende Aktivitäten, wie beispielsweise die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Einkommensmöglichkeiten in diesen Räumen, unterstützen. Das werden wir tun.

(Beifall bei FDP und SPD)

Neue Perspektiven sehe ich hier in der Förderung neuer Einkommensquellen jenseits der Nahrungsmittelproduktion, zum Beispiel im Bio-Energiesektor. Wenn diese Potenziale genutzt werden, können sich die Landwirte zusätzliche Standbeine aufbauen und vornehmlich im ländlichen Raum auch dann neue Arbeitsplätze schaffen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich meine Sorgen zu anstehenden weiteren Reformen nicht verschweigen. Die Europäische Kommission will auch für den Zuckersektor den mit der Agrarreform des vergangenen Jahres eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Die Reduzierung des Mindestpreises für Zuckerrüben um insgesamt 37 % in drei Jahren und die Absenkungen der Produktionsquoten um 16 % in vier Jahren übersteigen aber die Anpassungsmöglichkeiten der Betriebe. Der vorgesehene Teilausgleich ändert daran wenig. Den Zuckerrübenbauern drohen hohe Einkommensverluste.

Fest steht, dass die Zuckermarktordnung ohne gewisse Anpassungen langfristig weder dem inneren Druck der Zucker verarbeitenden Unternehmen noch dem äußeren Druck der Welthandelspartner standhält. Nach der Einigung der 147 WTO-Mitgliedstaaten über eine Rahmenregulierung zur laufenden Welthandelsrunde müssen wir die Exportsubventionen zumindest mittelfristig einstellen. Daher ist eine Reform unumgänglich.

Meine Damen und Herren, die Reform der Zuckermarktordnung darf aber nicht zu einem Kahlschlag in der heimischen Zuckererzeugung führen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Sie darf erst nach eingehender Analyse der Möglichkeiten und Auswirkungen und nicht überstürzt durchgeführt werden. Das, was die Milchproduktion für die Höhenggebiete bedeutet, ist der Zuckerrübenanbau für die Stand-

orte des Marktfruchtbaus im Land: Angesichts seiner Rentabilität ist der Zuckerrübenanbau dort eines der wichtigsten Standbeine der Landwirtschaft. Rund 2.700 rheinland-pfälzische Betriebe mit einer Zuckerrübenanbaufläche von über 22.000 Hektar sind von den Reformvorschlägen unmittelbar betroffen. Die Existenz vieler klein strukturierter Marktfruchtbaubetriebe ist ohne die Zuckerrübe gefährdet.

Für eine Reform der Zuckermarktordnung mit Augenmaß sprechen im Übrigen auch die Interessen der Zucker exportierenden Entwicklungsländer. Bislang haben gerade die AKP-Staaten – afrikanische, karibische und pazifische Staaten – von ihren zu EU-Preisen garantierten Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt erheblich profitiert. Gerade diese Staaten haben beim Export von den Marktpreisen erheblich profitiert. Das sind gerade die armen Staaten. Das muss man in aller Klarheit sagen.

Die vorgeschlagenen Preissenkungen würden daher auch dort zu drastischen Einkommenseinbußen führen. Da direkte Ausgleichsmaßnahmen zu Entwicklungsländern nicht vorgesehen sind, wird die Novellierung der EU-Zuckermarktordnung diesen Ländern nicht helfen. Nach den notwendigen Anpassungen muss eine nachhaltige Zuckererzeugung in der EU und in den Entwicklungsländern möglich sein.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Betroffen von den Vorschlägen zur Reform der Zuckermarktordnung sind neben den Landwirten die Zuckerfabriken. Auch hier stehen Arbeitsplätze im ländlichen Raum auf dem Spiel. Die Landesregierung ist sich deshalb mit den Vertretern der rheinland-pfälzischen Zuckerwirtschaft einig: Der Kompromissvorschlag muss in einigen zentralen Punkten nachgebessert werden. Da-rauf müssen wir drängen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Nur so wird er den Rübenbauern wie der Zuckerindustrie den erforderlichen Anpassungsspielraum verschaffen und damit letztlich eine Zukunftsperspektive eröffnen.

Ich will meine wesentlichen Forderungen zusammenfassen: Die notwendigen Anpassungen dürfen erst nach dem Auslaufen der derzeit gültigen Marktordnung zum 30. Juni 2006 einsetzen. Wenn uns das gelingt, wird die Kurve flacher. Wenn die Kurve flacher ist, werden die Einkommensverluste gestreckt und die Anpassungszeiträume für die Zuckerindustrie und für die Rübenbauern werden besser.

Der Anpassungszeitraum muss über das Wirtschaftsjahr 2008/2009 hinaus gestreckt werden. Die Quotenkürzungen und Preissenkungen müssen deutlich geringer ausfallen. Sie müssen zudem möglichst gleichmäßig über den gesamten Anpassungszeitraum verteilt sein. Nur so kann die Zuckerindustrie und können die Rübenbauern entsprechend reagieren.

Die vorgesehenen Ausgleichszahlungen müssen so ausgestaltet werden, dass sie die Einbeziehung in das Betriebsmodell erlauben. Wir sprechen uns dafür aus,

diese Zahlungen als betriebsindividuellen Zuschlag zu den Flächengrundprämien vorzusehen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben diese Forderungen in einen gemeinsamen Entschließungsantrag mehrerer Bundesländer eingebracht, über den voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Bundesrats abgestimmt wird.

Es besteht kein Zweifel daran, die EU-Agrarreform einschließlich der Verordnungsentwürfe zur Neugestaltung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums sowie die Vorschläge zur Reform der Zuckermarktordnung werden weit reichende Folgen für den gesamten Agrarsektor und die ländlichen Räume haben. In diesem Zusammenhang stellen sich wichtige Fragen zur Agrarstruktur: Wohin entwickeln sich unsere Landwirtschaft und unsere ländlichen Räume? Wie können wir deren Potenzial voll ausschöpfen?

Für mich ist klar: Grundlage einer erfolgreichen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz sind unsere qualitativ hochwertigen Agrarprodukte, die ihrem Ruf als Prämiensprodukte ohne Einschränkung gerecht werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Hochwertige Produkte auf der Basis einer nachhaltigen und qualitätsorientierten Produktion sind für mich zugleich der beste Verbraucherschutz. Ohne Landwirtschaft können wir unsere vielfältigen Kulturlandschaften nicht erhalten.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ohne wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Unternehmen gibt es keine nachhaltige Bewirtschaftung.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Ländliche Räume können ohne Landwirte und Winzer ihre vielfältigen Funktionen nicht erfüllen, aber ich betone auch, die Gesellschaft kann die erwarteten Sonderleistungen der Landwirtschaft wie eine intakte Kulturlandschaft nicht zum Nulltarif haben.

Die Landesregierung wird die Landwirtschaft in ihrem schwierigen Umstrukturierungsprozess unterstützen. Dies werden wir insbesondere mit unseren erfolgreichen investiven Maßnahmen auf einzel- und überbetrieblicher Ebene, den Instrumenten der integrierten ländlichen Entwicklung sowie unseren bewährten Agrarumweltmaßnahmen einschließlich der Ausgleichszulage tun.

Wir wollen die Potenziale der Wertschöpfungskette agrarischer Produkte in Rheinland-Pfalz halten. Dies ist zugleich die Garantie dafür, dass in unseren ländlichen Räumen innovative, anspruchsvolle und hoch qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden können. Mit unserem Zielentwicklungsplan ZIL, Zukunftsinitiative ländlicher Raum, sind wir sehr gut aufgestellt. Im Zeitraum von 2000 bis 2003 haben wir mit einem Bündel von Fördermaßnahmen rund 424 Mil-

lionen Euro an Landes-, Bundes- und EU-Mitteln in die Landwirtschaft und den ländlichen Raum investiert.

Unsere Ziele sind richtig gesteckt. Dies belegt auch die Halbzeitbewertung. Sowohl die Schwerpunkte als auch deren finanzielle Ausstattung wurden voll bestätigt. Deshalb werden wir weiterhin die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen, die Junglandwirteförderung, die Marktstrukturverbesserung, die ländliche Bodenordnung, die Ausgleichszulage sowie das Förderprogramm umweltschonende Landbewirtschaftung, die die Aushängeschilder unserer Förderpolitik bilden, weiter betreiben.

Hiermit und in Verbindung mit weitergehenden Angeboten, wie zum Beispiel einer zukunftsorientierten Beratung, wollen wir die Eigeninitiative der Landwirte stärken und den Hofnachfolgern Mut machen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Hierzu leistet auch die vor einem Jahr in Kraft getretene Agrarverwaltungsreform einen wichtigen Beitrag.

Meine Damen und Herren, mit der Zusammenlegung der Agrar- mit der Landeskulturverwaltung haben wir die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Die neuen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stehen unseren Landwirten mit einem kompetenten und umfassenden Dienstleistungsangebot zur Seite. Mit den unterschiedlichen Schwerpunkten können wir gerade jetzt das erforderliche Expertenwissen entsprechend passgenau zur Verfügung stellen. Eine leistungsfähige Agrarverwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung, um die vielfältigen Herausforderungen der Agrarreform erfolgreich bestehen zu können.

Meine Damen und Herren, nutzen wir unsere Stärken:

- unsere Marktnähe zu den Ballungsräumen,
- unsere reichhaltige Produktpalette,
- unsere nachhaltige Produktion und
- unsere hohen Betriebsleiterqualifikationen!

Ich bin davon überzeugt, die EU-Agrarreform ist eine Chance für den Agrarsektor. Ich bin davon überzeugt, unsere Landwirte werden diese Chance ergreifen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie werden die neuen Förderbedingungen für eine aktive Weiterentwicklung ihrer Betriebe und für den Erhalt der Kulturlandschaft nutzen. Die Landesregierung wird die rheinland-pfälzische Landwirtschaft dabei weiterhin unterstützen.

Aus meiner Sicht hat die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz Zukunft!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder der Gemeinderäte aus den Hinterbüsch-Gemeinden des Kreises Daun sowie Mitglieder der SPD-Ortsvereine Haschbach, Pfeffelbach und Wolfstein. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schneider.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ziel der EU-Agrarreform war und ist es, Benachteiligungen abzubauen, für mehr Gerechtigkeit in der Landwirtschaft und im Weinbau zu sorgen, damit die aktiven Erzeuger zu stärken und nicht weitere Wettbewerbsbenachteiligungen zuzulassen bzw. Wettbewerbsbenachteiligungen abzubauen.

Herr Minister, Sie haben gesagt, nach Auffassung der Landesregierung haben wir dieses Ziel weitgehendst erreicht. Ob das so ist, sollten wir in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich noch einmal im Ausschuss diskutieren. Wir werden das auch diskutieren müssen.

Fakt ist, Rheinland-Pfalz ist in der Zielrichtung mit den B-Ländern einig, auch wenn es zugegebenermaßen bei dem einen oder anderen Land am Anfang etwas Geburtsschwierigkeiten gab.

Fakt ist auch, dass unsere Position, die Position des rheinland-pfälzischen Landtags, zur EU-Agrarreform in breiter Übereinstimmung erarbeitet wurde. Diese Tatsache hat natürlich auch das Auftreten der Landesregierung gegenüber den anderen Ländern erleichtert.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich im Namen der CDU-Landtagsfraktion bei Herrn Staatssekretär a.D. Glahn bedanken; denn er hat uns immer intensivst seitens der CDU-Fraktion mit in die Verhandlungen eingebunden, und er hat uns auch immer zeitnah darüber informiert.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist sicherlich ein Beispiel dafür, wie man gemeinsam viel erreichen kann, wenn man auch fair miteinander umgeht.

Herr Minister, aber in einem Punkt sind wir seitens der CDU-Fraktion nicht ganz so optimistisch, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung dargestellt haben. Es ist zum einen die Rohtabakmarktordnung; denn es wäre sicherlich möglich gewesen, wenn auch Bundesministerin Künast hier entsprechend mitgekämpft hätte und wir noch Verbündete gefunden hätten, eine andere Beschlussfassung herbeizuführen. Wir müssen aber die Übergangszeit dazu nutzen, dass die Beschlussfassung geändert wird. Ansonsten sehen wir große Schwierigkeiten, dass der Tabakanbau in Rheinland-Pfalz wirtschaftlich zu betreiben ist.

Anders gestaltet es sich, was die Verbündeten betrifft, bei der Zuckermarktordnung. Hier haben wir aufgrund der nationalen Betroffenheiten viele Verbündete in den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Auch die Industrie unterstützt die Forderung, auch in der erweiterten EU die Hektarfläche des Zuckerrübenanbaus zu erhalten. Wir sind uns doch sicherlich alle einig, dass dies den Drittländern überhaupt nichts nutzt, wenn der Zuckerrübenanbau und die Zuckerproduktion in der EU nicht mehr stattfindet.

Wichtig ist für uns in Rheinland-Pfalz der Erhalt des Tabakanbaus und auch der Erhalt des Zuckerrübenanbaus. In der Beziehung haben wir noch einen steinigen Weg vor uns. Herr Minister, ich wünsche mir, dass diese positiven Prognosen, wie Sie sie dargelegt haben, für unsere Landwirte eintreffen.

(Staatsminister Bauckhage: Ich habe nur die Forderungen dokumentiert!)

Ich wünsche es mir für unser Land, ich wünsche es mir für unsere Landwirte, aber die Euphorie momentan ist sicherlich übereilt. Wir haben die Katze noch lange nicht im Sack.

Herr Minister, ich möchte noch einmal auf das Thema „Wettbewerbsbenachteiligung“ eingehen. Sie sagten, für Sie sei es ein wichtiges Ziel bei der EU-Agrarreform gewesen, Benachteiligungen abzubauen. Ich frage mich nur, ob dies unseren Landwirten in Deutschland und Rheinland-Pfalz nutzt; denn ich mag es nicht so recht glauben, da wir in der Vergangenheit immer wieder erlebt haben, dass auf EU-Recht noch einmal zusätzliches nationales Recht seitens des Bundesgesetzgebers in Berlin draufgesetzt wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn wir zu der EU-Gesetzgebung noch nationales Recht draufsatteln, dann wird es natürlich für unsere Landwirte und Winzer auch sehr schwierig, sich dem Wettbewerb zu stellen.

(Hartloff, SPD: Die wünschen das häufig!)

Ich möchte abschließend nur noch ein aktuelles Beispiel darlegen, das dies beweist. Momentan beraten wir das Haushaltsbegleitgesetz 2005.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir?)

– Im Bund.

Dort wird eine erneute Steuererhöhung auf den Dieselmotorkraftstoff geplant. Zurzeit plant man eine Erhöhung um 56 %. Agrardiesel – das wissen wir alle – ist ein unverzichtbares Produktionsmittel in der Landwirtschaft.

(Hartloff, SPD: Dann sprechen wir über Subventionsabbau!)

Vergleiche ich dann die Dieselpreise mit anderen EU-Ländern, dann haben wir in Deutschland zurzeit

25,56 Cent – geplant sind 39,9 Cent –, schau mir dann den Preis in Frankreich mit 5,6 Cent oder in Italien mit 8,8 Cent an, dann zeigt mir dieses Beispiel, dass, wenn wir unterschiedliche Ausgestaltungen nationaler Verordnungen haben, dies eine EU-Agrarreform ad absurdum führt, wenn wir unseren Winzern zusätzlich Auflagen aufbürden oder zusätzlich Geld aus der Tasche ziehen. Wir müssen es hinbekommen, dass wir hier in Rheinland-Pfalz und in der Bundesregierung in Berlin Gesetze abbauen, statt neue draufzusetzen, weil nur dann nützt die EU-Agrarreform auch unseren Kunden, unseren Landwirten und unseren Winzern in Rheinland-Pfalz etwas.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Und Subventionen
abbauen nicht vergessen!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich möchte noch kurz nachtragen, dass sich die Fraktionen für diese Debatte auf eine Redezeit von 15 Minuten verabredet haben.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche ausschließlich zur Agrarpolitik. Zum Weinbau wird nachher meine Kollegin Christine Baumann noch ein paar Gedanken vortragen.

Herr Minister Bauckhage, „EU-Agrarreform – Chancen für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft“, eine positive Überschrift Ihrer Regierungserklärung für eine in der Tat positive Entwicklung für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Herr Minister, die Zustimmung des Bundesrats zur EU-Agrarreform macht, wie Sie es selbst einmal formuliert haben, den Weg frei für die nationale Umsetzung der größten Landwirtschaftsreform seit Bestehen der Europäischen Union. Ich glaube, dass unsere rheinland-pfälzischen Landwirte und Landwirtinnen die Gewinnenden dieses Paradigmenwechsels sein werden.

Unsere jahrelange kontinuierliche Forderung nach Entkopplung der Zahlungen von der Produktion war richtig und jetzt auch, Herr Minister Bauckhage, dank Ihres Engagements und das der Landesregierung, erfolgreich.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Die bäuerlichen Betriebe werden nämlich jetzt genau das tun, was erfolgreiche Unternehmen auszeichnet: Sie orientieren sich am Markt und nicht mehr an der Produktprämie. Mit dem so genannten Kombimodell werden nach und nach sämtliche Beihilfen bis zum Jahr 2013 sowohl für Acker- als auch für Grünland in einheitliche Flächenprämien umgewandelt.

Der lange Zeitraum von 2010 bis 2013 ist unseres Erachtens sinnvoll. Die Betriebe erhalten dadurch Planungssicherheit und können entsprechende Anpassungen vornehmen. Gerade Betriebe in ungünstigeren Regionen wie der Westpfalz und der Eifel werden von dieser Reform profitieren. Sie eröffnet mehr Spielräume für unternehmerische Entscheidungen, die Produktion wird sich mehr den jeweiligen regionalen und wirtschaftlichen Bedingungen anpassen, und – dies soll nicht unerwähnt bleiben – durch die Reform wird in besonderem Maß den Anforderungen der Umwelt, des Tierschutzes und der Nahrungsmittelsicherheit Rechnung getragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Minister Bauckhage, mir hätte es auch gut gefallen, wenn die Anzahl der Arbeitsplätze in das Kombimodell hätte Einfluss finden können; denn dass bäuerliche Betriebe ausbilden und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, geht in der Diskussion um den Arbeitsmarkt häufig unter.

Es ist kein Geheimnis, dass wir in unserem Land Betriebe haben, die in der Agrarpolitik eine intensive Begleitung brauchen, um den Umstellungsprozess erfolgreich meistern zu können. Das sagen wir auch zu. Das sind die Milchbetriebe, die durch eine Stützpreissenkung mit niedrigeren Erlösen für Milch und Rindfleisch rechnen müssen. Das sind die Tabakbauern, die auf der einen Seite mit einer Rücknahme von Subventionen und auf der anderen Seite mit einer Erhöhung der Verbrauchsteuern zurechtkommen müssen.

An dieser Stelle darf ich mich auch bei Herrn Ministerpräsident Beck für sein Engagement bedanken, das erheblich zur Abfederung und zeitlichen Streckung der Umsetzung der Beschlüsse beigetragen hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich meine, dass eine 400-jährige Tradition, die auch das Landschaftsbild in den Regionen prägt, nicht von heute auf morgen verändert werden kann. Das betrifft auch – Frau Kollegin Schneider ist darauf eingegangen – die Zuckerrübenbauern, die sowohl durch die Agrarreform als auch durch die weit reichenden WTO-Beschlüsse gebeutelt werden.

Natürlich haben wir gerade in den westlichen Ländern eine soziale Verantwortung für die ärmeren Länder in der Welt. Wir können nicht einerseits unentwegt Entwicklungshilfe zahlen und andererseits eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und Beteiligung an den Märkten mit ihren Produkten verhindern. Das ist weder sozial noch liberal noch christlich.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

Was wir fordern, sind einigermaßen vergleichbare Bedingungen: Achtung der Menschenrechte, Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Einhaltung von Umweltstandards, wenigsten einigermaßen oder annähernd. Das sind in der westlichen Welt Selbstverständlichkeiten, die unsere Betriebe, die Produzenten sowie vor- und nachgelagerte Unternehmen monetär belasten.

Eine zurzeit vorgeschlagene Preisminderung – der Herr Minister hat es bereits gesagt – von 37 % und eine Quotenreduzierung um 16 % würden unsere bäuerlichen Betriebe erschlagen.

Wenn ich in einem Beitrittsland, das wir vor kurzem besucht haben, beruhigend höre, dass sie, was die Zuckerrübe betrifft, für uns keine Konkurrenz sind, und im gleichem Atemzug aber gesagt wird, wir setzen auf Zuckerrohr, dann, Herr Minister, Herr Staatssekretär, haben wir noch erhebliche Aufklärungsarbeit bei unseren östlichen Nachbarn zu leisten.

2.700 Betriebe in unserem Land, die, wie Sie auch erwähnt haben, von der Zuckerrübe leben oder zumindest dadurch einen Einkommensstabilisator für ihre anderen Marktfrüchte hatten, bangen um ihre Existenz, und nicht nur sie, sondern auch die Zuckerfabriken und die dort Beschäftigten haben Angst und Sorgen. Zu Recht, wie ich meine. Wir dürfen sie damit nicht allein lassen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Was wir künftig aus Brüssel erwarten können, stimmt mich nach der Benennung der neuen Agrarkommissarin nicht gerade positiv und hoffnungsvoll, wenn Frau Fischer Boel voll auf die Handelsliberalisierung durch die WTO setzt. Aber man soll niemanden vorverurteilen. Vielleicht ist sie doch eine gute Europäerin.

Bei allen Reformen darf ein für uns wichtiges Thema nicht hintanstehen. Herr Minister, ich meine die Bürokratie, den Bürokratieabbau. Das muss bei allen Reformprozessen ein wichtiges Thema sein. Sowohl die Behörden als auch insbesondere die bäuerlichen Betriebe müssen endlich von dem überfrachteten Papierkram entlastet werden.

Es ist zu begrüßen, dass einige Einzelbeihilfen zu einem Prämienrecht zusammengefasst werden. Aber vielleicht gehen die Antragstellung und die aufwändige Kontrolle mit weniger Aufwand etwas paxisnäher und transparent.

Den Blick auf unser Land gerichtet kann man sagen, dass sich die Agrarverwaltungsreform bewährt. Die Einkommensentwicklung in den Betrieben muss man allerdings sehr differenziert betrachten. Während die Weinbauenden, die Winzerbetriebe auf der Einkommensskala nach oben zeigen oder gehen, müssen Getreide-, Obst-, Milch- und Schweine haltende Betriebe herbe Verluste verkraften.

Unsere Gesellschaft und unsere Verbraucherinnen und Verbraucher müssen lernen, dass gute Qualität, Nahrungsmittel- und Lebensmittelsicherheit und die Pflege unserer Kulturlandschaft nicht zum Nulltarif zu haben sind.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

Abschließend: Wir werden auch bei angespannter Haushaltslage an bestimmten Positionen wie an dem Programm zur Förderung der Junglandwirte und der Kulturlandschaftspflege festhalten.

Heute Abend beim Empfang der Landwirtschaftskammer wird uns Präsident Scharzt bestimmt wieder einiges ins Stammbuch schreiben. Das sind wir gewohnt. Wir warten auch förmlich darauf. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir im gemeinsamen Engagement mit den Verbänden und den Berufsständen in Rheinland-Pfalz auf gutem Weg sind.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, auch wenn manche von Ihnen nicht gerade sehr spannende und interessierte Gesichter machen, dass wir heute über die europäische Agrarreform reden können.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Herr Kuhn, ich wusste, dass Sie jetzt wach werden.

Es ist deshalb gut, weil sie endlich umgesetzt wird. Es ist ungemein wichtig und richtig, dass die Gemeinsame Agrarpolitik eine neue Ausrichtung bekommt. Die Entkopplung der Prämien von der Erzeugung ist der konsequente Ausstieg – er war wirklich notwendig – aus den Butterbergen und Milchseen und der bezahlten Vernichtung von Lebensmitteln in der Vergangenheit.

Die Bindung der Prämien an die Fläche trägt der Tatsache Rechnung, dass die Landwirtschaft in unserem Land auch die Kulturlandschaft gestaltet und weitergestalten soll. Die Verknüpfung mit Umweltstandards, Tierschutzstandards und Qualitätsstandards ist einer gesellschaftlichen Notwendigkeit geschuldet. Sie wird die Akzeptanz der Agrarförderung deutlich erhöhen. Letztlich wird die Förderung der extensiven Landwirtschaft durch die langfristige Angleichung von Grünlandprämien an die Ackerbauprämien vielen Regionen unseres Bundeslands und deren Betrieben gut tun, weil sie bisher doppelt benachteiligt sind.

Wir haben von dieser Reform große Vorteile für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Unsere Landwirtschaft ist in großen Teil von Grünland und deutlich weniger von intensiver Bewirtschaftung geprägt, als das in anderen Bundesländern und anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Damit diese Vorteile genutzt werden können, muss allerdings auch die rheinland-pfälzische Umsetzung der Reformen dazu beitragen, das heißt im Wesentlichen die Gestaltung der Zukunftsiniziative für den ländlichen Raum. Es ist natürlich auch zu begrüßen, dass bei der nationalen Umsetzung der europäischen Agrarreform mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Bundesländern erreicht wurde. Darauf hat Herr Bauckhage bereits hingewiesen. Unterm Strich werden sich die Mittel, die

aufgrund dieser Reform nach Rheinland-Pfalz fließen, um rund 16,5 Millionen Euro erhöhen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir Herrn Bauckhage vollkommen zustimmen, wenn er von der größten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik seit Bestehen der Europäischen Union spricht. Diese Reform ist im Übrigen unter anderem dem Einsatz der grünen Landwirtschaftsministerin Künast in Brüssel zu verdanken.

(Beifall des Abg. Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Ihnen fällt es offenbar schwer, dies auszusprechen. Ihre harsche Kritik an der bisherigen EU-Agrarpolitik fällt auch auf die Mitgestaltung früherer Bundesregierungen zurück. Wenn ich mich richtig erinnere, haben damals auch Mitglieder der FDP Verantwortung getragen.

Ich stelle fest, dass Sie auf dem grünen Auge blind sind, wenn es Erfolge zu beklatschen gibt, und auf dem gelben Auge blind sind, wenn Kritik zu verteilen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Schmitz, FDP: Das mit dem gelben
Auge müssen Sie uns noch
einmal erklären!)

– Seine Augenfarbe müssen wir uns noch einmal genauer anschauen, Herr Kollege.

Wenn der Minister den Einfluss der Landesregierung im Bundesrat bei der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik herausstellt, dann muss auch gesagt werden, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Übergangszeit bis zur völligen Umsetzung, das heißt der Gleitflug, zu lang geworden ist. Diesen wollen wir gar nicht so lange. Wir hätten die Gleichstellung der Grünlandbetriebe gern schon früher gehabt. Außerdem haben wir Bedenken, ob diejenigen, die wir noch haben, so lange durchhalten. Das bedeutet nämlich für unsere Landwirtinnen und Landwirte, dass die Zugewinne bei den Prämien erst im Jahr 2013 in voller Höhe fließen. Gerade für die Grünlandwirtschaft heißt das, dass sie im Jahr 2015 deutlich weniger bekommen als die Ackerbaubetriebe. Im Jahr 2015 sind das 50 Euro pro Hektar im Verhältnis zu 288 Euro pro Hektar. Das ist ein recht großer Unterschied.

Herr Minister, es erstaunt uns, dass Sie so vehement die neue unternehmerische Freiheit der Landwirtinnen und Landwirte herausstellen. Nennen Sie es in anderen Wirtschaftsbereichen auch unternehmerische Freiheit, wenn die Unternehmerinnen und Unternehmer den größten Teil ihres Einkommens aus staatlichen Prämien beziehen müssen?

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Daran ändert auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Grundsatz nichts. Markt und unternehmerische Freiheit würde in der Landwirtschaft erst dann hergestellt, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher

echte Preise für Lebensmittel zahlen würden. Die Agrarförderung ist im Grunde genommen nichts anderes als die Subvention der Lebensmittelpreise. Das wissen alle, die damit zu tun haben.

(Billen, CDU: Das ist der einzige Satz, der richtig ist!)

Herr Bauckhage, setzen Sie sich doch mit dafür ein, dass die Lebensmittelpreise eine andere Sprache sprechen!

Es ist natürlich in sich ausgesprochen widersprüchlich, wenn man sagt, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gebe den Landwirtinnen und Landwirten die volle unternehmerische Freiheit und es sei gut, dass die Tabakverordnung ausgesetzt worden sei und die Zuckerverordnung später oder anders komme. Es sind in der Tat – das gestehe ich gern zu, und das wollten auch wir – mehr unternehmerische Elemente möglich als früher. Von der vollständigen unternehmerischen Freiheit der Landwirtschaft kann man aber nun wirklich nicht reden.

Zurück zu den Chancen der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Um die möglichen Vorteile aus dem Systemwechsel der Prämienzahlung für unsere Landwirtinnen und Landwirte, die gut ausgebildet und motiviert sind, wie wir wissen, auszuschöpfen, sind mehrere Punkte wichtig.

1. Wir – auch die Politik – müssen die Bedingungen der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz akzeptieren, die außer in den Gunsträumen der Oberrheinebene und vielleicht noch in Rheinhessen eher durch klimatische Nachteile, wenig ertragreiche Böden oder Sondersituationen wie an Mittelrhein oder Mosel geprägt ist. Das heißt, wir müssen akzeptieren, dass die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz nicht mit Großbetrieben in Brandenburg oder mit der industriellen Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen mithalten kann und auch nicht mithalten können muss. Das ist aus unserer Sicht auch keine Katastrophe. Im Gegenteil, das ist gut so.

Aufgabe der Landwirtschaft und der Politik ist es, die Besonderheiten in Rheinland-Pfalz herauszustellen und auf diese zu setzen, spezielle Märkte zu finden und zu bedienen. Ich will Ihnen ein kleines Beispiel nennen. Das Beispiel des Milchbauern aus der Eifel muss Schule machen, der zu Recht über die niedrigen Milchpreise erzürnt ist, der nicht mehr an die Molkerei liefert, die ihm zu wenig bezahlt, sondern den Käse selbst herstellt und vermarktet, nicht nur über die Direktvermarktung per Hofladen, sondern im Supermarkt. Das können wir in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln.

Im Hinblick auf Verarbeitung und Vermarktung muss an dieser Stelle die Förderung des Landwirtschaftsministeriums ansetzen. Herr Bauckhage, Sie reden sich mit der Voraussage für die Milchbauern froh, dass mit einer Leistungssteigerung von ca. 1,6 % bei der einzelnen Kuh in Zukunft zu rechnen ist. Das ist die Flucht in das Mehr an Produktion, die wir gerade verhindern wollten. Bei den Olympischen Spielen hat sich im Übrigen herausgestellt, dass es bei den Wettkämpfen eine Grenze gibt, die zu erreichen ist. Irgendwann wird diese Grenze

auch bei Kühen erreicht sein. Das heißt, man sollte nicht immer in die Lösung nach Mehr zurückverfallen. Das haben wir beim Weinbau vorhin schon gehabt.

2. Regionalisierung der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wir halten das in einer Zeit, in der die Globalisierung auch die landwirtschaftliche Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung zunehmend beeinflusst und den Wettbewerbsdruck immer weiter erhöht, für äußerst notwendig. Deshalb müssen wir in dieser Hinsicht zweigleisig fahren. Wir müssen alle politischen Ebenen nutzen, damit langfristig europaweit und weltweit vergleichbare Umwelt- und Sozialstandards im Ernährungsbereich zur Geltung kommen. Gleichzeitig müssen wir auf einer anderen Ebene in der Erzeugung die Region wiederentdecken und stärken. Außerdem sollten wir Erzeugerinnen und Erzeuger einerseits und Verbraucherinnen und Verbraucher andererseits wieder näher zueinander bringen.

3. Die Biolandwirtschaft ist ein Erfolg versprechender Bereich für Natur und Wirtschaft gleichermaßen. Deshalb muss sie mehr und zielgerichteter gefördert werden. Im Jahr 2002 hatte die Biolandwirtschaft in Rheinland-Pfalz einen Flächenanteil von nur rund 2,4 %, während der Flächenanteil bundesweit längst ca. 4,1 % beträgt. Wir liegen also nicht vorn, Herr Bauckhage.

Das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung muss an dieser Stelle einen eindeutigen Schwerpunkt legen. An dieser Stelle muss ich auf die Halbzeitbilanz des ZIL verweisen. Herr Minister, Sie haben behauptet, wir seien sehr gut aufgestellt und dies habe die Halbzeitbilanz gezeigt. In der Halbzeitbilanz wird die ökologische Landbewirtschaftung innerhalb des ZIL als besonders erfolgreich herausgestellt. Im Unterschied zu anderen FUL-Varianten sind diese Maßnahmen gleichmäßig über das Land verteilt. Die Gutachter stellen fest, dass der ökologische Obst- und Weinbau in Rheinland-Pfalz noch eine relativ geringe Bedeutung habe. In dieser Hinsicht ist von der Landesregierung mehr Initiative zu fordern, weil der Markt für diese Erzeugnisse wächst.

Nicht verwunderlich ist für uns die Feststellung, dass unternehmensbezogene FUL-Varianten in intensiv genutzten Ackerbauregionen – ich rede jetzt von den Hunsrück-Gebieten – nur sehr wenig nachgefragt werden. In Zukunft werden wir dann in den benachteiligten Gebieten eine viel umweltgerechtere Bewirtschaftung haben. Dagegen werden wir dann aber die Gunstgebiete haben, in denen wir Probleme mit dem Grundwasser wegen der Nitrate und anderem haben. Das ist nicht der Weg, den wir gehen sollten. Wir wollen die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz insgesamt umweltgerechter und regional-orientierter gestalten. Das sind im Übrigen unsere Stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch einen Hinweis in der Halbzeitbilanz gefunden, den wir für sehr hilfreich halten. Es wurde empfohlen, dass in Zukunft ein Schwerpunkt der Landesregierung auf die Verarbeitung und Vermarktung von

Produkten aus besonders umweltschonenden Erzeugungsarten gelegt werden soll.

Ich sage Ihnen, dass dem FUL-Jahresbericht zu entnehmen war, dass im vergangenen Jahr kein einziger Euro für die Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte eingesetzt wurde. Herr Bauckhage, es tut mir Leid, ganz so gut, wie Sie das sagen, sind wir noch nicht aufgestellt. Wir haben da noch einiges zu tun.

(Pörksen, SPD: Immer nörgeln!)

– Herr Kollege Pörksen, das ist kein Nörgeln, sondern das sind einfach Feststellungen. Es ist mir klar, dass die Ihnen nicht passen. Das müssen Sie gar nicht sagen; denn das weiß ich ohnehin.

4. Selbstverständlich gehört zu unserer Leitlinie von der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und zur Stärkung der Strukturen, die wir haben und die unser Vorteil sind, den wir auch nutzen können, dass die Gentechnik aus unserer kleinteiligen rheinland-pfälzischen Agrarlandschaft herausgehalten wird.

(Staatsminister Bauckhage: Aha!)

Ein „friedliches Nebeneinander“ erscheint unmöglich, wenn das selbst in den USA und in Kanada nicht funktioniert, die ganz andere Entfernungen haben. Meine Damen und Herren, ein Versuch – wir werden das in einer der nächsten Plenarsitzungen diskutieren, wenn wir die Anhörung auswerten – wäre nicht rückholbar. Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal: Die Landesregierung ist aufgefordert, dass sie sich für die Einrichtung gentechnikfreier Zonen stark macht und organisatorische Unterstützung bietet für freiwillige Zusammenschlüsse,

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

wie das in anderen Bundesländern auch durch die dortigen Landesregierungen gemacht wird, Herr Kollege Billen.

Auf der Bundesebene im Bundesrat müssen Herr Bauckhage und Herr Beck ihr ganzes Gewicht dafür einsetzen – beide zusammen –, dass das Gentechnikgesetz endlich verabschiedet wird.

(Staatsminister Bauckhage: Dann springen die Waagen!)

– Ja, gut.

5. Diversifizierung. Sie haben selbst in Ihrer Rede heute gesagt, dass das künftig ein Schwerpunkt werden soll. Ich sage jetzt einmal für die Nichtfachleute, das bedeutet nichts anderes, dass man es fördert, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb ein außerlandwirtschaftliches Standbein aufmacht.

Wir haben bereits vor Jahren gesagt – ich habe das noch einmal nachgelesen –, unser Leitbild eines bäuerlichen Betriebs hat ohnehin mehr als ein Standbein. Es ist schön, dass Sie das jetzt auch so sehen, aber ich will Sie darauf hinweisen, dass nur 3,9 % der ohnehin gerin-

gen Mittel, die von 2000 bis 2002 dort eingeplant waren, abgeflossen sind. Wenn Sie daraus einen Schwerpunkt kreieren wollen, müssen Sie noch ganz viel an Vermittlungs- und Informationsarbeit durch die betreffenden Stellen leisten lassen, damit diese Programme auch abgerufen werden. Sie haben da also noch jede Menge Hausaufgaben zu machen.

Habe ich noch zwei Minuten Zeit für die Zuckermarktordnung?

Schriftführende Abg. Frau Schleicher-Rothmund:

Leider nur noch 11 Sekunden.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dann lasse ich die Zuckermarktordnung weg. In der zurückliegenden Ausschusssitzung habe ich das Wesentliche dazu gesagt. Wir wollen in dem Bereich die bäuerliche Produktion stärken und keine großen Monokulturen irgendwo. Deshalb komme ich zum Schluss.

(Schwarz, SPD: Schade, wo ich mich so darauf gefreut habe!)

Um die Intention der europäischen Agrarreform für unsere rheinland-pfälzische Landwirtschaft in vollem Umfang nutzbar zu machen, müssen weitere Hausaufgaben gemacht werden. Dann können wir bei einer zukunftsfähigen Landwirtschaft ankommen, die erstens flächendeckend umweltgerecht wirtschaftet und eine artgerechte Nutztierhaltung betreibt, die zweitens dabei hochwertige Nahrungsmittel erzeugt und die drittens kurze Wege zwischen Erzeugerinnen und Verbraucherinnen sicherstellt, womit die Wertschöpfung in den Regionen gestärkt wird.

Das ist das, was unseren motivierten Bäuerinnen und Bauern,

(Glocke der Präsidentin)

den Verbraucherinnen und Verbrauchern und vor allem unserer Kulturlandschaft nützt. Damit nützt sie auch Wirtschaftsbereichen, die darauf angewiesen sind.

Ich danke, dass ich ausreden durfte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten heute Nachmittag meiner Meinung nach die Gemeinsame Agrarreform und den Agrarbericht belichten. Ich will versuchen, mich an das Thema zu halten.

Meine Damen und Herren, das Tauziehen um die EU-Agrarreform ist nun beendet. Für die FDP-Fraktion ist von besonderer Bedeutung, dass unsere Landwirte frühzeitiger als bisher Planungssicherheit für die zumindest kommenden neun Jahre erhalten, um ihre Betriebe wettbewerbs-, verbraucher- und umweltorientiert weiterentwickeln zu können.

Durch den Kernpunkt der Agrarreform, nämlich der Entkopplung der direkten Einkommensübertragungen von der Produktion, profitieren insbesondere Bauern, die aufgrund ihrer Standortverhältnisse nicht zu den Massenproduzenten gehören. Hierzu gehören die meisten rheinland-pfälzischen Landwirte.

Landwirtschaft und Weinbau haben in Rheinland-Pfalz traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Unsere Bauern und Winzer nehmen in der Gesellschaft eine wichtige Stellung ein, nicht nur als Produzent qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel, sondern auch als Schützer und Bewahrer unserer einzigartigen Kulturlandschaft. Gerade diese nicht monetären Leistungen unserer Bauern und Winzer geraten oft allzu leicht in Vergessenheit. Deshalb trägt die übrigens von Rheinland-Pfalz schon seit Jahren geforderte Entkopplung der direkten Einkommenstransfers von der Erzeugung und der Bindung an die landwirtschaftlich genutzte Fläche dem Ziel, den Bauern einen gerechten Ausgleich für ihre landeskulturellen Leistungen zu gewähren, Rechnung. Nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion wird so am ehesten eine flächendeckende Landwirtschaft in allen Regionen unseres Bundeslandes gesichert.

Des Weiteren findet mit der Umstellung auf produktionsneutrale direkte Einkommensübertragungen eine Akzeptanzsteigerung beim Steuerzahler statt, finanzielle Mittel für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, da die gewährten Direktzahlungen ein Entgelt für die von unseren Landwirten bereitgestellten öffentlichen Güter darstellen. Es muss für die Bevölkerung deutlich werden, dass die Begründung für die Zahlungen auch in der Entlohnung der vielfältigen Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft liegt.

Meine Damen und Herren, durch die Entkopplung wird zu einem ganz überwiegenden Teil die Gewährung der Direktzahlung künftig nicht mehr daran gebunden sein, welches Produkt erzeugt wird. Die Stützwirkung der Zahlung wird damit vom Erzeugnis auf den Erzeuger verlegt. Damit wird vor allem die Transfereffizienz der agrarpolitischen Maßnahmen verbessert.

Im Ergebnis bewirkt die Entkopplung, dass der Erzeuger hinsichtlich seiner Produktionsentscheidungen mehr an Flexibilität gewinnt und sich dadurch für ihn neue Einkommensmöglichkeiten eröffnen. Die Wahl, welches Produkt er künftig erzeugt, wird vor allem von den Marktbedingungen abhängen. Eine Erzeugung, die allein durch die Höhe der produktbezogenen Zahlung induziert ist, wird es nicht mehr geben. Die Produktionsfaktoren werden damit effizienter eingesetzt werden können.

Die Entkopplung beginnt am 1. Januar 2005. Nach dem so genannten Kombimodell werden sämtliche Beihilfen für pflanzliche oder tierische Produkte allmählich bis 2013 in einheitliche Flächenbeihilfen für Acker und

Grünland umgewandelt. Für die FDP-Fraktion von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass der so genannte Gleitflug der zunächst noch unterschiedlich hohen Prämiensätze zu regionalen Einheitsprämien erst 2010 beginnt und nicht wie ursprünglich vorgesehen schon 2007. Frau Kiltz, dies im Gegensatz zu Ihren Aussagen, weil wir gerade durch diesen langfristigen Gleitflug keine Brüche in der Produktion und weniger Probleme in den landwirtschaftlichen Betrieben bekommen werden. Deshalb die ausreichend lange Zeit für die Landwirte, um sich anpassen zu können.

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle im Namen der FDP-Landtagsfraktion dem Ende vergangenen Monats aus dem Amt geschiedenen Staatssekretär Harald Glahn danken, der in der Arbeitsgruppe für den Vermittlungsausschuss sehr erfolgreich die Interessen der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft vertreten hat, dies von Anfang an im Einvernehmen mit den Verbands- und Kammervertretern.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, für die Bauern in Rheinland-Pfalz ist von ganz besonderer Bedeutung, dass durch die Umsetzung der jetzigen Agrarreform die aufgrund der EU-Agrarreform aus dem Jahr 1992 entstandenen sehr unterschiedlichen Flächenprämien zwischen den Bundesländern korrigiert werden. Die damaligen Prämienzahlungen waren noch direkt an die Produktion gekoppelt. Grundsätzlich werden nun alle produktbezogenen Zahlungen, soweit dies EU-rechtlich möglich ist, entkoppelt. Durch die Entkopplung der Milchprämie bereits im Jahr 2005 soll frühzeitig Druck auf die Quotenpreise ausgeübt sowie der Markt- und Preisdruck auf die Produkte reduziert werden.

Die Milchprämie als Ausgleich für die Senkung der Marktordnungspreise für Milch und Milchprodukte wird 2004 eingeführt und in den Jahren 2005 bis 2006 schrittweise angehoben. Da die Milchprämie bereits im Jahr 2005 vollständig entkoppelt wird, bewirkt die Anhebung der Milchprämie im Jahr 2006, dass sich dann in allen Zahlungsansprüchen, in denen ein Milchprämienanteil enthalten ist, dieser entsprechend erhöht.

Mit der Agrarreform wird gerade auch im Milchbereich eine grundlegende Kehrtwende eingeleitet. Über eine starke Senkung der Stützpreise soll hier das Marktgleichgewicht erreicht werden. Zu betonen ist allerdings, dass die Milchquotenregelung bis 2015 verlängert worden ist. Das ist auch im Sinn der langfristigen Planung unserer Milchviehbetriebe.

Aufgrund des großen Reformschritts kann das Ergebnis einzelbetrieblich durchaus Schwierigkeiten bereiten. Deshalb sind gerade im Milchbereich gezielte und eventuell flankierende Maßnahmen vonnöten, um den Anpassungsprozess in der Milchwirtschaft zu erleichtern.

Wie Herr Minister Bauckhage bereits ausführte, profitieren die rheinland-pfälzischen Bauern von der EU-Agrarreform, weil ab dem Jahr 2005 16,9 Millionen Euro jährlich an EU-Mitteln zusätzlich in unser Land Rheinland-Pfalz fließen.

Hinsichtlich der Umsetzung der Agrarreform muss man aus liberaler Sicht darauf achten, dass das Entkoppelungsmodell einfach und transparent gestaltet wird. Keineswegs dürfen mit dieser Reform ein Mehr an Bürokratie und Kontrolle in der deutschen Landwirtschaft eingeführt werden. Nationale Alleingänge, die die deutschen Bauern in Europa einseitig benachteiligen, müssen unterbleiben.

Langfristig von hervorragender Bedeutung für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist – das erscheint mir sehr wichtig –, dass durch die EU-Agrarreform Konformität mit dem WTO-Reglement erreicht wird. Das war bisher nicht der Fall. So konnte Anfang August dieses Jahres der Streit über die Liberalisierung des Agrarhandels beigelegt werden.

(Beifall der FDP)

Das, was folgt, ist sehr wesentlich. Durch die Umwandlung der bisherigen Tier- und Flächenprämien, die der nach WTO-Kriterien unter Kürzungsdruck stehenden so genannten „Blauen Box“ (Bluebox) zugeordnet sind, hin zu von der Produktion entkoppelten Direktzahlungen wurde die zukünftige EU-Agrarpolitik den WTO-Regeln entsprechend umgestaltet. Da diese Direktzahlungen von der WTO als nicht handelsverzerrend angesehen werden, können diese in der nicht unter Kürzungsdruck stehenden so genannten „Grünen Box“ (Greenbox) eingeordnet werden.

Dementsprechend wurde mit der EU-Agrarreform langfristig die Förderung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft auf sichere Beine gestellt. Bisher lagen wir mit der WTO im Konflikt. Hier ist jetzt Klarheit geschaffen worden. Wir sind mit der WTO konform. Das sollten wir nach draußen auch unserer Landwirtschaft weitersagen. Wir haben jetzt ein ganz großes Stück Sicherheit in dieser Hinsicht erreicht.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Agrarbericht. Ich denke, auch hier wiederholen zu müssen, dass die rheinland-pfälzische Landwirtschaft generell gut aufgestellt ist. Das zeigen die Ergebnisse des Agrarberichts 2004.

So konnten die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in unserem Bundesland von dem negativen Bundestrend abgekoppelt werden. Während in Deutschland der durchschnittliche Gewinn je Haupterwerbsbetrieb im Wirtschaftsjahr 2002/2003 im Vergleich zum Vorjahr um 20 % gesunken ist, stieg der Durchschnittsgewinn in den rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetrieben um 7,4 % auf 32.662 Euro an.

Das darf man einmal sagen, auch wenn es den Landwirten näher liegt, eher tiefzustapeln. Lasst uns auch das einmal öffentlich aussprechen und akzeptieren und froh sein, dass wir in Westdeutschland an zweiter Stelle liegen.

Damit erzielen die Bauern und Winzer in unserem Bundesland im Durchschnitt das zweitbeste Betriebsein-

kommen aller Kollegen in den westdeutschen Flächenländern. Das ist ein Ergebnis, das aufgrund der historisch bedingten Wettbewerbsnachteile für Rheinland-Pfalz von besonderer Wichtigkeit ist und nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Weinbau und Landwirtschaft haben hierbei mit unserem Landwirtschafts- und Weinbauminister, Herrn Hans-Artur Bauckhage, einen starken Fürsprecher.

(Beifall der FDP und der SPD)

Durch die zielgerichtete Förderung unserer heimischen Landwirtschaft – der Minister hat sich bereits dazu geäußert; er will sie in ihren wesentlichen Teilen und Strukturen beibehalten – im Hinblick auf eine nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene haben sich die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe über die letzten Jahre betrachtet erhöht. Meine Aussage will ich mit zwei Zahlen belegen. Betrug im Wirtschaftsjahr 1993/1994 der durchschnittliche Gewinn eines Haupterwerbsbetriebs in Rheinland-Pfalz noch umgerechnet 20.700 Euro, so stieg dieser bis zum Wirtschaftsjahr 2002/2003 auf 32.662 Euro an.

Die positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsjahr 2002/2003 ist vor allem durch gestiegene Erlöse im Weinbau und im Bundesvergleich nur geringe Erlöseinbußen im Ackerbau bedingt. Der Weinbau hat ein ganzes Stück dazu beigetragen. In Rheinland-Pfalz kommt dem Weinbau – das wissen wir alle – als größtem Weinbau treibenden Bundesland eine ganz besondere Bedeutung zu. In Rheinland-Pfalz erreichten die weinbaulichen Haupterwerbsbetriebe 2002/2003 im Durchschnitt einen Gewinn von 32.284 Euro. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 15 %.

Dieser Gewinnanstieg ist vor allem durch einen Anstieg der Fassweinpreise bedingt gewesen. Weiterhin dürfte zur positiven Einkommensentwicklung bei den Weinbaubetrieben der steigende Anteil roter Rebsorten bei der Weinvermarktung beitragen.

Zwischen den wichtigsten Weinbaugebieten in unserem Land bestehen jedoch signifikante Unterschiede hinsichtlich der durchschnittlichen Gewinnhöhe. Lagen die Gewinne in den Anbaugebieten Pfalz und Rheinhessen mit 40.300 Euro bzw. 37.700 Euro weit über dem Bundesdurchschnitt, so betrug der Gewinn im Anbaugbiet Mosel-Saar-Ruwer lediglich 21.000 Euro.

Bedingt dürfte dies vor allen Dingen durch die unterschiedlichen Betriebsgrößen und auch Vermarktungsstrukturen sein. Auch der Anteil roter Rebsorten ist hier erheblich niedriger als in den beiden südlichen Anbaugebieten.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung ab 2003 lässt aber auch für die Mosel hoffen. So boomt zurzeit der Rieslingabsatz und gerade der Moselriesling auf den internationalen Märkten. Das freut mich ganz besonders. Hier trägt die Kampagne des Weinbauministeriums

hinsichtlich einer Profilschärfung beim Riesling Früchte. Darüber sprachen wir in der Vergangenheit.

(Beifall der FDP)

Problematisch war jedoch im dargestellten Wirtschaftsjahr die Entwicklung in den Milchvieh haltenden Betrieben. Gerade die Höhengebiete in der Eifel sind auf eine rentable Milchviehhaltung angewiesen. Es ist sehr schädlich, wenn die Lebensmitteldiscounter weiterhin einen unnötigen Preisdruck auf die Molkereien ausüben.

Umso wichtiger ist, dass zumindest in der EU-Agrarreform die Milchquote bis 2015 verlängert wurde. Da die Milchviehbetriebe in der Eifel in der Regel über eine gute Grünlandausstattung verfügen, bleibt nur zu hoffen, dass über die neue Grünlandprämie die Preisabschläge bei Butter und Magermilchpulver in etwa kompensiert werden können.

Von besonderer Bedeutung für die Höhengebiete in unserem Land ist auch die Ausgleichszulage.

(Billen, CDU: Jawohl!)

Von allen Instrumenten der einzelbetrieblichen Förderung hat sie in den von der Natur benachteiligten Gebieten unseres Landes die größte Breitenwirkung.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich bin gleich fertig. Für die kleinen und mittleren Milchviehbetriebe hat sie eine enorme einkommensstabilisierende Wirkung. Deshalb ist auch von Bedeutung, dass die Ausgleichszulage im Rahmen des WTO-Reglements in der „Grünen Box“ eingeordnet wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Satz. Gestatten Sie mir, dass ich zum Schluss meiner Rede Herrn Landwirtschaftsminister Bauckhage und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

(Zurufe von der CDU)

den Dank der FDP-Fraktion für die geleistete hervorragende Arbeit im Rahmen der Verhandlungen zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland aussprechen möchte. Ich weiß, um welche Arbeit es sich in der Vergangenheit gehandelt hat. Es war enorme Mehrarbeit. Gestatten Sie, diesen Dank übermitteln zu dürfen. Ich bin mir sicher, dass wir in Rheinland-Pfalz mit der Umsetzung der Agrarreform gut leben können und damit für die Zukunft unserer Landwirtschaft die richtigen Weichen gestellt haben.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei aller Lobhudelei und bei allem, was so gut läuft, ist man hier bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass jeden Tag in Rheinland-Pfalz vier Betriebe ihre Tore schließen? Aufgrund der hervorragenden wirtschaftlichen Situation tun die das wahrscheinlich. Manche beschreiben das auch als so genannten Strukturwandel. Vier Haupterwerbsbetriebe pro Tag schließen. Herr Dr. Geisen, ich habe gedacht, Sie hätten den grünen Bericht der Landwirtschaftskammer komplett hier zitiert. Das hatten Sie vergessen.

Also nicht nach dem Motto hier verfahren: Es geht uns allen gut, es geht uns so gut, dass die Bauern im Geld schwimmen, und wir brauchen nur noch die Strukturen einigermaßen zu gestalten. – Jetzt kommen wir einmal ein Stück herunter. Richtig ist, dass gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz und den Bundesländern ein Stück gegen den Bund, wenn wir ehrlich sind, aber dann im Kompromiss die so genannte Kombilösung durchgesetzt worden ist.

(Staatsminister Bauckhage: Sonnleitner!)

– Sonnleitner auch dagegen.

Ich bin ohnehin nicht der Meinung wie Sie, dass immer die Verbände Recht haben. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Das Kombimodell hat einen großen Vorteil. Es führt im Endergebnis zu weniger Bürokratie, aber erst im Endergebnis, und es führt zu der Flächenprämie. Also unabhängig von dem, was man auf der Fläche bewirtschaftet, gibt es für die Bewirtschaftung der Fläche – man würde es dem Verbraucher besser erklären: Zum Erhalt der Kulturlandschaft – eine Prämie, ein Entgelt. In der Zwischenzeit, bevor wir so weit sind, steigt die Bürokratie, steigt die Verwaltung. Das hat mit der Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz – das ist für meine Begriffe in Ihrer Regierungserklärung absolut fehl am Platz – überhaupt nichts zu tun. Sie wissen, dass die Verwaltung steigt. Auch die Auflagen werden steigen. Es gibt mehr Verwaltungsaufwand. Wir werden dann zu dem Verhältnis kommen, das jetzt schon schlimm genug ist, dass pro aktivem Bauer irgendwann ein Kontrolleur, ein Verwaltungsbeamter, daneben steht. Da wollen wir nicht hin. Aber im Endergebnis spart es Verwaltung und spart wahrscheinlich auch Kontrolle, aber leider erst im Endergebnis.

Jetzt kommt der Punkt, worüber hier am wenigsten diskutiert wird.

Herr Minister, ich wollte Ihnen aber noch sagen: Das ist natürlich kein Kulturlandschaftsprogramm mit den Prämien, wie Sie das darstellen. Ein Kulturlandschaftsprogramm ist etwas ganz anderes. Dabei reden wir von ganz anderen Punkten. Hier reden wir von einer Flächenprämie. Sie könnten noch sagen: Mit der Ausgleichszulage – ich habe zur Kenntnis genommen, dass diese verbindlich für den nächsten Haushalt wieder zugesagt ist – sattle ich in den strukturbenachteiligten Gebieten noch etwas drauf zum Erhalt der flächen-

deckenden Bewirtschaftung. Aber ein Kulturlandschaftsprogramm ist das bei weitem nicht. Da stellen wir uns doch etwas ganz anderes vor. Darüber müssten wir dann gesondert diskutieren.

Wenn Sie sagen: Die Freiheit der Bauern nimmt zu, – dann ist das so nicht richtig. Die Freiheit des Bauern bestand auch jetzt anzubauen, was er wollte. Er hat seinen Anbau nur danach ausgerichtet,

(Staatsminister Bauckhage: Nach der Förderung; ist doch ganz klar!)

wo es denn mehr Geld gibt. Das war nicht immer – da haben Sie vollkommen Recht – sinnvoll. Aber Frau Kiltz hat natürlich mit einer Bemerkung auch Recht. Das habe ich Ihnen eben schon gesagt. Es kommt natürlich auch zu dem Ergebnis, dass, wenn man gute Böden hat, und die Mehrfachbenutzung macht, die man jetzt mehr oder weniger mit 8 % stilllegen muss, das nicht so ganz besonders sinnvoll am Markt ist. Aber wenn man dann die schlechten Strukturen, die wir haben – damit meine ich auch die Bodenordnung –, ein Stück abschreibt und sagt: Wir bewirtschaften nur noch dort, wo es optimalen Sinn macht, und in den anderen Gebieten machen wir Pflege, – dann ist das nicht das Ziel der CDU-Fraktion. Das Ziel der CDU-Fraktion ist und bleibt eine flächen-deckende Landbewirtschaftung und kann nicht sein, zu sagen: Ein Großteil der Fläche wird einfach nur gepflegt. – Dann kommt man zu dem Punkt der Cross-Compliance-Richtlinie. Der ist ganz entscheidend. Wenn wir nämlich bei den Cross-Compliance-Richtlinien vergessen zu sagen, die Fläche muss bewirtschaftet werden, und sagen, nur eine Mulchmähung reicht, dann sind wir im Endergebnis dort, wo wir sicher nicht hin wollen. Dann sind wir nämlich da, dass es den goldenen Mulcher gibt. Den wollen wir nicht. Wir wollen eine Bewirtschaftung. Es gibt die Möglichkeit der flächen-deckenden Bewirtschaftung.

Zur Zuckermarktordnung, glaube ich, ist eigentlich alles gesagt. Ich bin dabei auch ähnlich hoffnungsfroh wie Herr Minister Bauckhage.

Bei der Tabakmarktordnung muss man natürlich sagen: Wenn es so bleibt, wie es jetzt beschlossen ist, dann kann man sagen, im Moment sind es keine Brüche, aber im Endergebnis ist der Tabakbauer nicht mehr in der Lage, in Rheinland-Pfalz wirtschaftlich Tabak anzubauen. Das hat meine Kollegin bereits gesagt. Der Bruch kommt dann im Jahr 2006 und nicht im Jahr 2004 oder im Jahr 2005. Also muss man dort noch etwas tun.

Frau Kiltz, Herr Minister, wenn hier die Marktnähe zu den Ballungsräumen angeführt wird, dann müssen Sie bereit und in der Lage sein, zur Kenntnis zu nehmen, wie die Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland, EU-weit, weltweit laufen. Dann wissen Sie, dass die Marktnähe zu den Ballungsräumen nur dann Sinn macht, wenn man Direktvermarktung durchführt. Denen helfe ich damit. Allen anderen helfe ich damit nicht, weil ich eine ganz andere Vermarktungsstruktur habe. Frau Kiltz kann das hier 100 Jahre beten. Der Großteil der Verbraucher kauft die Lebensmittel dort, wo er sie am preiswertesten aus seiner Sicht bekommt. Darum ist auch die Diskussion über manche

Dinge sehr überfällig, wenn man sagt: Lasst uns einfach einmal Marktgeschehen akzeptieren. – Sie von den GRÜNEN einschließlich Frau Künast – das ist die Gefahr – wollen auf das, was jetzt vorhanden ist, nur noch Auflagen draufsatteln, ohne eine Entschädigung zu zahlen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was?)

– Selbstverständlich wollen Sie das. Sie wollen doch bei der Ausgleichszulage schon anfangen und sagen: Wer Geld bekommt, muss bestimmte Auflagen erfüllen. – Das kann nicht unser Ziel sein, und das ist nicht das Ziel der CDU.

Frau Kiltz, Herr Minister, im Endergebnis denke ich, dass der EU-Agrarkompromiss, die Umsetzung, das Bestmögliche war, was in den politischen Verhandlungen enthalten war.

Meine Kollegin hat sich schon bei Herrn Glahn für die intensive Zusammenarbeit bedankt. Wir haben alle an einem Strang gezogen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass Sie hier noch einmal betonen: Es bleibt bei der Bodenordnung, es bleibt bei der Ausgleichszulage, es bleibt bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, und es bleibt bei der Jungbauernförderung, und es bleibt das Ziel der Landesregierung, was bis heute noch nicht in einem Millimeter erreicht worden ist, eine Entbürokratisierung in dem Bereich des Möglichen in Rheinland-Pfalz umzusetzen. Den Rest muss der Bauer selbst machen. Das ist so, aber das wird er auch tun, wenn er die Freiheit dazu hat.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Abgeordneter Baumann das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Weinbaupolitik kommt naheliegenderweise so gut wie gar nicht und beim Agrarbericht 2004 durchweg mit positiven Ergebnissen vor. Bei uns in Rheinland-Pfalz spielt sie eine gewichtige Rolle. Deswegen möchte ich auch ein paar Aspekte anfügen.

Herr Geisen hat die Einkommenssituation der Winzerinnen und Winzer geschildert. Genauso kann man auch sagen, der Gewinn auf die Arbeitskräfte ist gestiegen genauso wie der Erlös der Fassweinpreise.

Meine Damen und Herren, das sind alles Fakten aus dem Agrarbericht. Aber wer sich kundig macht und rumhört, der weiß noch mehr.

Wir hatten einen hervorragenden Jahrgang 2003. Die Keller sind deutlich leerer als in den Vorjahren, manche sogar absolut leer.

(Itzek, SPD: 2004 kann noch besser werden!)

Die Weinpreise scheinen zuverlässig stabil zu sein, und auch für das Jahr 2003/2004 wird mit einem guten Jahrgang, so die Prognosen, und mit einer verbesserten Erlössituation gerechnet.

Rundum positiv, könnte man sagen. Rheinland-Pfalz macht eine gute Weinbaupolitik. Das kann man sagen.

Wer Weinbaupolitik als Rahmenbedingung begreift, aber auch als Service, Ratgeber und Dienstleister für die Weinwirtschaft, wird sich mit Recht auf dem richtigen Weg fühlen.

Ich denke, Minister Bauckhage und seine Staatssekretäre haben mit den Dienstleistungszentren einen ganz gewichtigen Dienstleister für die Winzerinnen und Winzer.

Doch es gibt auch Unterschiede in diesem überaus positiven Bild. Zwei Beispiele möchte ich dabei nennen: Die Betriebsgewinne lagen – das hat Herr Geisen auch deutlich gemacht – unterschiedlich: in der Pfalz und Rheinhessen positiv, an der Mosel deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das Ähnliche gilt auch bei den Einkommen je Arbeitskraft.

Meine Damen und Herren, wir machen in ganz Rheinland-Pfalz die gleiche Weinbaupolitik und haben trotzdem große Disparitäten bei den Ergebnissen. Diese Disparitäten zeigen zum einen klar, dass die Weinbaupolitik den Weinmarkt nicht machen kann.

Wichtiger als die Weinbaupolitik sind nämlich das handwerkliche Können der Winzerinnen und Winzer, ihre Arbeit im Weinberg, im Keller, ihr Geschick, den Wein an die Kunden zu bringen, das heißt, auch den Markt im Auge zu haben, und ihre betriebliche Organisation.

Ebenso wichtig natürlich sind selbstverständlich auch die naturräumlichen Gegebenheiten.

Zum anderen aber zeigen diese Disparitäten auch, dass es Wege und Konzepte gibt zum Erfolg. In der Wirtschaft sagt man dazu „best practice“ oder vom Besten lernen.

Da gibt es bei uns in Rheinland-Pfalz absolut positive Beispiele. Kürzlich hat genau in diesem Sinn Weinbaupräsident Adolf Schmitt von der Mosel unter der Überschrift „Weinbaupolitik muss qualitäts- und markenorientiert sein“ eine für mich bemerkenswerte Rede gehalten.

Ich will es einmal so nennen: Es war eine Ruckrede. Schmitt stellt seine gar nicht so utopische Vision vor, wie Mosel, Saar und Ruwer wieder erfolgreich werden können.

Er sprach dabei auch ganz offen die notwendigen, aber auch natürlich harten Veränderungen an. Er macht sich dabei ganz besonders für die Zukunftswinzer stark. Der Erfolg fällt einem – es ist wie im richtigen Leben – nicht in den Schoß.

Meine Damen und Herren, Wege zu einem erfolgreichen Weinmarkt haben deshalb auch und gerade an Mosel, Saar und Ruwer viel mit Verändern und wenig mit Erhalten um des Erhaltenwillens zu tun.

Wer hier den Stillstand predigt, führt in keine gute Zukunft. Dazu will ich ein Beispiel geben: Vor einiger Zeit forderte ein CDU-Landtagsabgeordneter aus der Eifel im Zweibrücker „Pfälzer Merkur“ ein Strukturprogramm für den Weinbau.

(Staatsminister Bauckhage: Wer soll das gewesen sein?)

– Sie dürfen raten.

Er forderte auch für seine Fraktion die Landesregierung auf, den Winzern als Strukturhilfe 2.500 Euro pro Hektar Anbaufläche im Jahr zu zahlen.

Wenn man jetzt einmal überlegt: Bei 64.000 Hektar Rebfläche in Rheinland-Pfalz ergibt diese Forderung die stolze Summe von jährlich – ich betone jährlich – 160 Millionen Euro, allein für den Weinbau.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage –
Mertes, SPD: Das ist doch keine Summe! –
Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Selbst wenn dieser CDU-Kollege mit seinem Fördervorschlag nur die Moselwinzer im Auge hätte, kämen immerhin noch 20 bis 25 Millionen Euro zusammen.

(Mertes, SPD: Das ist doch keine Summe! –
Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Sehr geehrter Herr Billen – er war es natürlich –, so viel Geld und das noch ohne Gegenleistung einfach so mit der Gießkanne zu verteilen, das ist keine Weinbaupolitik,

(Beifall der SPD)

das ist nicht nur unredlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, sondern es ist das total falsche Signal an die Weinwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU –
Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Meine Damen und Herren, Weinmarktpolitik kann zusammenfassend nur heißen, Hilfe zur Selbsthilfe. Ich denke, hier ist Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg.

Der Minister hat damit die richtigen Instrumentarien eingesetzt. Sie zielen genau in diese Richtung. Den Erfolg zeigt uns der Agrarbericht. Ich denke, wir werden auch in Zukunft Erfolge damit haben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Pörksen, SPD: Sehr gute Rede!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Billen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Abg. Billen, CDU:

Frau Baumann, vielen Dank für die Steilvorlage.

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie sich das Kulturlandschaftsprogramm der CDU genau ansehen und dann einmal anfangen, richtig zu rechnen, rechnen Sie einmal aus, was wir jetzt schon an Förderung bezahlen und was dann noch draufgelegt wird. Nehmen Sie das bitte einmal in den Vergleich zu dem, was wir an der Mosel gefährden.

Zweiter Punkt: Was wir gefährden. Wir gefährden den Tourismus. Wir gefährden die ganze Mosel in ihrem Bereich, wenn der Weinbau dort nicht mehr funktioniert.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das wird ohne Zweifel so sein.

Dritter Punkt: Ich empfehle Ihnen ausdrücklich, das so genannte Kulturlandschaftsprogramm Mosel der Landesregierung, geschrieben von Dr. Brack, mit Bild von Dr. Brack, wie er aus der „Mosel“ aussteigt, einmal zu lesen, die Summen zusammenzufassen und dann den Unterschied zum CDU-Vorschlag herauszurechnen.

Wenn Sie dann noch einmal mit den Zahlen kommen und das richtig gemacht haben, dann stellen Sie fest, dass es bezahlbar und sinnvoll ist.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es zu spät ist, dann hilft auch keine Salbe mehr, das sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD. Sie brauchen nicht mehr zu dem Winzer zu kommen, wenn er nicht mehr da ist.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wie viel wollen Sie denn zahlen?)

Wir werden an der Mosel noch immer Fläche im Weinbau verlieren.

(Hartloff, SPD: Qualität spielt
keine Rolle!)

– Das ist doch nicht wahr. Hören Sie doch auf.

Wenn die Bauern und Winzer Sie über ihren Beruf diskutieren hören, bekommen sie doch einen Herzschlag. Die meinen doch, sie wären im falschen Film.

Natürlich spielt die Qualität eine Rolle. Natürlich haben wir auch Probleme zum Beispiel im Fassweinbereich. Das weiß doch jeder.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Das wollen wir doch nicht wegdiskutieren.

Aber es muss doch unser Ziel sein, dass an der Mosel Weinbau weiter betrieben wird.

(Mertes, SPD: Was machen wir
denn anders?)

– Herr Mertes, schauen Sie doch einmal bitte, wie viel Geld die Landesregierung in die Hand genommen hat, um am Mittelrhein wieder Weinberge zu installieren, die

schon zu Drieschen geworden waren. Rechnen Sie das doch einmal zusammen.

(Staatsminister Bauckhage: Das sind
bare Ausgleichsmittel gewesen!)

– Ja, aber EU-Gelder, staatliche Gelder. Sind wir uns darüber einig? Staatliche Gelder, die wir in die Hand genommen haben, um am Mittelrhein wieder dort Weinbau zu betreiben, wo vorher Drieschen entstanden sind.

Ich halte das nicht für falsch, ich kritisiere das nicht. Ich sage nur, dass es an der Mosel auch noch so weit kommt, dass man dann im Anschluss daran sagt, oh Gott, jetzt ist etwas passiert, jetzt holen wir Geld in die Hand und fangen wieder vorn an.

Dann ist es zu spät. Das ist meine herzliche Bitte. Das sollten Sie mitdiskutieren und nicht mit Zahlen operieren, die wirklich mehr als aus dem Himmel geholt sind. Die haben mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Ja, das ist
ein völliger Fehlschlag gewesen!
Leistungsunabhängige
Gelder wollt Ihr!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort zur Entgegnung hat Frau Abgeordnete Baumann.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Kollege Billen! Es ist das altbekannte Bild, das Sie abgeben.

Wenn ich die Überschrift auch im „Pfälzer Merkur“ lese – Steht Weinbau auf der Kippe? –, und auch den ganzen Artikel so nehme, dann ist es das, was die CDU eigentlich immer betreibt: Ein Chaos und ein Szenarium, bei dem ich sage, wir sind in Rheinland-Pfalz bemerkenswert weit, was den Weinbau anbelangt.

(Mertes, SPD: Alles steht immer auf
der Kippe! Alles ist am Ende! –
Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Die Winzerinnen und Winzer sagen das und auch der Weinbaupräsident der Mosel ausdrücklich.

(Beifall der SPD)

Ich habe vorhin dieses Papier und diese Rede erwähnt. Wenn Sie sich da einmal hineinvertiefen, dann sind es nicht nur die Erlöszahlen, sondern es ist auch von einer Konsolidierung die Rede, das heißt, es sind Rückgänge der Winzer. Es wird so bleiben, wie es jetzt ist.

Die, die da sind, leisten eine sehr gute Arbeit. Der Weinbaupräsident sagte auch ganz klar zu denen, die sich nicht mit ins Boot begeben, zukunftsorientiert zu arbei-

ten. Wir machen keine Sozialpolitik in der Weinmarktpolitik, das hat er ganz deutlich gesagt.

Das möchte ich auch betonen und der CDU hinter die Ohren schreiben.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Das Wort hat Herr Minister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre natürlich reizvoll, jetzt auf die letzten Ausführungen von Herrn Billen noch einmal einzugehen.

Herr Billen, ich würde Ihnen raten, reden Sie einmal mit Ihrem Freund Christoph Böhr, reden Sie einmal darüber, wie das alles mit einem soliden Haushalt in Einklang zu bringen ist.

Ich höre einerseits insbesondere von Ihnen, dass die Neuverschuldung insgesamt zu hoch sei, und höre andererseits von gigantischen Ausgabenprogrammen. Ich möchte nur einen Satz dazu sagen: Es ist müßig, darüber im Einzelnen zu diskutieren.

(Billen, CDU: Sie wissen aber, dass das falsch war!)

Alles, was Sie vorhin gefordert haben, bedeutet mehr Staatsausgaben. Sie sagten, wir wollten, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe weitermachen und die Landwirtschaft insgesamt im Zusammenhang mit der Flächenförderung und der Entkopplung — Sie haben vorhin gesagt, ich hätte erklärt, —

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Doch, doch!

– – dass einerseits die Chance vorhanden wäre,

(Glocke der Präsidentin)

andererseits nur noch Landschaftspflege und entsprechend auch Landschaftspfleger begünstigt bzw. gefördert würden.

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Herr Bauckhage, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Natürlich lasse ich eine Zwischenfrage zu.

(Zuruf aus dem Hause: Es kommt darauf an, von wem!)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Minister, können Sie nicht bestätigen – aber das würde mich sehr wundern –, dass ich zwar eingangs gesagt habe, jeden Tag machen vier Betriebe zu, aber dass ich nur gesagt habe, die CDU steht für eine flächendeckende Landbewirtschaftung?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ja, ja, ja!

Abg. Billen, CDU:

Das heißt nicht, dass wir gesagt haben, jeder Bauer, der heute Bauer ist, muss auch Bauer bleiben. Das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun. Ich habe nur für eine flächendeckende Landbewirtschaftung argumentiert.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Billen, ich habe Ihre Frage schon richtig interpretiert. Sie haben gesagt, alle Flächen sollen bewirtschaftet werden. Aber wenn alle Flächen unabhängig von ihrer Qualität bewirtschaftet werden sollen, bekommen Sie das mit der derzeitigen Ausgleichszahlung und mit den derzeitigen Fördermitteln bei der Entkopplung nicht hin. Dazu brauchen Sie mehr Staatsmittel. Das muss man zugeben, und man muss auch sagen, woher sie kommen sollen. Dann ist das ein seriöses Diskutieren.

Wenn man wie Sie darüber hinaus geht und sagt, alle Flächen müssen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden, — — — Ich habe anfangs gesagt, es wird Flächen geben, die durchaus mit ihren Produkten markt- und wettbewerbsfähig sind, und es gibt Flächen, die es nicht sind. Nun werfen Sie mir vor, ich wollte in diesen Fällen nur die Landschaftspflege fördern. Dies sieht das jetzige Programm aus Brüssel vor. Das ist gar keine Frage.

Aber man muss sich entscheiden. Wenn man das will, muss man auch sagen, was es kostet. Ich sage das deshalb, weil wir uns in einer schwierigen Situation befinden. Ich möchte jetzt nicht das Thema der Sozialpolitik anschneiden. Die Landwirtschaft ist aber insgesamt in einer schwierigen Situation. Es ist fraglich, wie lange man dafür noch gesellschaftliche Akzeptanz erreicht. Ich möchte, dass das so ist. Aber passen Sie auf, dass Sie mit Ihren Forderungen noch gesellschaftliche Akzeptanz behalten; ansonsten wird es ein schwieriges Unternehmen. Das sage ich Ihnen ganz offen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Ja, was ist das denn anderes, wenn ich sage, ich will überall landwirtschaftliche Bewirtschaftung? – Das be-

deutet doch, wenn ich mit den Produkten am Markt bin, muss ich sie auch marktgerecht zum Wettbewerbspreis verkaufen können. Dafür kann man sie aber nicht produzieren. So einfach ist das ganze Spiel. Es lohnt sich aber jetzt nicht, die Diskussion mit Ihnen darüber zu führen.

(Billen, CDU: Sagen Sie im Umkehrschluss, ein Drittel von Rheinland-Pfalz wird nur noch gepflegt?)

– Das sage ich nicht! Das ist Ihre Schwarz- und Weißmalerei. Das sage ich eben nicht. Ich habe vorhin in meiner Regierungserklärung genau ausgeführt, wo die Schwerpunkte liegen und wo die Chancen liegen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Ich habe vorhin erklärt und erkläre jetzt noch einmal: Die Chancen sind gut. Es soll aber nicht die Chance geben, dass alle Flächen am Schluss der Veranstaltung landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Wir befinden uns jetzt in der Übergangszeit mit dem Kombimodell. Das kann man nicht garantieren, oder man muss sagen, wir nehmen Geld in die Hand. Aber das muss man mit den Haushalten in Einklang bringen und muss es auch gleichzeitig dem Steuerzahler erklären können. So einfach ist das ganze Spiel. Dafür muss man gesellschaftliche Akzeptanz haben. Aber das werden Sie vermutlich nie so richtig schnallen, deswegen möchte ich mich damit auch gar nicht mehr länger aufhalten.

Ich möchte etwas zu Frau Kiltz sagen, die davon gesprochen hat, man müsse die Marktwirtschaft begreifen können. Frau Kiltz, das geht in die gleiche Richtung.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss die Marktwirtschaft begreifen können. Das ist eine ganz einfache Sache. Wir werden die Preise und den Markt nicht staatlich regulieren können und wollen. Nachfrage und Angebot werden immer den Preis regulieren.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Dass dies so ist, wie es jetzt ist, liegt daran, dass wir Überproduktionen bisher gefördert haben,

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja!)

und zwar in einem übermäßigen Zustand. Ich weiß, wovon ich rede. Ich kann Ihnen sagen, 1965 kostete der Zentner Weizenmehl mehr als heute.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das wissen wir auch!)

Das ist der klassische Beleg für die weltweite Überproduktion. Nun können wir noch die Milch hinzunehmen. Die gesamte Intervention hat sich doch wirklich selbst ad absurdum geführt. Deshalb ist dieser Schritt jetzt richtig, und Sie können nicht erwarten, dass man Preisvorschriften macht. Der Verbraucher wird immer souverän genug bleiben und wird das kaufen, was er will und wo

er es will. Er wird sich nicht von Ihnen gängeln lassen, damit das einmal klar ist.

(Beifall der FDP)

Das ist nämlich Ihr großer Trugschluss, dass nur Sie wissen, welche Produkte dem Verbraucher gut tun und welche nicht. Das möchte er selbst entscheiden, und dazu muss er sich in den Marktmechanismen bewegen können.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Herr Bauckhage, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Nein, ich lasse keine mehr zu. Wir sind gleich noch bei der Kammer, dann können wir noch lange diskutieren.

Ich möchte noch einen Satz zu den Standards sagen. Frau Kiltz hat vorhin die Sozialstandards eingeklagt. Natürlich sind wir für einheitliche europäische Sozialstandards, aber dann auch bitte für einheitliche europäische Umweltstandards, meine Damen und Herren. Frau Künast und Herr Trittin tun gerade das Gegenteil davon: Einheitliche Standards, ja, das ist dann Wettbewerbsgleichheit.

(Zurufe der Abg. Frau Kiltz und des Abg.
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schneider, ich komme noch einmal zur Zuckermarktordnung. Ich habe nur den Zustand beschrieben und habe gleichzeitig die Forderungen der rheinland-pfälzischen Landesregierung artikuliert. Sie können sich darauf verlassen, wir werden entlang dieser Forderungen politisch handeln. Ob wir am Schluss erfolgreich sind, ist die zweite Frage; denn zum Ergebnis benötigt man andere Akteure. Wir befinden uns nicht allein auf dem Spielfeld.

Ich möchte ein Wort zur Frage der Rohtabakmarktordnung sagen. Dazu hat Frau Kollegin Ebli schon einiges gesagt. Die rheinland-pfälzische Landesregierung und insbesondere Herr Ministerpräsident Beck haben das getan, was man tun konnte. Mehr war nicht erreichbar. Wir haben zumindest 2013 erreicht. Die Zeichen standen zuvor sehr viel schwieriger. Das muss man auch einmal sehen. Von daher glaube ich, dass diese Landwirtschaftspolitik, die wir betreiben, insgesamt eine gute Politik ist. Wir lassen uns das auch von niemandem miesreden.

Natürlich kann man sagen, dass die Verwaltungskosten steigen. – Natürlich steigen die Verwaltungskosten. Das ist systemimmanent. Wenn man einerseits das Kombimodell will und andererseits den Übergang im Gleitflug, dann wird nun einmal kontrolliert. Das bestimmen nicht der Ministerpräsident oder der Landwirtschaftsminister, sondern das wird allein von den Geldgebern vorge-

schrieben. Sie schreiben sogar 5%ige oder 1%ige Takte vor. Wenn Sie das Geld von der EU in Anspruch nehmen, muss man die Kontrolle nachweisen können, oder man wird in Regress genommen.

Ich habe vorhin zu den Kontrollen, zur Bürokratie und auch zu Cross Compliance einiges ausgeführt. Sie und die Landwirtschaft können sich darauf verlassen, wir werden darauf achten, dass Kontrolle und die Bürokratie insgesamt im engsten Rahmen bleiben, aber ganz abschaffen werden wir es nicht können; denn dahinter stecken immer noch Steuermittel, die verwaltet werden, gleich, woher sie kommen. Das ist das Problem.

Frau Baumann hat konkrete Zahlen zum Kulturlandschaftsprogramm vorgelegt. Ich würde Sie bitten, unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Böhr, und dann unterhalten wir uns bei den nächsten Haushaltsberatungen darüber und schauen, was realisierbar ist. Sagen Sie einmal, wo Sie diese X Millionen wegnehmen wollen, dann können wir uns gern darüber unterhalten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für eine Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Bauckhage, nur, weil ich Sie auf Widersprüche in Ihrer Regierungserklärung hingewiesen habe, müssen Sie nicht gleich meinen, Sie müssten mir ein Referat über Marktwirtschaft halten.

(Zurufe der Abg. Schmitz und Creutzmann, FDP:
Das kann aber nie schaden, Frau Kiltz!
Es nützt zwar nichts!)

– Er macht das gern. Das liegt bei Ihnen wahrscheinlich in der Fraktion. Sie machen es noch lieber, Herr Creutzmann, aber Sie machen es auch noch länger.

Herr Bauckhage, ich möchte Ihnen sagen, wir gängeln niemanden. Wir wollen auch niemanden gängeln, auch wenn Sie das immer gern erzählen.

(Creutzmann, FDP: Natürlich
wollen sie das!)

Wir versuchen allerdings mit unserer Politik, den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher entgegenzukommen,

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

zum Beispiel bei dem Wunsch nach sicheren Lebensmitteln.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

– Sie sind noch nicht auf dem Parlamentarischen Abend der Landwirtschaft, Sie sind noch im Plenum, Kollegen von der FDP.

(Dr. Schmitz, FDP: Frau Kiltz, Ihr letzter Witz kam schon nicht an!)

– Sie können gleich einen besseren bringen.

Wir versuchen, diesen Wünschen entgegenzukommen. Ich sage Ihnen ein Beispiel, das Ihnen auch nicht passen wird, aber so ist es nun einmal. Wenn über 70 % der Leute keine Gentechnik auf dem Teller haben wollen, dann sagen wir, man muss das respektieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Creutzmann, FDP: Wir zwingen
niemanden dazu!)

– Es ist nicht Ihrem Einsatz zu verdanken, dass wir die Kennzeichnung haben, Ihrem nicht, nicht der FDP. Das ist unserem Einsatz zu verdanken.

(Creutzmann, FDP: Ach ja!)

Wenn Sie sagen, man solle nicht über europäische Standards gehen, dann kann ich Ihnen nur noch einmal sagen, es muss auch Vorreiter geben, die einmal Dampf machen.

(Staatsminister Bauckhage: Aber Sie
haben diese Standards eingeklagt! –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein Vorreiter reitet nicht mit allen anderen,
Herr Bauckhage!)

Ich bin einfach nur froh darüber, wenn wir in Zukunft andere Abstimmungsmodalitäten haben, dass wir dann in manchen Punkten europaweit schneller zu Potte kommen. Ich habe vorhin schon gesagt, langfristig auch weltweit.

Ich erinnere Sie an Folgendes: Eine der Begründungen der jetzigen Agrarreform war die schwindende Akzeptanz der Verbraucherinnen und Verbraucher für die Agrarförderung, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, weil sie gesagt haben, ein Lebensmittelskandal jagt den anderen, und wir bezahlen so viel Steuergelder an die Bauern. Es hat sich niemand hingestellt und hat ihnen gesagt, eigentlich werden die Lebensmittel subventioniert und nicht die Bauern. Das wird nach meiner Einschätzung viel zu wenig gesagt.

Aber wir können doch dann nicht sagen, wir wollen weniger an Kontrolle, wenn eine Geschichte, warum wir diese Agrarreform überhaupt haben, die Vielzahl von Skandalen war und wir eigentlich doch auch bei dieser Reform das Netz dichter knüpfen müssen, damit eben keine Aufforderung zur Verunreinigung von Futter- und Lebensmitteln da sein wird. Herr Minister Bauckhage, nicht immer gleich dann, wenn ein Widerspruch bei

Ihnen entdeckt wird, ein Referat über Marktwirtschaft halten wollen.

(Staatsminister Bauckhage: Davon verstehen Sie nichts!)

Es ist keine Marktwirtschaft in der Landwirtschaft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtagsseminar. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich lasse mir auch von Ihnen hier vom Mikrofon her nicht sagen, ich hätte staatliche Forderungen erhoben, die über etwas hinaus gehen. Das habe ich nicht getan.

(Staatsminister Bauckhage: Sicherlich!)

– Ich erkläre Ihnen noch einmal, was ich hier gesagt habe.

(Staatsminister Bauckhage: Das brauchen Sie mir nicht zu erklären!)

Wir haben uns sogar gemeinsam darauf geeinigt, dass wir für eine Flächenprämie sind.

(Staatsminister Bauckhage: Ja!)

Die Flächenprämie wird kommen. Ich habe nicht gesagt, wir müssen drauflegen. Nur, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung stehen, dass in strukturschwachen Standorten dann zum Teil gepflegt wird.

(Staatsminister Bauckhage: Ja, das ist richtig!)

Sie wollen also keine Bewirtschaftung. Ich sage, mit der Flächenprämie erhalte ich eine Bewirtschaftung. Das muss unser Ziel sein.

(Staatsminister Bauckhage: Das Produkt muss aber am Markt verkaufbar sein!)

Dann habe ich noch gesagt, dafür müssen wir ein paar Dinge machen. Die Bodenordnung muss bleiben, damit

die Strukturen so sind, dass man bewirtschaften kann. Dann habe ich gesagt, die einzelbetriebliche Fördergeschichte muss bleiben.

Dann habe ich gesagt, die Ausgleichszulage muss bleiben. Das sind alles Ihre Punkte. Ich glaube, dass man damit eine flächendeckende Bewirtschaftung erhalten kann. Das muss unser Ziel sein. Wenn unser Ziel schon ist, in bestimmten Gebieten zu pflegen, dann ist es das falsche Ziel.

(Staatsminister Bauckhage: Sie relativieren stark Ihre eigenen Aussagen!)

– Ich relativiere überhaupt nicht stark, sondern es ist so.

Zum Zweiten haben Sie mir ähnlich wie Frau Kiltz vorgeworfen, ich wollte in den Markt eingreifen. Das Gegenteil habe ich gesagt. Ich habe gesagt, der Verbraucher ist, wie er ist, und wird immer nach dem preiswertesten Lebensmittel greifen, bis auf 3 %, 4 % oder 5 % Ausnahmen. Insofern werden wir am Markt hängen. Wir werden auch mit dem Milchpreis am Markt hängen. Die ganze Prämie, die wir bekommen, wird den Verlust im Milchpreis nicht ausgleichen. Also muss der Bauer schauen, wie er rumkommt. Das ist schon schwer genug. Dann möchte ich nicht noch zusätzliche Auflagen haben.

Ich habe mich auch nicht gegen die 5%- und die 1%-Regelung gewehrt, sondern ich habe nur gesagt, wir können selbst einmal schauen, was wir in Rheinland-Pfalz vereinfachen können. Danach schauen wir mit einer Arbeitsgruppe nach meinem Kenntnisstand schon seit vier Jahren mit dem Ergebnis gleich null. Aber irgendwann muss das Schauen auch etwas bringen. Das sind nämlich nicht alles EU-Vorgaben, bei weitem nicht. Es sind zum Teil Bundesauflagen, die nicht sein müssen. Zum Teil sind es auch rheinland-pfälzisch gestrickte Auflagen,

(Staatsminister Bauckhage: Zum Beispiel welche? Nennen Sie einmal eine!)

– es fällt mir im Moment nicht ein, aber ich werde Ihnen heute Abend eine nennen –, die wir in einer Zeit, in der BSE oder etwas anderes war, aufgelegt haben. Ich denke, darüber kann man in Ruhe reden. Dann lasse ich mich nicht nach dem Motto hinstellen, er will nur Millionen verbraten. Das ist nämlich Unsinn. Das will die CDU auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Debatte über die Regierungserklärung und über den Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz beendet.

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 haben mit ihrer Besprechung ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes
über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen
zur sozialen Wohnraumförderung
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 14/3270 –
Erste Beratung

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass dieser Punkt ohne Aussprache behandelt werden soll. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Ich sehe keine Gegenstimmen, dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Landesseilbahngesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 14/3381 –
Erste Beratung

Gemäß der Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Ich sehe dagegen keinen Widerspruch, dann wird so verfahren.

Wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung. Für die morgige 78. Plenarsitzung lade ich Sie um 9:30 Uhr herzlich ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:47 Uhr.